Dummes deutsches Geld Seite 7

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 50 – 14. Dezember 2013
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Koalitionsvertrag als „Verbrechen an nächster Generation" bezeichnet: Trotzdem stimmte kein CDU-Mitglied dagegen Bild: Davids

»Verbrecher« unter sich

Widerstand in der Union gegen Koalitionsvertrag wurde von Angst erstickt

Obwohl die Fehlausrichtung der Politik von Kanzlerin Angela Merkel in der CDU zum Teil erkannt wird, bleibt die Revolte aus. Selbst die Kritik blieb lauwarm.

Drastischer konnte die Misere der CDU kaum illustriert werden. Nachdem sich das öffentliche Entsetzen über die völlige Profillosigkeit der Union nicht mehr ignorieren ließ, rafften sich einige CDU-Politiker auf, „Profil" zu zeigen – oder besser: so zu tun, als besäßen sie noch eines.

Die Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrats, der Mittelstandsvereinigung und des Parlamentskreises Mittelstand, Kurt Lauk, Carsten Linnemann und Christian von Stetten, tönten: „Wir können diesen Koalitionsvertrag nicht unterstützen." Stetten polterte gar, die von CDU, CSU und SPD vereinbarten Rentenzusagen seien ein „Verbrechen an der nächsten Generation".

Schon eher lauwarmen Widerstand übten gut 50 meist jüngere Unionspolitiker, die in einem Positionspapier ihre „Sorge" über diverse Inhalte des Koalitionsvertrages äußerten. Dies allerdings rahmten sie ein in eine Lobhudelei für die Kanzlerin, die eine beinahe nordkoreanische Führer-Ergebenheit durchblicken lässt.

Und so endete die „Revolte" denn auch: Auf dem Kleinen Parteitag der CDU vergangenen Montag erhob sich keine einzige Gegenstimme zum Koalitionsvertrag. All der scheinbare Widerstand war bloß Gerede. Es war keinerlei Substanz dahinter bis auf diese: Vor allem die jüngeren CDU-Politiker ahnen, dass die Inhaltslosigkeit ihrer Partei und ihre Willfährigkeit gegenüber SPD-Forderungen langsam durchsickert zur bislang treuen Wählerschaft. Sie fürchten, dass die daraus erwachsene Enttäuschung und Wut ihnen die Karriere verhageln könnte, wenn Angela Merkel schon Geschichte ist.

> Das Schicksal der FDP schreckt offenbar nicht genügend ab

Tatsächlich ergeben Medienuntersuchungen, dass sich die Presse für die Kanzlerin vom dritten auf das vierte Quartal 2013 in dem Maße verschlechtert hat wie für Guido Westerwelle um die Jahreswende von 2009 zu 2010. Jeder weiß, wie es mit dem damaligen FDP-Chef und schließlich auch mit seiner Partei danach weiterging. Andererseits haben die CDU-Scheinprotestler immer noch zu viel Angst vor der Macht der Vorsitzenden. Aus diesem elenden Zwiespalt erklärt sich die Abfolge von dröhnendem „Widerstand" und kleinlauter Anpassung.

Und die FDP? Sie will sich erneuern, indem sie weniger „kapitalistisch" wirken und sich einer Zusammenarbeit mit den Grünen öffnen will, wie es der neue Parteichef Christian Lindner postuliert hat. Euro-Kritiker wie Frank Schäffler werden an den Rand gedrängt, die AfD verteufelt.

So wie sich die Union weigert, die tiefe Verstörung ihrer Anhängerschaft zur Kenntnis zu nehmen, so will die FDP offenbar noch immer nicht erkennen, wie und warum es überhaupt zur AfD-Gründung kam. Die Union wird für diese Ignoranz noch einen hohen Preis zahlen, die FDP hat ihn schon bezahlt. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Tiefer hängen

Es hagelt Nachrufe dieser Tage, dass einem schwindelig werden kann. Nachrufe auf Nelson Mandela, bei denen kaum ein Superlativ zur posthumen Überhöhung der Person ausgelassen wird. Zweifellos hat Mandela viel für sein Land gegeben und ebenso viel erreicht, was aller Ehren wert ist. Dennoch war er nicht die Lichtgestalt, als die er heute bejubelt wird. An dieser Stelle sei dahingestellt, wie viele Menschenleben er aus seiner militanten „Kampfzeit" vor seiner Verhaftung 1962 auf dem Gewissen hatte. Es sei aber daran erinnert, dass er den Ostblock, Castro, Arafat und Gaddafi als Verbündete betrachtete und dem Westen alles andere als freundlich gesonnen war. De mortuis nihil nisi bene – Über die Toten nichts außer Gutes. Im Fall Mandela hätte für die vielen Nachrufer aber auch ein Motto Friedrichs II. gelten sollen: „Tiefer hängen!"

Überhaupt ist es befremdlich, wer sich alles bemüßigt fühlt, Mandela zu würdigen. Dazu zählen nicht wenige frühere Staatsmänner und deren Nachfolger, die Mandela vor noch gar nicht so vielen Jahren für einen kommunistischen Terroristen und seine Inhaftierung für richtig hielten. Dass US-Präsident Barack Obama persönlich um Mandela trauert, nimmt man ihm ab, obwohl Washington Mandela erst vor fünf Jahren von der Terrorliste gestrichen hat. Kurioserweise loben auch Weißrusslands Alleinherrscher Alexander Lukaschenko und die nordkoreanische Regierung Mandelas Erfolge „im Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte", die sie selbst mit Füßen treten. Um ihn für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, taugt Mandela offenbar Politikern aller Couleur.

(siehe auch Seite 2)

Geheimagent gibt Rätsel auf

NSU-Prozess: Angeblich vom Mord nichts bemerkt

An sich müsste der NSU-Prozess mit dem vor Kurzem geladenen Zeugen Andreas T. ein gutes Stück vorangekommen sein. Mit dem ehemaligen Oberinspektor beim hessischen Verfassungsschutz stand erstmals jemand im Zeugenstand, der bei einem der sogenannten NSU-Morde zur Tatzeit am Tatort war, der obendrein aber auch noch von Berufs wegen darin geschult worden ist, akribisch seine jeweilige Umgebung zu beobachten und Erkenntnisse schriftlich festzuhalten. Doch wie schon bei seiner ersten Vernehmung im Oktober haben sich die Beobachtungsgabe und das Erinnerungsvermögen des damaligen V-Mannführers mit mehreren Quellen in der hessischen Neonaziszene nun erneut als Totalausfall entpuppt. Als am 6. April 2006 in einem Kasseler Internetcafé der letzte der insgesamt neun der NSU zugeschriebenen Morde begangen wurde, war der damalige Verfassungsschützer Andreas T. nach den bisherigen Erkenntnissen nur wenige Meter entfernt. Damals wurde der 21-jährige Halit Yozgat erschossen. Nach der zeitlichen Rekonstruktion muss T. das Internetcafé kurz nach dem Mord an dem Ladeninhaber verlassen haben. Er will aber weder einen Schuss gehört noch einen Toten, Pulvergeruch oder die blutbespritzte Ladentheke bemerkt haben.

> Stadtplan verweist auf Verfassungsschützer

Ein Vertreter der Nebenklage hat aus den Bergen von Ermittlungsakten ein weiteres Detail zutage gefördert, das Anlass für neue Spekulationen gibt. Unter den Asservaten aus der ausgebrannten Zwickauer Wohnung des NSU-Trios befindet sich ein verkohlter Stadtplan von Kassel. Immerhin noch erkennbar darauf sind Markierungen zu potenziellen Tatorten. Neun der zehn markierten Orte liegen an Strecken, die der Ex-Verfassungsschützer gegenüber Vernehmern im Jahr 2006 als regelmäßige tägliche Fahrtrouten angegeben hatte. *N.H.*

Kampf um die Ehre der Omas

Grüne Aktion gegen Trümmerfrauen-Denkmal wird zum Bumerang

Durch verärgerte Facebook-Nutzer wurde eine Geschichte aus der lokalen „Abendzeitung München" innerhalb von Stunden im Bundesgebiet verbreitet und für die Grünen ähnlich unangenehm wie ihr Vorschlag, einen verbindlichen Veggie-Day einzuführen. Dabei hatten die beiden Münchner Grünen Katharina Schulze und Sepp Dürr mit ihrer Verhüllungsaktion eines Trümmerfrauen-Denkmals ihren, wenn auch verspäteten Widerstand gegen das NS-Regime publik machen wollen. „Den Richtigen ein Denkmal setzen. Nicht den Alt-Nazis" stand auf dem Tuch, mit dem sie den erst am 8. Mai dieses Jahres aufgestellten Gedenkstein überdeckten. Dessen Inschrift lautet: „Den Trümmerfrauen und der Aufbaugeneration Dank und Anerkennung".

Doch Kinder und Enkelkinder der hier durch die Aktion der Grünen im Kollektiv verdammten Aufbaugeneration teilten sich über Facebook untereinander ihren Unmut mit. Und auch wenn Schulze und Dürr ihre Kampagne mit den lokalen Münchner Gegebenheiten nach dem Krieg zu erklären versuchten (siehe Seite 8), konnten sie den Sturm der Entrüstung, der sogar die Form von Morddrohungen annahm, nicht mehr beherrschen. Während einige überregionale Tageszeitungen die Münchner Aufräumaktion nach dem Krieg beleuchteten und versuchten, das Thema so auf der Sachebene zu halten, kochten bei Online-Kommentaren die Emotionen hoch. Und dann wandte sich auch noch einer aus den eigenen Reihen gegen Schulze und Dürr. „Was für eine schwachsinnige Aktion! Rechthaberei um jeden Preis", schrieb der grüne Kommunalpolitiker Wolfgang Leitner und verwies auf die Leistungen seiner Oma, die, wenn auch nicht Trümmerfrau, so doch ein Teil der Aufbaugeneration war.

> Kampagne löste Sturm der Entrüstung aus

Bel

MELDUNGEN

Griff nach den Medien

Moskau – Die Chefredaktion der staatlichen Nachrichtenagentur „Ria Novosti“ traf der Ukas (Erlass) des Präsidenten überraschend: Am vergangenen Montag hatte Wladimir Putin die traditionsreiche Nachrichtenagentur „Ria Novosti“ aufgelöst. Sie wird gemeinsam mit dem Rundfunksender „Golos Rasii“ in einem neuen Medium aufgehen. Chefredakteur wird der Kreml-treue Journalist Dmitrij Kiseljow (59), der wegen antiwestlicher Propaganda und Verunglimpfung Homosexueller umstritten ist. Offiziell wird dieser Schritt mit Sparsamkeits- und Effektivitätszielen begründet, auch soll das negative Image Russlands im Ausland aufpoliert werden. „Ria Novosti“ sieht in seiner Auflösung einen Schritt zur Verschärfung der staatlichen Kontrolle im bereits stark regulierten Mediensektor. *MRK*

Mehr Straftaten rechtsextrem?

Osnabrück – Nach der Innenminister-Konferenz der Länder in Osnabrück zeigte sich ihr Vorsitzender Boris Pistorius (SPD) zuversichtlich, dass der bereits eingereichte NPD-Verbotsantrag der Länder beim Bundesverfassungsgericht Erfolg haben wird. Hintergrund ist eine Überprüfung von 3300 Tötungen und Tötungsversuchen im Zeitraum 1990 bis 2011, die nach Bekanntwerden der Mordserie der Neonazi-Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) in die Wege geleitet wurde. Während die Statistik bisher von 60 Morden mit rechtsextremem Hintergrund ausgeht, sehen Bundeskriminalamt und Landespolizeibehörden nach der Überprüfung in 746 Fällen Anhaltspunkte „für eine mögliche politische rechte Tatmotivation“. Dies bedeute jedoch „noch nicht, dass es sich dabei tatsächlich um rechtsextrem motivierte Straftaten handelt“, so der Ministeriumssprecher, doch liefert allein die Vermutung den Befürwortern eines NPD-Verbots weiteren Vorschub. *MRK*

Die Schulden-Uhr: Unbeliebtes Urteil

Das für den Staat kostspielige Urteil des Landessozialgerichts in NRW, dem zufolge eingewanderte EU-Bürger ein Recht auf Hartz IV haben, hält laut TNS-Emnid-Umfrage mit 43 Prozent nur eine Minderheit der Bundesbürger für richtig. 50 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Eine Mehrheit haben die Urteilsbefürworter nur bei den Anhängern der Grünen mit 58 Prozent. Es folgen die Anhänger von SPD, FDP und Union mit 47, 43 und 41 Prozent. Schlusslicht bilden die Anhänger der Linkspartei mit 39 Prozent. Bestätigt wird damit das Bild von einer durch die 68er geprägten antideutschen altbundesrepublikanischen Linken. Demgegenüber scheint das alte SED-Milieu von Reeducation, Nationalmasochismus und 68ern noch weitgehend unbeleckt zu sein. *M.R.*

2.068.134.552.191 €

Vorwoche: 2.067.436.011.296 €
Verschuldung pro Kopf: 25.691 €
Vorwoche: 25.682 €

(Dienstag, 10. Dezember 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ideologische Roma-Versteher

Politische Korrektheit blendet selbst schwerste Kriminalität der Familienclans aus

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat eine Tagung über die Roma in Berlin veranstaltet. Als *PAZ*-Autor Michael Leh dort erklärte, kriminelle Roma-Gruppen trügen auch zu antiziganistischen Vorurteilen bei, wirkte dies wie ein Stich ins politisch-korrekte Wespennest.

Das Tagungsthema in der Berliner Volksbühne lautete „Roma in Berlin – Klischees und Lebenswelten“. Über die Lebenswelten von Roma in Berlin erfuhr man jedoch so gut wie nichts. Nur Bezirksstadträtin Franziska Giffey (SPD) wartete mit Informationen über die Schulsituation von Roma-Kindern in Neukölln auf. Klischees über Roma wurden zwar fortwährend beklagt, ihr Zustandekommen aber nicht tiefergehend analysiert. Umso deutlicher wurden die Klischees der überwiegend linken Tagungsteilnehmer: Für sie sind Roma stets nur Opfer, während die schlimme deutsche Mehrheitsgesellschaft nicht genug für die Roma tut.

Die bereits jetzt erheblichen Leistungen des deutschen Steuerzahlers für aus Rumänien und Bulgarien zugewanderte Roma wurden mit keiner Silbe gewürdigt. Die „Gypsy-Industrie“ – wie der Balkan-Korrespondent Norbert Mappes-Niediek die Projektförderungen der europäischen Roma-Politik nennt – erachtet vielmehr die deutschen Zahlungen in Millionenhöhe als reinste Selbstverständlichkeit. Gerade sprach auch der Präsident des Deutschen Städtetages, Ulrich Maly (SPD), davon, dass Deutschland an den Roma „noch eine historische Schuld abzutragen hat“.

Ideologischen Roma-Verstehern und mimosenhaften Roma-Repräsentanten kann man es dabei aber kaum recht machen. So kritisierte eine Roma-Vertreterin auf der Tagung, dass der Bezirk Neukölln eine Impfaktion für Roma-Kinder durchführte, wodurch „Gesundheitsprobleme ethnisiert“ würden. Also musste Stadträtin Giffey noch rechtfertigen, dass man in Neukölln Roma-Kinder impfte, die ohne jeden Impfschutz waren. „Es wurde von Ärzten dringend empfohlen, niemand wurde dazu gezwungen, es war ein freiwilliges Angebot, das für alle galt, nicht nur für Roma-Kinder“, erklärte sie. Die Kosten für den Impfstoff hatte der Berliner Senat übernommen.

Der Politologe Markus End erklärte, Antiziganismus sei auch heute in Deutschland weit verbreitet. In einem Gutachten hatte

Roma-Vertreter reagieren allergisch auf Kritik

er geschrieben, fast die Hälfte der Deutschen sei der Ansicht, Roma würden „zur Kriminalität neigen“. Sowohl in seinem Gutachten als auch auf der Tagung blieb jedoch die erhebliche Kriminalität einzelner Roma-Gruppen komplett ausgespart. Sie hat dabei längst Schäden in Millionenhöhe bei den Opfern bewirkt, insbesondere durch massenhafte Wohnungseinbrüche und den berüchtigten „Enkeltrick“. Als der Autor dieses Beitrags auf der Tagung darauf hinwies und erklärte, dass leider gerade auch durch hochkriminelle Roma-Gruppen antiziganistische Vorurteile gezüchtet würden, war dies wie ein Stich ins Wespennest.

Die Moderatorin der Podiumsdiskussionen, die Kulturwissenschaftlerin Julia Roth, fragte zunächst verständnislos, was denn der Enkeltrick sei. Dieselbe Roth behauptete zugleich, die deutsche Polizei müsse noch „sehr viel lernen“, um Roma nicht „zu kriminalisieren“. Der Justiziar des Zentralrats der Sinti und Roma, Arnold Roßbach, versuchte in Abrede stellen, dass der Enkeltrick so gut wie ausschließlich von einer rund 1000-köpfigen Roma-Sippe verübt wird. Auf den Hinweis, dass es sich hierbei um die gesicherte Erkenntnis von unter anderem dem Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) handelt, schnaubte Roßberg, der BDK sei schon öfters mit „rassistischen Äußerungen“ aufgefallen.

Den Hinweis des Autors auf die Aussage von Oberstaatsanwalt a. D. Egbert Bülles, wonach im Großraum Köln mehr als 50 Prozent der Bandeneinbruchsdiebstähle auf das Konto von Roma- und Rumänen-Banden zurückgingen, wollte Roßbach unwirsch damit abtun, dass der Zentralrat der Sinti und Roma früher schon Dienstaufsichtsbeschwerde wegen Bülles Äußerungen erhoben habe. Roßbachs Verhalten war typisch für den Zentralrat der Sinti und Roma, der jede Erwähnung krimineller Aktivitäten von Roma insbesondere durch Serienbeschwerden beim Deutschen Presserat niederzubügeln sucht.

Bülles hat in seinem Buch „Deutschland, Verbrecherland?“ ein Kapitel „Der Konzern der Diebe“ überschrieben. Darin schildert er die gewissenlosen Raubzüge von Roma-Clans. Wie er betont, will er keineswegs Angehörige ethnischer Minderheiten wie Roma und Sinti unter Generalverdacht stellen. Man dürfe jedoch nicht verschweigen, woher insbesondere organisierte Banden stammen. Bülles beschreibt auch, wie Roma-Bosse Kinder mit Schlägen und Nahrungsentzug zum Stehlen abrichten. Auch dies war kein Thema für die Roma-Vertreter und Roma-Versteher.



Aktive Interessenvertreter: Immer wieder weisen Roma auf ihre angebliche Opferrolle hin Bild: pa

Die Hoffnung lebt weiter

Anmerkungen und Erinnerungen zum Tod des früheren ANC-Aktivisten und Staatspräsidenten Nelson Mandela

Soweto, Sommer 1987. Unter mehr oder weniger konspirativen Umständen treffen wir zwei schwarze Gewerkschafter, die dem immer noch verbotenen ANC angehören. Mitarbeiter eines deutschen Nobelautobauers hatten uns geholfen, das südafrikanische Informationsministerium – unseren „Gastgeber“ und Aufpasser – auszutricksen.

In Pretoria amtierte noch Pieter Willem Botha, der offiziell das Apartheid-System mit eiserner Faust verteidigte, klammheimlich aber bereits dessen Ende vorbereitete. Zum Beispiel in Kontakten mit einem Insassen des Pollsmore-Gefängnisses in Kapstadt.

Der Häftling namens Nelson Mandela war ein Vierteljahrhundert lang Staatsfeind Nr. 1; nun ruhte auch staatlicherseits auf ihm die Hoffnung auf ein friedliches Ende der Apartheid.

Wie sehr er für viele andere schon lange Hoffnungsträger Nr. 1 war, hörten wir immer wieder in unseren Gesprächen mit Leuten, die im offiziellen Besucherprogramm für westliche Journalisten nicht vorkamen. Mandela war im Geiste immer mit dabei: „Das entscheiden wir, wenn Mandela frei ist“, „das wird Mandela uns sagen, wenn er nicht mehr in Haft ist“. Auf ihm ruhten alle Hoffnungen, auf ihn schien alles fixiert.

Aber wer war dieser 70-Jährige, der 1964 zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, bis 1982 auf der Gefängnisinsel Robben Island einsaß, dann – erstes Anzeichen sich anbahnenden Wandels – nach Kapstadt verlegt wurde? Terrorist? Freiheitskämpfer? Ein zweiter Gandhi? Kommunist? Liberaler? Held oder Heiliger?

In jener Zeit, da nur wenige Menschen direkten Kontakt zu Mandela hatten, machte sich jeder sein eigenes Bild. Gerade bei uns, im fernen Europa, war man sich dessen besonders sicher. Kämpferischen Linken diente er als revo-

Er hat Südafrika vor einem blutigen Bürgerkrieg bewahrt

lutionäres Vorbild, Che Guevara zumindest ebenbürtig. Aus konservativer, also „rechter“ Sicht hingegen war er ein gewaltbereiter Terrorist und Rechtsbrecher mit gefährlichen Zielen.

Beide Seiten mussten bis zum 11. Februar 1990 warten, um endlich zu erfahren, wer Mandela wirklich war – und wie falsch ihr Bild war. An diesem Tag setzte der erst seit Kurzem amtierende neue Staatspräsident Frederik Willem de Klerk den am 5. August 1962 verhafteten und am 12. Juni 1964 zu lebenslanger Haft verurteilten Mandela auf freien Fuß.

Konservative in Europa und USA fürchteten nach der Freilassung des „Terroristen“ das Schlimmste. Führende Vertreter der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika hingegen sahen darin das Signal zur Überwindung der Apartheid.

Diese Politik der strikten Rassentrennung war 1948, nach dem Wahlsieg der burisch dominierten National Party, in Südafrika zur Staatsräson erkoren worden. Kern war die einseitige gesetzliche Festschreibung von Privilegien der weißen Bevölkerungsminderheit. So entwickelte sich eine abgestufte Diskriminierung für die einzelnen Bevölkerungsgruppen, die wir zum Beispiel in Durban am Indischen Ozean so erlebten: Als Geschäftsführerin unseres Hotelrestaurants führt eine deutschstämmige Weiße das Kommando, den Service haben Inder fest in der glacebehandschuhten Hand, so genannte Colored (Mischlinge) dürfen leere Gläser abräumen, während der Schwarze, der heruntergefallene Krümel und anderes vom Boden aufkehrt, aufpassen muss, dass er keinem der drei oben Genannten in die Quere kommt. Ein anderes Beispiel für die alltägliche Erniedrigung: An der Bushaltestelle im Zentrum von Johannesburg hält alle paar Minuten ein fast leerer Bus für Weiße, alle zwei Stunden auch mal ein – völlig überfüllter – Bus nach Soweto. Die oft stundenlang wartenden Schwarzen sind gut beraten, nicht zur Toilette zu müssen, für sie gibt es hier nämlich keine!

Militante ANC-Führer wollten die Wut der Schwarzen – auch jener, die erfolgreich waren, etwa als Mitarbeiter von Mercedes, BMW oder Siemens – in schwarzen Rassismus ummünzen: Weiße sollten entmachtet, entrechtet, enteignet



Gedenken an Nelson Mandela Bild: action press

und, so die harmlosere Variante, verjagt werden.

Als Mandela dann freigelassen wurde, kam alles ganz anders. Er hatte andere Visionen. 27 Jahre Haft hatten ihn gelehrt, dass nur ein Ziel zählte: den Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen. Längst hat er die Unduldsamkeit, die den jungen Anwalt Mandela einst in den Untergrund getrieben hatte, abgelegt. Geblieben ist sein persönlicher Mut: Zwei Wochen nach der Freilassung steht er vor einer emotional aufgeheizten Menschenmenge in Durban. Militante Jugendliche wollen von ihm in den Kampf geführt werden. Südafrika steht am Rand eines Bürgerkriegs.

Mandela legt sein Manuskript beiseite, spricht frei: „ Nehmt eure Gewehre, nehmt eure Messer, nehmt eure Macheten und werft sie ins Meer!“ Starke Worte, die Wunder wirken: Kein Bürgerkrieg, keine staatlich organisierten Massenmorde. Das schreckliche Schicksal vieler anderer schwarzafrikanischer Völker bleibt den Südafrikanern erspart.

Von Mandelas Vision einer „Regenbogengesellschaft“, in der alle, Schwarze und Weiße, „aufrecht gehen können, ohne Angst in ihren Herzen, in der Gewissheit ihres unveräußerlichen Rechts der Menschenwürde“, ist das Land weit entfernt. Vieles liegt im Argen, der Weg ist noch weit und dornenreich. Seine Nachfolger sind, wie so viele Machthaber des Schwarzen Kontinents, das exakte Gegenteil jener Bescheidenheit, Integrität und Unbestechlichkeit, die er vorgelebt hat. Mandela war, wie er selber sagte, „kein Heiliger“. Aber er war, mit allen Stärken und Schwächen, eine herausragende und eindrucksvolle Persönlichkeit. Nun ist Madiba, so sein Stammesname, tot, aber die Hoffnung, die er seinem Volk gab, lebt weiter. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Zoo-Palast: Legende lebt wieder auf

Von THEO MAASS

Der Zoo-Palast gehört zur Identität der West-Berliner wie der Funkturm, die Kongresshalle oder die Gedächtniskirche, die der alliierte Bombenterror so gestaltet hat, wie sie sich heute darstellt.

Die Wartegemeinschaft am Grenzkontrollpunkt Drewitz/Dreilinden, wie sich die Bewohner der Inselstadt selbstironisch nannten, war seit dem Mauerbau am 13. August 1961 „eingesperrt“. Aber sie entwickelte ein eigenes Lebensgefühl um den Ku'damm herum mit seiner anspruchsvollen Gastronomie, dem KaDeWe und den Jugenddiscos wie dem „Big Eden“, dem „Yesterday“ oder dem „Flash Point“. Wer in den 60er und 70er Jahren im Westteil der Stadt groß geworden ist, verbrachte den Sonnabendabend dort und besuchte zuvor am späten Nachmittag eines der schönen Ku'damm-Kinos, die das Kommerz- und Gewinnstreben nach der Vereinigung hinweggefegt hat. Das größte und wahrscheinlich beliebteste von ihnen war der Zoo-Palast, der zwar nicht am Ku'damm lag, aber nur wenige Schritte entfernt, genau gegenüber vom Bahnhof Zoo. Er gehörte zum Lebensgefühl, wie es der Berliner Liedermacher Reinhard Mey in seinem Lied „Das ist mein Berlin“ beschrieben hatte.

In einem Nebenkino des Hauses lief mehrere Jahre „Spiel mir das Lied vom Tod“ mit der legendären Filmmusik von Ennio Morricone. Dort zogen „Steiner, das Eiserne Kreuz“ oder „Das Boot“ die wissbegierige Jugend an, die erfahren wollte, was ihre Väter als Landser im Zweiten Weltkrieg erlebt hatten, bevor Hollywood die Geschichte des Krieges in ein reines deutsches Verbrecheralbum umdeutete.

Ab 1957 gab es dort Premieren, und das Lichtspielhaus war bedeutender Veranstaltungsort der Berlinale. Nationale und internationale Filmgrößen wie Lilo Pulver, Romy Schneider, Liz Taylor oder Gina Lollobrigida gaben dort ihre Visitenkarte ab.

Kinobetreiber Hans-Joachim Flebbe investierte nun sage und schreibe 4,5 Millionen Euro in den Umbau des Theaters, das künftig 1650 Gästen in sieben Sälen Platz bietet. Zur Gala-Eröffnung am 27. November waren 800 geladene Gäste gekommen. Der reguläre Filmbetrieb startet zwei Wochen später.

Schnickschnack wie Nachos mit Käsesoße gibt es dort nicht. Flebbe setzt auf ein Kontrastprogramm zu den modernen „Multiplex“-Kinos: „Alle Sachen fehlen, die Sie im Kino genauso nerven wie mich.“ Der Zoo-Palast wende sich an die Leute mittleren Alters, die „das Kino für sich wiederentdecken“. Familien, die „gehobene Unterhaltungsfilme“ sehen wollten, seien hier gut aufgehoben.

BER: Wowereit soll bremsen

Paradox: Politik hat gar kein Interesse mehr an schneller Fertigstellung des neuen Flughafens



Ein schlechter Witz mit Methode: Vermutlich wird Klaus Wowereit erneut Chef des BER-Aufsichtsrats

Bild: pa

Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) hat gute Chancen, im Januar vom kommissarischen wieder zum regulären Vorsitzenden des skandalumwitterten Berliner Flughafens BER gewählt zu werden. Der Aufsichtsrat will den Politiker zurück, der erst im Januar zuvor zurücktreten musste – wegen der in seiner Amtszeit seit 2006 aufgelaufenen Pannenserie, die Milliarden an Steuergeld verschlingt.

Seit August übt Wowereit das Amt, das er schon hatte, kommissarisch aus. Sein Nachfolger Matthias Platzeck (SPD) hatte sich aus der Politik und von der BER-Spitze zurückgezogen und somit blieb Wowereit als scheinbar einzige Wahl zurück. Doch mit dieser Erklärung lässt sich die nun vom Aufsichtsrat angestrebte vollständige Wiedereinsetzung Wowereits in seine alte Aufgabe kaum erklären.

Als der Senat im August den Rückzug Platzecks mit der kommissarischen Hinzuziehung Wowereits quittierte, deutete wenig auf dessen erneuten Aufstieg hin: „In der nächstmöglichen Sitzung im Dezember“ sollte damals laut Senat eine Entscheidung über die Aufsichtsratsspitze fallen. Nun ist der Dezember gekommen, doch haben sich Politik und Aufsichtsrat für eine Neubesetzung nur Absagen eingehandelt.

Wie schon im Januar verlangte die CDU im Sommer nach externen Gutachtern, nach einem ausgewiesenen Finanzfachmann an der BER-Spitze. Die Forderungen sind verhallt. So vertrat Berlins CDU-Generalsekretär Kai Wegner im Sommer noch die Auffassung, den BER könne man nicht „nebenbei machen“. Jetzt kann es der Bürgermeister der rot-schwarzen Koalition doch. Auch der Bund als Teilhaber des Projekts hatte maßgeblich Druck ausgeübt, um Wowereit loszuwerden – dennoch stehen einer offiziellen Rückkehr auch von dieser Seite keine Hindernisse mehr entgegen.

Das ist erklärungsbedürftig, denn selbst einstige Kritiker stellen jetzt bestenfalls Bedingungen für eine Rückkehr, so Christian Görke, Brandenburgs Fraktionschef der Linkspartei. Wowereit sei wählbar, wenn er auch Interessen Brandenburgs aufnehme, meint Görke. „Er müsste etwa dafür sorgen, dass es mehr Nachtruhe für die Anwohner des Flughafens BER gibt.“ Der Politiker will die Wowereit-Frage für die in Brandenburg mitregierende Linke offenbar als Hebel nutzen, um den BER-Gesellschaftern einschließlich des Bundes Zugeständnisse für weniger Fluglärm abzuringen. Die Koalition in Brandenburg „würde davon nicht erschüttert“, wiegelt Görke ab. „Die Linke“ hat also kein aktives Interesse an Wowereit, es sei denn, seine Ernennung öffnet ihren Forderungen Spielräume. Tatsächlich liegt in dieser geradezu beispielhaften Reaktion der Schlüssel zum Verständnis der bizarren Stimmung zugunsten Wowereits.

> Trotz Pannenserie wieder Chef des Aufsichtsrats?

Der BER-Aufsichtsrat, der vielleicht noch im Dezember, wahrscheinlich aber im Januar entscheidet, ist als 15-köpfiges Gremium immer mit einer klaren Mehrheit der politischen Interessenvertreter bestückt. Berlin und Brandenburg stellen je vier Vertreter, der Bund zwei und die Arbeitnehmer fünf. Die Politik hat indes derzeit kein Interesse an schnellen Erfolgen oder tiefgreifenden Änderungen: Der Flughafen bleibt nämlich Zankapfel nicht nur der Fluglärmgegner.

Die CDU-regierten Berliner Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf fordern nun mindestens drei Start- und Landebahnen für den Berliner Luftverkehr. Um das zu erreichen, solle am neuen Standort BER eine weitere Startbahn geschaffen oder der alte Flughafen Tegel offengehalten werden, verlangen die Bezirke und stellen sich damit ausdrücklich gegen Positionen der Berliner Koalition und des CDU-Vorsitzenden Frank Henkel – Streitpotenzial! Die guten Einnahmen des noch geduldeten Betriebs in Tegel geben der Forderung Aufwind. Die Zahl der Tegel-Passagiere wird 2013 um 1,2 Millionen auf voraussichtlich 19,4 Millionen steigen. Insgesamt heben damit in Berlin 2013 zum ersten Mal 26 Millionen Flugpassagiere ab. Angesichts der so entstehenden Einnahmerekorde erscheint der Bau des BER der Politik nicht mehr so dringlich, zumal sie in den Fluglärmgegnern einen kaum zu besänftigenden Gegner hat.

Schon Brandenburgs jetziger Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hatte deshalb abgelehnt, nach Platzeck Aufsichtsratschef zu werden. Die aktuell geringe Aktivität an der Baustelle BER spart dem Land Berlin zudem bares Geld ein. So erscheint ein zügiges Weiterbauen im Sinne des von Flughafenchef Hartmut Mehdorn angestrebten baldigen Betriebs politisch nicht opportun. Mehdorn musste kürzlich auf politischen Druck Berater entlassen. Er soll sparen.

Der alte Aufsichtsratschef Wowereit ist somit die politisch in jeder Hinsicht am besten ins Kalkül passende Lösung, überbrückt er doch alle rot-roten und rot-schwarzen Befindlichkeiten, paradoxerweise gerade deswegen, weil er den Bau verzögert: Statt wie geplant 170 Millionen Euro für BER im November und Dezember auszugeben, muss Berlin jetzt wohl nur rund 36 Millionen für diese Zeit bereitstellen. Hauptgrund sind „anhaltende Verzögerungen bei Bau und Planung“, wie eine Vorlage der Finanz-Staatssekretärin Margaretha Sudhof (SPD) zeigt. Folge: Die Politik hat ein Interesse daran, auf Zeit zu spielen, denn je schneller BER voranschreitet, desto mehr endgültige und unpopuläre Lösungen drängen sich auf: Tegel muss von Rechts wegen spätestens ein halbes Jahr nach der Inbetriebnahme der neuen Pisten am BER geschlossen werden, und die Fluglärmfrage am neuen Standort wird akut. *S. Gutschmidt*

Hilflos vor Gewaltexzessen

Alexanderplatz: Messerstecherei an Gedenktafel für Jonny K.

Als Schwerpunkt von Gewaltkriminalität kommt der Berliner Alexanderplatz nicht aus den Schlagezeilen. Ausgerechnet vor der Gedenkplakette für den im Oktober 2012 totgeprügelten Jonny K. ist es Ende November zu einer Messerstecherei gekommen. Zwei Gruppen von Jugendlichen gerieten in Streit, der rasch bis zum Äußersten eskalierte. Zunächst von einer Bierflasche getroffen zog der 19-jährige Erdogan Ö. aus Wut ein Messer und attackierte zwei Männer der aus Russland stammenden gegnerischen Gruppe.

Das Resultat des Gewaltausbruchs: ein durch Messerstiche schwerverletzter Jugendlicher. Um den mutmaßlichen Haupttäter hat das inzwischen hinlänglich bekannte Spiel eingesetzt. Erdogan Ö. wurde zwar zunächst festgenommen, nach einer Blutentnahme befand er sich allerdings schnell wieder auf freiem Fuß. Obwohl gegen ihn wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt wird, reicht der Vorwurf nach Justizangaben nicht für einen Haftbefehl aus.

Bekannt kommt Beobachtern auch die Reaktion von Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) vor: Der Alexanderplatz habe sich zu einer „problematischen Partymeile“ entwickelt, die eine „alkoholgeneigte und konfliktbereite Klientel“ anziehe, räumt Henkel ein. Nur: Mit mehr Polizei lasse sich diese Entwicklung nicht in den Griff bekommen, „die ganze Gesellschaft muss sich damit auseinandersetzen“, so der Innensenator.

> Politiker weichen der eigentlichen Frage weiterhin aus

Abgesehen davon, dass zu vorgerückter Stunde rund um den Bahnhof Alexanderplatz oft genug weder Bundespolizei noch Berliner Beamte zu sehen sind, dürfte dem Problem Gewaltkriminalität allein mit mehr Sicherheitskräften tatsächlich nicht beizukommen sein. Inzwischen überfällig erscheint auch ein völlig anderes Herangehen der Justiz. Kritiker blicken dabei vor allem auf Henkels Kollegen, den Justizsenator Thomas Heilmann (ebenfalls CDU).

Nichts hindert diesen daran, bei Bund und Ländern Änderungen beim Strafrecht in die Diskussion zu bringen. Unübersehbar scheint die äußerste Härte, mit der die Gerichte Finanzvergehen ahnden, während sie schwere Körperverletzungen oftmals fast wie Bagatell-Delikt behandeln. Ein Vorschlag, der bislang ungehört blieb, lautet etwa, Tritte gegen den Kopf oder den Einsatz von Messern im Regelfall als das zu bewerten, was sie sind: Tötungsversuche. *Norman Hanert*

Auf dem linken Auge blind

Abgeordneter unterstützt Extremisten – keine Untersuchung

Brandenburgs rot-rote Landesregierung lässt einen Antrag der Landes-CDU gegen die Unterstützung von Extremisten durch Abgeordnete nicht einmal zur Abstimmung im Landtag zu. Anlass des Vorstoßes war die Unterstützung des Landtagsabgeordneten Norbert Müller (Linke) für die „Rote Hilfe“.

Der Fall des erst seit wenigen Wochen im Landtag vertretenen Abgeordneten Norbert Müller sorgte für Aufsehen. Als Nachrücker ins Parlament gekommen, bekannte sich Müller zur Unterstützung der von Brandenburgs SPD-Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) als linksextrem eingestuften Organisation. Der 27-jährige Vizechef der Landeslinken will sie dennoch weiterhin unterstützen. Er fördert als Angehöriger des Verfassungsorgans Parlament also zugleich eine Gruppierung, die laut Verfassungsschützern darauf hinarbeitet, dass der „vermeintlich legitime Widerstand linksextremistischer Gruppen gegen das verhasste System entkriminalisiert“ werden müsse. Mitglieder der terroristischen „Rote Armee Fraktion“ gelten der Roten Hilfe demnach als „politische Gefangene“. Die Gruppe wirke wie eine Klammer für den Linksextremismus und habe rund 170 Mitglieder in der Mark. Sie unterhalte eine Ortsgruppe in Potsdam, so der Verfassungsschutz.

> Rot-rote Koalition schmettert Antrag der CDU ab

Müller sagt, die Organisation unterstütze lediglich Autonome, die nach Blockade-Aktionen juristisch belangt würden: „Ich habe das noch nie in Anspruch nehmen müssen, bin aber gerne solidarisch und deswegen seit Jahren, wenn auch nur als Beitragszahler, Mitglied der Roten Hilfe“, so Müller. Er kehrte den Vorwurf um und hielt dem Verfassungsschutz vor, gezielt Politik gegen linke Kräfte zu betreiben und den Kampf gegen Rechtsextreme zu vernachlässigen.

Brandenburgs CDU wollte nun die Zusammenhänge aufklären und ein klares allgemeines Bekenntnis aller Abgeordneten einfordern, extreme Gruppen nicht zu unterstützen. Das von SPD und Linke dominierte Landtagspräsidium unter Präsident Gunter Fritsch (SPD) schmetterte den Antrag ab. Laut CDU-Fraktionschef Dieter Dombrowski wurde er nicht einmal im Parlament zur Abstimmung zugelassen. SPD-Fraktionschef Klaus Ness sagte zu der Entscheidung, „die CDU hat sich ein wenig isoliert“. Zeitgleich verkündete Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), alte Tötungsdelikte in der Mark auf mögliche rechtsextreme Tatmotive neu untersuchen zu lassen. *SV*



Zeitzeugen



Hermann Göring – „Wenn auch nur ein feindliches Flugzeug unser Reichsgebiet überfliegt, will ich Meier heißen!“ Mit diesem in einer Rundfunkrede zu Kriegsanfang getätigten Satz hat sich der damalige Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe doch etwas zu weit aus dem Fenster gelehnt. 1946 wurde der 1940 von Hitler zum Reichsmarschall Ernannte vor allem wegen seiner Beteiligung an der Judenvernichtung bei den Nürnberger Prozessen als einer der Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt. Der Hinrichtung entzog er sich durch Suizid.



Winston Churchill – Bereits im Sommer 1942 soll der britische Premier dem sowjetischen Diktator Stalin zugesagt haben, dass die Royal Air Force (RAF) „nahezu jede Wohnung in fast jeder deutschen Stadt“ zerstören werde. Die „Area Bombing Directive“ des britischen Luftfahrtministeriums machte es möglich.



Arthur Harris – Der Oberkommandierende des Bomber Command der RAF setzte die von der Regierung erteilte „Anweisung zum Flächenbombardement“ voller Leidenschaft um. Ziel war es nicht mehr, Industrieanlagen zu zerstören, sondern gezielt die deutsche Zivilbevölkerung zu attackieren. Mit dieser Strategie sollte ihre Kampfmoral geschwächt werden. Dass dabei Frauen und Kinder, aber auch internationale Kulturgüter auf deutschem Boden in Flammen aufgingen, erzeugte bei allen Beteiligten wenig Skrupel. Doch selbst als sich der Krieg dem Ende neigte, gingen die Luftangriffe auf zivile Ziele nicht zurück, wurden sogar noch verstärkt, obwohl die Kampfmoral längst am Boden lag. Heute gilt ein derartiges Flächenbombardement als Kriegsverbrechen.

Walter Merz – Der 1906 geborene Maschinenbauingenieur war schon während des Zweiten Weltkrieges als Feuerwerker tätig. 1945 wurde er Leitender Feuerwerker des Hamburger Kampfmittelräumdienstes. Er selbst gab an, bis zu seinem Ruhestand 1962 insgesamt über 4500 Sprengbomben entschärft zu haben, womit er einen Weltrekord hält. Der 1978 Verstorbene verursachte in all den Jahren seines Dienstes keinerlei ungeplante Detonationen.

Kaum Haftung bei Detonation

Bund und Länder zahlen nur selten für Schäden durch Weltkriegsbomben

Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kommt es in dem unweit von Berlin gelegenen Oranienburg fast im Monatsrhythmus noch immer zum Auffinden von alliierten Fliegerbomben. Für die Eigentümer der betroffenen Grundstücke kann ein solcher Fund eine teure Konfrontation mit der Vergangenheit werden.

Aus der Bombenbergungsroutine ragte der Fund einer US-amerikanischen 500-Kilogramm-Bombe im November hervor. Da sich der Blindgänger nicht entschärfen ließ, entschloss sich der Kampfmittelräumdienst zur Sprengung. Die Wucht der Detonation im idyllischen Ortsteil Lehnitz zerstörte das kleine Wochenendhaus, das sich der Oranienburger Paul Dietrich über die letzten 20 Jahre für rund 40000 Euro ausgebaut hatte. „Bin nie in Urlaub gefahren, hab mein ganzes Erspartes reingesteckt. Wärmedämmung, neue Schallschutzfenster“, so der verzweifelte Hausbesitzer gegenüber den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“.

Zusammengebrochen ist für den 64-Jährigen allerdings nicht nur das zusammengesparte Haus, sondern wohl auch der Glaube an den Rechtsstaat in Deutschland. Während die Bundesrepublik Milliarden für Kriegsfolgelasten an andere Länder überwiesen hat, zeigt sich der Bund gegenüber den eigenen Bürgern zugeknöpft. Nach derzeit herrschender Gesetzeslage besteht für den geschädigten Oranienburger nämlich keinerlei Aussicht, Schadensersatz zu erhalten. Der Bund haftet nur für Schäden auf bundeseigenen Grundstücken oder solchen, die von alliierten Streitkräften genutzt wurden. Auch in den recht seltenen Fällen, bei denen es sich bei den aufgefundenen Blindgängern um „reichseigene Munition“ handelt, wird der Schaden gezahlt. In den weitaus häufigeren Fällen rücken die Kampfmittelbeseitiger allerdings an, um alliierte Fundmunition unschädlich zu machen. Diese fällt in den Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Bundesländer. Kommt es wie am 21. November in Oranienburg zu Schäden, ist die Aussicht auf Schadensersatz verschwindend gering. Gemäß den Regelungen zur Amtshaftung muss dem landeseigenen Kampfmittelbeseitigungsdienst oder anderen beteiligen Behörden fahrlässiges Handeln nachgewiesen werden.

> Diese Kriegsfolgekosten werden zur Privatsache

Das Problem, dass Bürger auf Schäden durch Weltkriegsbomben sitzen bleiben, nimmt nicht etwa ab, es droht in den kommenden Jahren sogar zuzunehmen. Munitionsexperten gehen davon aus, dass es immer häufiger zu Sprengungen statt zu den herkömmlichen Entschärfungen kommen wird. Der Zustand vieler Bomben gilt wegen der langen Zeit unter der Erde inzwischen immer öfter als sehr kritisch. Für Städte wie Oranienburg gehen die Kosten in die Millionen. Geschätzte 10000 Bomben wurden über die Stadt abgeworfen, die als wichtiger Rüstungsstandort galt. Eine überdurchschnittlich große Anzahl der Bomben – rund 4000 – war mit chemischen Langzeitzündern versehen, so ein Gutachten der Universität Cottbus. Für Oranienburgs Bürgermeister Hans-Joachim Laesicke (SPD) ist die Unterscheidung zwischen reichseigener und ausländischer Munition lebensfremd. „Deutsche Bomben sind in der Regel nicht auf deutsche Städte gefallen und dem, der auf einer Bombe sitzt, ist es doch egal, wo sie herkommt“, so Laesicke.

Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit sind die Länder Brandenburg und Niedersachsen damit gescheitert, den Bund bei der alliierten Weltkriegsmunition stärker in die Verantwortung zu ziehen. Zwar erhielt ein entsprechender Vorstoß beider Länder die Unterstützung im Bundesrat, im Bundestag wurde die Gesetzesinitiative aber einfach nicht behandelt und blieb bis zur Bundestagswahl liegen. Damit ist der Gesetzantrag zunächst einmal hinfällig und eine Lösung weiterhin nicht in Sicht, während das Problem „Weltkriegsmunition“ in den nächsten Jahren nicht nur für Oranienburg akut werden könnte. *Norman Hanert*

Fast jeder Bürger kann betroffen sein

Das Problem, dass Bundesbürger auf Schäden durch Weltkriegsbomben sitzen bleiben, kann man mit Fug und Recht – gerade auch in einem Sozialstaat – als unbillige Härte bezeichnen. Trotzdem ist es bis zu einem gewissen Grade konsequent. West- und Mitteldeutsche, die ihr Hab und Gut im Zweiten Weltkrieg durch Bombenschaden, oder Ostdeutsche, die ihre Heimat verloren haben, erhalten ja auch keine Entschädigung. Weder leistet die Bundesrepublik selber Entschädigung noch macht sie sich bei den Verursachern des Schadens für eine Wiedergutmachung stark.

Dabei braucht man als Bundesbürger noch nicht einmal direktes Opfer eines Blindgängers zu werden, um von der Problematik betroffen zu werden. Es genügt bereits, wenn man bauen will. So ist die vorsorgliche Untersuchung eines Baugrundstückes vom Bauherren zu tragen. Wird das damit beauftragte Unternehmen fündig, erfolgt die Kampfmittelbeseitigung üblicherweise in einer Aufgabenteilung zwischen staatlichen Diensten und beauftragten privaten Fachfirmen. Während Erkundung und Gefährdungsabschätzung meist durch staatliche Stellen durchgeführt werden, erfolgt die eigentliche Beräumung heute überwiegend durch private Fachfirmen. Der Abtransport und die Vernichtung ist wiederum Sache staatlicher Stellen. Während das jeweilige Bundesland die Maßnahmen der Gefahrenabwehr wie Entschärfung, Abtransport und Vernichtung übernimmt, beteiligt sich der Bund in den Fällen an den Kosten, in denen die Gefahr von ehemals reichseigenen Kampfmitteln ausgeht. Allerdings hat aufgrund des bundesdeutschen Föderalismus jedes Bundesland hierzu seine eigenen Regeln *M.R.*

> Jeder Bauherr wird zur Kasse gebeten



Vor dem Bombenkrater und den Resten einer Gartenlaube: Oranienburgs Bürgermeister Hans-Joachim Laesicke (SPD) Bild: pa

Nicht immer hat's gekracht

Ein hoher Anteil der 1,35 Millionen Bomben endete als Blindgänger

Die Zahl der von den Alliierten auf Deutschland abgeworfenen Bomben stieg ab 1940 stetig. Waren es 1940 10000 Tonnen, so 1941 30000, 1942 40000 und 1943 120000 Tonnen. Im letzten vollständigen Kriegsjahr 1944 waren es mit 650000 Tonnen am meisten. Obwohl bereits am 8. Mai der Krieg zu Ende war, wurden 1945 noch einmal eine halbe Millionen Tonnen alliierte Bomben über dem Reich abgeworfen.

Diese Bombenabwürfe führten zu verheerenden Vernichtungen in Deutschland, doch explodierte nicht jede Bombe, die deutschen Boden traf. Die Blindgängerquote wird auf zehn bis 20 Prozent geschätzt. Das heißt, dass unter den 1,35 Millionen Tonnen Bomben, die im Zweiten Weltkrieg über Deutschland niedergingen, zwischen 135000 und 270000 Tonnen Blindgänger waren.

Die Ermittlung genauerer Zahlen für die Bundesrepublik leidet darunter, dass es keinen nationalen Kampfmittelräumdienst gibt, vielmehr die Kampfmittelräumung Ländersache ist. Experten schätzen noch um die 100000 unentdeckte Blindgänger. Da es den US-Amerikanern insbesondere um kriegswichtige Produktionsstätten und den Briten vor allem um die Terrorisierung der Zivilbevölkerung ging, weisen vor allem Großstädte und Ballungsräume wie das Ruhrgebiet eine hohe Blindgängerdichte auf.

> Der gefährlichste Typus ist der mit Langzeitzünder

Von diesen nicht detonierten Kampfmitteln werden Jahr für Jahr etwa 5500 entschärft. Es handelt sich um einen Kampf gegen die Zeit. Denn je später die Blindgänger entdeckt werden, desto gefährlicher ist ihre Entschärfung. Über die Jahrzehnte korrodieren nämlich die Zünder sowohl im Erdreich als auch im Wasser.

Neben Bomben mit korrodiertem Zünder gelten auch solche mit Langzeitzündern als besonders gefährlich. Etwa zehn Prozent der alliierten Sprengbomben hatten einen derartigen Zünder mit Verzögerung. Die verzögerte Sprengung diente dem Zwecke, die Aufräumarbeiten nach einem Bombenangriff und die anschließende Nutzung des bombardierten Terrains zu einem lebensgefährlichen Risiko zu machen. Ihre Funktionstüchtigkeit vorausgesetzt, ging bei einer normalen Bombe das Risiko, dass sie vor ihrer Detonation dem Gegner in die Hände fiel, gegen null. Das war bei einer Bombe mit Langzeitzündung anders. Vielmehr war die Wahrscheinlichkeit vergleichsweise hoch, dass der Kriegsgegner bei den Aufräumarbeiten nach dem Bombenangriff auf sie stieß. Um nun zu verhindern, dass der Gegner sie entschärfte, wurde bei diesen Bomben der Ausbau des Zünders durch entsprechende Konstruktionsmerkmale extra erschwert. Ein weiteres Problem bei Blindgängern unter den Bomben mit Zeitzünder besteht darin, dass man nie weiß, in welcher Phase der Zündungsverzögerung der Mechanismus sich befindet.

Der schlimmstmögliche Fall ist die Selbstauslösung, da sie unkontrolliert erfolgt. Hierzu kommt es schätzungsweise ein bis zweimal pro Jahr. Sie endet nicht selten tödlich. *Manuel Ruoff*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5218**

Mehr als nur Angst vorm Borkenkäfer

Anwohner des geplanten Nationalparks Nordschwarzwald sehen diesen auch als Angriff auf ihr Selbstverständnis

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) kann nach Absegnung durch den Landtag Ende November jetzt den Startschuss für ein Projekt geben, das ihm mindestens so viel Hass von den betroffenen Anwohnern einbringt wie der Weiterbau des Tiefbahnhofs Stuttgart 21 (S 21). Die Begeisterung der eigenen Klientel für den Nationalpark Nordschwarzwald ist dafür grenzenlos.

Mal wieder geht es in Stuttgart um Bäume. In den letzten Wochen gab es jedoch weniger Protest wegen deren Abholzung im Rahmen von S 21, sondern genau wegen des Gegenteils. Denn die grün-rote Landesregierung plant nun bereits seit über zwei Jahren die Einführung des Nationalparks Nordschwarzwald. Was auf den ersten Blick nur wie eine harmlose Umbenennung der Region zwischen Baden-Baden und Baiersbronn wirkt, trifft die Menschen im Umfeld des 10 000 Hektar großen Geländes in ihrem Selbstverständnis. Seit Jahrhunderten leben die Bewohner dort mit, für und von dem Wald. Nicht nur Sägewerke und passionierte Jäger leben von dem Staatsforst, auch die Bürger sehen den Wald als ihren erweiterten Lebensraum an. Mit der Entscheidung, dass dieses Stück Natur Nationalpark wird, geht einher, dass es fortan nicht mehr bewirtschaftet und genutzt werden darf, sondern wieder Urwald werden soll.

Während Greenpeace sowie die Naturschützer von Nabu, BUND und WWF außer sich vor Freude sind, dass künftig Tiere und Pflanzen in der Region ohne Belästigung durch den Menschen wieder gedeihen können, fürchten die Anwohner die Ausbreitung des Borkenkäfers. Ihre Sorge vor der ungebremsten Vermehrung dieses Baumtöters nimmt dabei schon fast hysterische Züge an, was sich damit erklären lässt, dass die Entscheidung des Landtags für den Urwald all ihre Leistungen und die ihrer Vorfahren für den Erhalt des Waldes nach ihrem Empfinden abwertet.

„Warum soll die Bewirtschaftung, wie wir sie schon immer betreiben, jetzt plötzlich nicht mehr richtig sein“, fragte so auch Wolfgang Schlund vom Naturschutzzentrum Ruhestein. Er versteht – wie so viele andere – nicht, warum ihre Form des Naturschutzes weniger wert sein soll als der von der grün-roten Landesregierung geplante.

Dabei ist die Idee des Nationalparks keineswegs eine neue. Schon in den 90er Jahren unter einer tiefschwarzen CDU-Führung wurde erstmals darüber nachgedacht, doch der Protest der eigenen Anhänger erstickte jeden Gedanken an eine Umsetzung im Keim. Und so hilft es

Grüne befürworten Urwald in Baden-Württemberg

auch nicht, wenn Baden-Württembergs Verbraucherschutzminister Alexander Bonde (Grüne) die aufgebrachten Anwohner mit Hinweis auf die CDU-Chefin Angela Merkel zu beruhigen versucht. Diese befürwortet nämlich, dass bis 2020 fünf Prozent der deutschen Waldfläche sozusagen „ausgewildert“ werden. Neben Rheinland-Pfalz sei Baden-Württemberg das einzige Flächenbundesland ohne Nationalpark. Auch würde das geplante Areal nur 0,7 Prozent der gesamten Waldfläche des Landes ausmachen. Zudem betont Bonde, dass man nicht von Brasilien verlangen könne, 25 Prozent seines Regenwaldes unberührt zu lassen, während man gleichzeitig den eigenen Wald nicht in Ruhe lasse. Dass sein Vergleich mit der rabiaten Abholzung des tropischen Regenwaldes mit der auf Nachhaltigkeit ausgerichteten forstwirtschaftlichen Nutzung des Nordschwarzwaldes eine Beleidigung für die Nationalpark-Anwohner ist, konnte Bonde schnell an deren Reaktionen ablesen. Doch die grün-rote Koalition in Stuttgart lässt sich nicht beirren. Zwar ließ die Landesregierung die betroffenen Anwohner Studien und Gutachten einsehen, hörte auch deren Kritik und ließ sie sogar einen Volksentscheid abhalten, der 78 Prozent Gegenstimmen zum Nationalpark-Projekt erbrachte, doch der Wald gehöre allen Baden-Württembergern und es gebe kein kommunales Vetorecht, lautete der abschließende Kommentar aus der Landeshauptstadt. Der Bürger muss gehört, aber nicht erhört werden, soll Kretschmann gesagt haben, zumindest kursiert dieses Zitat im Nordschwarzwald und das verleiht der Verbitterung der Bürger Ausdruck.

CDU und FDP im Landtag versuchten den verärgerten Anwohnern eine Stimme zu geben. Während die Liberalen vom grünen „Ideologiepark“ sprachen und das Projekt als „ökonomischen, ökologischen und fiskalischen Unsinn“ bezeichneten, versuchte die CDU, in der man die Idee an sich ja begrüßt, die Fläche des anvisierten Nationalparks zu halbieren. Doch 5000 Hektar Urwald seien nichts Halbes und nichts Ganzes, schmetterten die Grünen den Kompromiss ab. Und nun lobt Kretschmann, dass man der Natur ein Stück zurückgebe und der Nationalpark „von unschätzbarem Wert für den Erhalt der biologischen Vielfalt“ sei. Die Kosten für die Umsetzung seines Plans wiederum sind offenbar ähnlich unschätzbar, denn sie variieren, je nachdem, wen man fragt. Im Landeshaushalt werden zumindest vorerst sieben Millionen Euro als Anschubfinanzierung angesetzt, die jährlichen Betriebskosten werden auf neun Millionen Euro veranschlagt. Die Frage, wieso ein Urwald Millionen kostet, kann zum Teil mit Hinweis auf die Kompensationszahlungen an Sägewerkbesitzer beantwortet werden. Zudem sollen 60 Mitarbeiter eingestellt werden, die die Natur beim Wuchern beobachten und kontrollieren, die erwarteten Touristenströme lenken sollen.

Rebecca Bellano



Sehen sich durchaus auch als Naturschützer: Gegner des Nationalparks Nordschwarzwald — Bild: pa

MELDUNGEN

Staatsdiener gesucht

Berlin – Unter dem Motto „Die Unverzichtbaren“ will die Beamtengewerkschaft dbb für Nachwuchs in den öffentlichen Verwaltungen werben. Schon jetzt könnten frei werdende Stellen nicht immer mit qualifizierten Bewerbern besetzt werden, klagt der Beamtenbund. Da in den nächsten 15 Jahren 1,5 Millionen Staatsdiener in Pension gehen, müsste schon jetzt für Nachwuchs gesorgt werden. Der dbb bedauert, dass die Zahl der Verbeamtungen rückläufig sei, was die Attraktivität des Staatsdienstes unter dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherheit reduziere. Auch die Kürzungen bei Pensionen rügt der Interessenverband, bedenkt jedoch dabei nicht, dass die Attraktivität eines Arbeitsplatzes sich nicht nur an der Höhe des späteren Ruhegeldes und des Kündigungsschutzes messen lässt. *Bel*

Linke stören Burschentag

Innsbruck – Am 30. November hielt die Deutsche Burschenschaft in Innsbruck ihren Verbandstag ab. Etwa 1000 gewaltbereite Linksextremisten demonstrierten dagegen und versuchten einen Marsch der Burschenschafter durch die Innenstadt unter Rufen wie „Internationale Solidarität“ oder „Nazis raus“ zu blockieren. Ein Großaufgebot der Polizei sicherte den Zug und stoppte den Blockadeversuch. Ein Blockierer beschwerte sich, er sei von einem Polizisten zu Boden geworfen und ihm seien Handschellen angelegt worden. Danach habe man seine Personalien aufgenommen. Zuvor war der Versuch der Innsbrucker Bürgermeisterin Christiane Oppitz-Plörer, durch Vertragskündigung für einen Raum der Messe Innsbruck den Verbandstag zu verhindern, gescheitert. Der Verbandstag wurde in die Räumlichkeiten eines privaten Vermieters verlegt. *H.L.*

Kröten schlucken

Hessen: Grüne Basis hadert mit Bouffier

Es sind recht erstaunliche Verrenkungen, die Deutschlands erste schwarz-grüne Landesregierung in einem Flächenland möglich machen sollen. Schon vorab voll des Lobes für den auserwählten Koalitionspartner ist Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU). Er bescheinigt den Grünen nichts weniger, als „im besten Sinne bürgerlich zu sein“. Kaum wiederzuerkennen sind allerdings auch Hessens Grüne bei ihrem Drang nach Ministerposten in Wiesbaden. Nicht einmal elf Monate ist es her, dass sie zusammen mit der SPD gegen Bouffier in einem Untersuchungsausschuss den schweren Vorwurf erhoben, er habe als ehemaliger Innenminister bei der Berufung des Chefs der hessischen Bereitschaftspolizei Gesetze gebrochen und sogar Hessens Verfassung verletzt.

Angriffsflächen, an denen sich zumindest die Basis der Grünen reiben kann, bietet Bouffier genug. Bereits mehrfach wurde der Vorwurf laut, der Familienclan des Ministerpräsidenten stehe in Hessen unter einem besonderen Schutz. Mehr als einmal sorgten etwa Bouffiers Neffen für Aufsehen. Als im Februar 2007 drei Söhne der Schwester Bouffiers in eine Massenschlägerei verwickelt waren, tauchte der damalige Innenminister Bouffier mit Gießens Polizeipräsident im Schlepptau persönlich auf, um sich vor Ort informieren zu lassen, so die „Frankfurter Rundschau“.

Alter Skandal sorgt immer noch für Unmut

Im Jahr 2011 – der prominente Onkel war inzwischen zum Ministerpräsidenten aufgerückt – sorgten drei Neffen erneut für Aufsehen: Im Gießener Tanzhaus „Alpenmax“ sollen sie andere Gäste im Streit mit Flaschen und Barhokkern beworfen, getreten und sogar mit einem Tisch auf Opfer eingeprügelt haben. Die Gerichtsverhandlung – immerhin wegen des Vorwurfs der schweren Körperverletzung – endete im Rekordtempo. Nach Verlesung der Anklage wurde das Verfahren sofort eingestellt. Auch wenn eine Gerichtssprecherin versicherte, dass man nicht im Geringsten unter Druck gesetzt worden sei und dass das nichts mit Volker Bouffier zu tun habe, blieb ein schaler Nachgeschmack nicht zuletzt deswegen zurück, weil Hessens CDU in der Vergangenheit um markige Worte zum Thema Jugendkriminalität nie verlegen war. *N.H.*

Mindestlohn kaum zu kontrollieren

Dem zuständigen Zoll fehlt das Personal – Scheinselbstständigkeit hilft bei Umgehung

Während Frankreichs sozialistischer Präsident François Hollande von dem von Union und SPD beschlossene Mindestlohn entzückt ist, machen sich hierzulande die ersten Fachleute darüber Gedanken, ob sich die Einhaltung des Mindestlohns überhaupt kontrollieren lässt. Wie im Kampf gegen die Schwarzarbeit fällt die Zuständigkeit an den Zoll. Für diesen droht die neue Aufgabe allerdings noch einmal eine ganz andere Dimension anzunehmen als der Kampf gegen illegale Beschäftigung.

„Die Einhaltung des Mindestlohns zu prüfen, ist extrem zeitaufwendig“, so der Vorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, Klaus H. Leprich, gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“. Die abgegebene Schätzung über den zusätzlichen Personalbedarf dürfte beim künftigen Finanzminister als Chef des Zolls keine Freude aufkommen lassen. „Uns fehlen rund 2000 Leute“, so der Gewerkschafter Leprich.

Zum Problem droht allerdings nicht nur die schiere Zahl benötigter Zollbeamter zu werden, benötigt wird gut geschultes Personal aus dem gehobenen Dienst, das sich mit Betriebsprüfungen auskennt. Anders als bei den spektakulären Razzien, etwa auf Baustellen, bei denen durch Kontrolle von Papieren und Arbeitserlaubnisse Schwarzarbeitern recht simpel auf die Schliche gekommen werden kann, müssen beim Mindestlohn Geschäftsunterlagen detailliert geprüfte werden.

Geschäftsunterlagen müssen detailliert geprüft werden

Der absehbare Mangel an qualifiziertem Personal beim Zoll kann schnell auch noch auf einem anderen Gebiet zum Problem werden. Nach dem, was Union und SPD planen, soll die Lohnuntergrenze von 8,50 Euro pro Stunde nur für Arbeitnehmer, nicht aber für Selbständige gelten. Eine schon jetzt absehbare Folge: Eine Gründungswelle von Scheinselbstständigen als Ein-Mann-Firmen. Noch bevor der geplante Mindestlohn im Jahr 2015 zu greifen beginnt, könnten Unternehmen festangestellte Mitarbeiter zwingen, sich formal selbständig zu machen, um so die Lohnuntergrenze zu umgehen, so die Befürchtung beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Nach dessen Untersuchungen existieren in Deutschland mehr als 2,5 Millionen Ein-Mann-Firmen ohne Angestellte, 700 000 dieser Solo-Selbstständigen erzielen ein Brutto-Einkommen von weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Diese schon beträchtliche Zahl von Unternehmern mit Mini-Einkommen könnte durch den nun beschlossenen Mindestlohn und um sich greifende Scheinselbstständigkeiten ansteigen.

Länder umgehen eigene Bestimmungen

Angesichts der Personalknappheit beim Zoll könnte die Taktik von Unternehmen, so Geld zu sparen, in vielen Fällen Erfolg haben. Schon jetzt fällt es Behörden schwer genug, überhaupt Scheinselbstständigkeit nachzuweisen. Tricksereien zum Lohndumping drohen allerdings nicht nur von Unternehmen, sondern per Gesetz legalisiert sogar von Seiten der Politik. Ausgerechnet die SPD-geführten Regierungen von Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben inzwischen das Kunststück fertiggebracht, Gewerkschaften und Arbeitgeber gleichermaßen auf die Palme zu bringen. Der Plan, den die drei Länder in den Bundesrat eingebracht haben, hat es tatsächlich in sich. Geschaffen werden soll eine Art von Staatsprivileg, mit dem die 2011 durch die schwarz-gelbe Koalition eingeführten Verschärfungen des Zeitarbeitsrechts nicht für den Staat als Arbeitgeber gelten sollen. Befreit werden soll die öffentliche Hand ganz konkret von Regeln zur Eindämmung der konzerninternen Arbeitnehmerüberlassung.

Ursprünglich sollte damit verhindert werden, dass Arbeitgeber eigene Personaldienstleistungsfirmen gründen und Mitarbeiter dorthin auslagern, um sie dann zu schlechteren Konditionen einzusetzen. Offenbar scheue die öffentliche Hand Belastungen, „die man der privaten Wirtschaft seit Jahren ganz ungeniert zumutet“, so die Einschätzung des SPD-Vorstoßes durch den Vorsitzenden des Verbands Südwestmetall, Stefan Wolf, in der „FAZ“. Falls die Länder mit ihrem Vorhaben Erfolg haben, wird dies weitreichende Folgen haben. Vor allem für Kommunen mit klammen Kassen – etwa in NRW – würde der Anreiz weiter wachsen, Personal in privatrechtlich organisierte öffentliche Betriebe auszulagern, für die kein Tarifrecht des öffentlichen Dienstes gilt. *N. Hanert*

MELDUNGEN

Islamisten ringen um Einfluss

Tripolis – Während das Parlament in der Hauptstadt des zerfallenden libyschen Staates auf Druck islamistischer Kreise die Scharia als Basis der Gesetzgebung verabschiedet hat, vertrieben Demonstranten mit Hilfe des Militärs die islamistische Ansar-al-Scharia-Miliz aus Derna. Die Hafenstadt gehört zur Region Cyrenaika mit der Hauptstadt Bengasi. Die Cyrenaika hat sich bereits Anfang 2012 als quasi unabhängig von Tripolis erklärt. Die ölreiche Cyrenaika will ihren eigenen Weg gehen, doch auch hier gibt es bisher noch keine klaren Strukturen. *Bel*

Zeman fordert Vertuschung

Prag – Derzeit sieht es so aus, als hätte Bohuslav Sobotka, Chef der Sozialdemokratischen Partei (CSSD), gute Chancen, tschechischer Premier zu werden. Sobotka strebt eine Koalition mit den Christdemokraten (KDU-CSL) und der Partei Ano des Milliardärs Andrej Babis an. Die Koalitionsverhandlungen kommen gut voran, nur Staatspräsident Milos Zeman, selbst Sozialdemokrat, redet zu viel in die Gespräche hinein. Zwar gab er Sobotka Rückendeckung, nachdem bekannt geworden war, dass Babis, der Finanzminister werden soll, einst für den kommunistischen Geheimdienst gespitzelt hat. Zeman schlug vor, künftig Minister nicht mehr auf eine Mitarbeit bei der Staatssicherheit zu überprüfen. Zugleich will er aber bei der Auswahl der Minister mitreden. Derweil wurde Zemans politischer Gegner Ex-Außenminister Karel Schwarzenberg auf dem Parteitag seiner TOP09 trotz schlechten Ergebnisses bei der Parlamentswahl als Parteichef bestätigt und kann seine Kritik am Allmachtsanspruch des Präsidenten fortsetzen. *Bel*

Ideenloses Gewürge

Hindernisreicher Weg zur Großen Koalition in Wien – Es fehlen rund 24 Milliarden Euro

In zähen Verhandlungen verspielten die regierungswilligen Wahlverlierer SPÖ und ÖVP den Neustart und ebnen so den Weg für den weiteren Aufstieg der FPÖ.

Eine Woche nach der Bundestagswahl hatten die Österreicher ihren Nationalrat neu gewählt. Geschockt vom Ergebnis – Verluste für die Regierungsparteien, die zusammen gerade so eben über 50 Prozent der Stimmen kamen, starke Gewinne der FPÖ, leichte der Grünen und den „Teams Stronach“ sowie auf Anhieb Einzug der „Neos“ ins Parlament an der Wiener Ringstraße – hatten SPÖ und ÖVP am Wahlabend einen „Neustart“ und für die künftige Regierungsarbeit einen „neuen Stil“ versprochen. Während in Berlin die Große Koalition aus Unionsparteien und Sozialdemokraten steht, ist es in Wien zehn Wochen nach der Wahl fraglich, ob sich SPÖ und ÖVP noch vor Weihnachten auf ein Kabinett Faymann/Spindelegger II verständigen konnten. Selbst wenn sie es bis Heiligabend noch schaffen sollten, die letzten – von der ÖVP errichteten Hürden – aus dem Weg zu räumen, steht fest, dass der „Neustart“ vergurkt wurde.

Wie konnte es dazu kommen? Vor der Wahl hatten Kanzler und Vizekanzler zu viel versprochen: Sie kündigten eine „große Steuerreform mit Entlastung des Mittelstands“ (Werner Faymann, SPÖ) für 2014 respektive „bei Budgetdisziplin nach Erreichen des Nulldefizits 2016“ (Michael Spindelegger, ÖVP) an. Dann war in den Koalitionsverhandlungen plötzlich ein Budgetloch da. Bezogen auf die kommenden fünf Jahre – die Dauer der Legislaturperiode in Österreich – wuchs es erst von ein paar Milliarden auf zehn, Tage später auf 15 und zuletzt auf bis zu 40 Milliarden Euro. Wirtschaftsforscher fürchteten um die Bonität Österreichs; Boulevardblätter sahen die Verhandlungen platzen und die ÖVP sich mit FPÖ, Stronachianern und/oder „Neos“ ins Bett legen – ein Szenario wie 1999/2000, als es zur ÖVP/FPÖ-Koalition gekommen war. Faymann sagte eine geplante Paris-Reise ab und erklärte die Budget-Frage sowie die Klärung, wie viele Milliarden wirklich fehlten, zur Chefsache. Um dann mit dem alten und wahrscheinlich neuen Koalitionspartner ein wenig Entwarnung zu geben: Der Sparbedarf bis 2018 betrage nur 18,4 Milliarden, zusammen mit den 5,8 Milliarden für die Bankenhilfe (hauptsächlich für die notverstaatlichte Pleitebank Hypo Alpe-Adria) rund 24 Milliarden Euro. Sparpakete oder die Erhöhung von Steuern wie der Mehrwertsteuer werde es nicht geben, aber einschneidende Reformen in der Verwaltung, im Pensionswesen, bei der Subventionierung staatsnaher Betriebe wie der Bahn sowie Privatisierungen, etwa des größtenteils staatlichen Energiekonzerns OMV. Sie sieht sich als „Hüter des Staatshaushalts“ und besteht darauf, dass „die großen Brocken angegangen werden müssen“. Einer dieser „großen Brocken“ sind die Renten, weshalb sich die dafür zuständigen Verhandler auf ein „Reförmchen“, wie Kritiker monieren, einigten. So soll das durchschnittliche faktische Pensionsalter bis 2018 von derzeit 58,4 Jahren auf „rund 60 Jahre“ steigen.

> Die »kleinen Leute« wechseln immer öfter von SPÖ zu FPÖ

Ursache für die unerquicklichen Auseinandersetzungen über Budgetlöcher ist der Umstand, dass sich die beiden Parteien – von 1945 bis 1966, von 1987 bis 1999 und seit 2006 wieder in Großer Koalition vereint – ideologisch-inhaltlich, ihre Führungen auch im Persönlichen auseinanderentwickelt haben. Die SPÖ will um keinen Preis Reformen. Ob es darum geht, zu teure und für bestimmte Gruppen vorteilhafte Pensionsregelungen zurückzustutzen, ob es um Privatisierung staatsnaher Unternehmen oder um die höhere Besteuerung von Besitz geht – der Staatsanteil soll sich nicht vermindern. Die SPÖ ist (ähnlich den österreichischen Grünen) der Auffassung, dass Teile der Bevölkerung (vornehmlich ihre Klientel) fortwährend der staatlichen Alimentation bedürfen. Sozialdemokraten und Grüne gehen einfach davon aus, dass die Mittel dafür schon von irgendwo herkommen werden, etwa durch Finanzierung auf Pump oder durch stärkere steuerliche Belastung der Bessergestellten (im Volksmund „Gestopfte“). Die konservative ÖVP hingegen setzt sich für ihre (zumindest bisherige) Klientel ein. So sucht sie für die Bauern zu verhindern, wofür sie sonst vehement eintritt, nämlich den Subventionsabbau. Tun will sie auch etwas für Gewerbetreibende, für kleine und mittlere Unternehmen, sowie für gehobene Angestellte. Seit Jahren klagen diese Mittelschichtgruppierungen über „überproportionale Belastungen im Steuer- und Abgabenwesen“. Für die ÖVP ist daher das Umschichten staatlicher Alimentationsgelder hin zum „produktiven Sektor“ Richtschnur.

Die SPÖ hat seit den 1990er Jahren mehrere hunderttausend Wähler an die FPÖ verloren, weil sie ihnen weder preiswerte Wohnungen wie früher noch Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor bieten kann. Die „kleinen Leute“ glauben indes, dies alles bekämen stattdessen „die Ausländer“. Längst hat auch die ÖVP abstiegsbedrohte Mittelständler an die FPÖ und jüngere, vorwiegend städtisch-liberale Wähler an die „Neos“ verloren. Diese Verlustängste bestimmten das Verhandlungsprozedere und verhinderten letztlich den „großen Wurf“, der nötig wäre, um die nächsten fünf Jahre ohne inneres Gewürge und politischen Stillstand zu überstehen. SPÖ und ÖVP ebnen damit der FPÖ den direkten Weg an die Spitze und spätestens 2018 deren so-eben auf einem Jubelparteitag in Graz von 96,5 Prozent der Delegierten wiedergewählten Parteichef Hans Christian Strache den Weg ins Kanzleramt. *Rainer Liesing*



Bild: pa

Streben nach Besitzstandswahrung bestimmte Verhandlungen: Faymann (l.) und Spindelegger

Trügerisches Plus

Geförderte Elektroautos auf Oslos Straßen

Immer freies und kostenloses Parken in der Innenstadt, kostenfreies Tanken sowie freie Fahrt auf Busspuren? So oder so ähnlich könnte die Elektromobilität in Deutschland vorangebracht werden, wenn es nach den Vorstellungen des Hamburger CDU-Verkehrspolitikers Klaus-Peter Hesse ginge. Die CDU hat beim Senat der Hansestadt einen entsprechenden Bürgerschaftsantrag eingebracht zur Förderung der Elektromobilitätsbranche, der ein hohes Wachstumspotenzial vorausgesagt wird. „Der Senat verschläft beim Thema Elektromobilität die Zukunft“, so Hesse.

> E-Autos meist nur als Zweitwagen genutzt

In der Tat hinkt Deutschland in Sachen Elektromobilität anderen europäischen Ländern hinterher: Lediglich 8000 E-Fahrzeuge bei insgesamt mehr als 43 Millionen Pkw wurden bislang zugelassen. Von der bis zum Jahr 2020 nach dem Willen der Bundesregierung angestrebten Zahl von einer Million Elektro- und Hybridmodellen ist man noch weit entfernt.

Als leuchtendes Beispiel für eine positive Entwicklung der Elektromobilität dient den Befürwortern Norwegen. Die dortige Regierung bietet Nutzern von E-Mobilen viele Anreize. Schon die Anschaffung ist um ein Viertel günstiger als die eines herkömmlichen Autos, weil Zulassungs-, Import- und Zollabgaben entfallen. Fahrer von E-Autos müssen keine Stadtmaut zahlen, sie dürfen Busspuren benutzen, kostenfrei Parken sowie Aufladen der Akkus an den 4000 öffentlichen Stationen im ganzen Land ist kostenlos. Vor allem in der Hauptstadt Oslo wird dieses staatliche Geschenk überproportional genutzt. Der Öl- und Gasexporteur Norwegen kann sich das leisten. Da sich das Land mit Stromerzeugung aus Wasserkraft selbst versorgen kann, ist Strom billig.

Die Nachteile dieser Gießkannenpolitik offenbaren sich bereits: Staus auf Busspuren wegen der zunehmenden Zahl von E-Autos führen zu Verspätungen im öffentlichen Nahverkehr. Statt weniger Autos gibt es eher mehr, da aufgrund der geringen Reichweite E-Autos meist nur als Zweitwagen genutzt werden. Als einziges E-Fahrzeug leistet die Batterie des amerikanischen Luxusmodells Tesla S mehr, das als meistgekauftes E-Auto in Norwegen VW abgelöst hat. Was nach 2018 kommt, wenn die staatliche Förderung ausläuft, ist ungewiss. *M. Rosenthal-Kappi*

Zukunftslabor Schweden

Nun sollen sogar Filme Geschlechtergerechtigkeit bieten – Überwachung wird ausgebaut

Wer wissen will, was mit Jahren Verspätung im übrigen Europa auf der politischen Agenda steht, sollte nach Schweden blicken. Von Versuchen zu einer geschlechtsneutralen Sprache über das Adoptionsrecht für Homosexuelle bis hin zur Abschaffung von Bargeld nimmt Schweden oft genug eine Vorreiterrolle ein.

Der neueste Streich im schwedischen Gender- und Sexismus-Wahn: Die Kinos des Landes sollen für „Geschlechtergerechtigkeit“ sorgen, so der Plan der Chefin des Stockholmer Kinos „Bio Rio“. Zusammen mit der Organisation „Women in Film and Television“ wurde ein Konzept entwickelt, bei dem schon in Programmheften gekennzeichnet werden soll, ob ein Kinofilm „geschlechtergerecht“ ist. Grundlage der Bewertung ist ein Test, der auf die US-Feministin Alison Bechdel zurückgeht. Bei der „Sexismus-Prüfung“ fallen reihenweise Filme durch, die in der Vergangenheit bisher den Geschmack der Zuschauer getroffen und für volle Kinokassen gesorgt haben. Weder „Fluch der Karibik“ noch „Star Wars“, nicht einmal das Anti-Rassismus-Drama „Der Butler“ konnten die Prüfer restlos überzeugen. Die Bestnote „A“ erhielten allerdings sechs der acht „Harry Potter“-Filme.

Nicht auszuschließen ist, dass dieses Modell international genauso Nachahmer findet wie Schwedens Prostitutionsgesetz, das nun in Frankreich als Vorbild dient und für das Alice Schwarzer hierzulande eifrig Werbung macht. Mit dem 1999 verabschiedeten Gesetz ist Schweden einen erstaunlichen Weg gegangen. Es gilt an sich kein Prostitutionsverbot, sondern ein Sexkaufverbot. Bestraft wird nicht das Anbieten, sondern allein der Kauf sexueller Dienstleistungen. Das Resultat der juristischen Haarspalterei ist nicht besonders ermutigend. Zwar sind Prostituierte aus dem Stadtbild Stockholms verschwunden, ihre Lage insgesamt scheint sich aber keineswegs verbessert zu haben. Berichte von Sozialarbeitern sprechen im Gegenteil dafür, dass sich mit Änderung der Gesetzeslage die Verhandlungsbedingungen der Frauen massiv verschlechtert haben. Die Prostituierten sind den Kunden wesentlich stärker ausgeliefert als bisher, da die Nachfrage deutlich abgenommen hat. Übrig geblieben sind in vielen Fällen die männlichen Kunden, die als „riskant“ gelten und von den Frauen früher abgelehnt worden wären. Die Folge sind Berichte, wonach Misshandlung und Vergewaltigung seit 1999 sogar zugenommen haben.

> Bevölkerung nimmt Kontrolle und Vorgaben gelassen hin

Noch schneller als mit seinem Prostitutionsgesetz könnte Schweden international mit einem anderen Vorhaben Nachahmer finden. Das Land ist auf dem besten Weg, weltweit die erste wirkliche „Rund-um-Überwachung“ von Bürgern zu installieren. Ohne richterlichen Beschluss und in Echtzeit sollen künftig Polizei, Zoll, Steuerfahndung und der schwedischer Geheimdienst Sapo Zugriff auf die Telefondaten und E-Mails der Schweden erhalten. Begründet der US-Geheimdienst NSA seine Schnüffelpraxis vorzugsweise mit dem Totschlagargument „Kampf gegen den Terrorismus“, so muss in Schweden das „Wohl der Bürger“ als Begründung herhalten. In Notlagen sollen Polizei- und Rettungsdienste das jeweilige Mobiltelefon schnell anpeilen, um helfen zu können, so ein ursprünglich mal angeführtes Argument.

Nicht recht ins Bild passen will dabei allerdings, was das schwedische Computermagazin „Ny Teknik“ berichtet. Demzufolge soll der technische Standard „ITS27“, der einen vollautomatischen Zugriff auf die Mobiltelefone erlauben soll, vom britischen Geheimdienst GCHQ entwickelt worden sein. Ebenso wenig erkennbar ist, warum die Mobilfunkanbieter auch die sogenannten PUK-Passwörter ihrer Kunden den Behörden ausliefern sollen, mit denen sich völlig unabhängig von den Passwörtern der Nutzer, die Telefone aktivieren und Daten auslesen lassen.

Wie die Zeitung „SVT Nyheter“ berichtet, war es bezeichnenderweise auch der schwedische Geheimdienst, der am 6. November Gespräche mit den Telekom-Firmen geführt hat, um ihnen die neue Schnittstelle zum vollautomatischen Datenzugriff schmackhaft zu machen. Dass sich dem Ansinnen lediglich eine Firma, das Unternehmen „Tele2“, kategorisch verweigert hat, dürfte typisch für den in Schweden herrschenden Zeitgeist sein. Dass in dem skandinavischen Land Regulierungen so bereitwillig akzeptiert werden, die andernorts als massiver Eingriff in die Privatsphäre gelten, ist kein Zufall. Mittlerweile hat sich die Sichtweise, dass der schwedische Staat das Recht hat, moralische Prinzipien und Lebensentwürfe vorzugeben, durchgesetzt. *Norman Hanert*

Die dunkle Seite des Exportwunders

Trotz hoher Überschüsse im internationalen Handel gelingt es nicht, die Einnahmen sinnvoll zu investieren

Mit gutem Grund ist bei US-Bankern die Redewendung „Dummes deutsches Geld“ zu einem festen Begriff geworden. Während deutsche Maschinen und Autos die Weltmärkte erobern, versagt Deutschland in hohem Maße dabei, die erzielten Exporterlöse in Wohlstand umzuwandeln.

Die deutschen Erfolge im Außenhandel saugen Südeuropa aus, so der Vorwurf, der inzwischen nicht nur aus Brüssel, sondern jetzt auch aus Washington zu hören ist. Bereits im November hat Kommissionschef José Manuel Barroso eine Prüfung angekündigt. Der Vorwurf: Deutschland verstößt mit seinen Exportüberschüssen gegen EU-Regeln. Kommt es zum Äußersten, dann droht Deutschland von Brüssel in der Angelegenheit sogar eine Milliardenstrafe.

Ein wichtiger Aspekt bei den deutschen Exportüberschüssen wird von Brüssel mit gutem Grund nicht erwähnt. Erst die europäische Währungsunion hat es möglich gemacht, dass einige Länder der Euro-Zone mehr importieren, als dies früher mit einer eigenen Währung möglich war. Standen in der Vergangenheit den Importen nicht genug Ausfuhren gegenüber, sorgte ein fallender Wechselkurs recht zuverlässig für einen Ausgleich: Importe verteuerten sich, einheimische Produkte wurde wieder attraktiver. Es war der Euro, der solche ebenso effizienten wie wirkungsvollen Marktmechanismen außer Kraft und sogar noch einen weiteren Fehlanreiz draufgesetzt hat.

Das Target2-Verrechnungssystem der Euro-Zone macht es möglich, dass wettbewerbsschwache Länder ihre Leistungsbilanzdefizite nahezu unbegrenzt ausufern lassen können. Ungeachtet des Etiketts „Echtzeit-Clearingsystem“ kann das Begleichen von Importen quasi auf den Sankt-Nimmerleins-Tag aufgeschoben werden. Als Folge erhält die Bundesbank für die deutschen Exporte in die Euro-Süd-Peripherie oftmals keinen Ausgleich in Euros oder wirkliche Vermögenswerten mehr, sondern lediglich Target2-Forderungen gegenüber der EZB. In der Praxis können diese aber nicht fällig gestellt werden. Im Klartext: Deutschland finanziert die Exporte, für die es nun Prügel einstecken muss, zum Teil sogar erst einmal selbst vor. Ob die Bundesbank eines Tages auf den offenen Forderungen sitzen bleibt, wird die Zukunft erweisen. Im Extremfall droht, dass Deutschland gesamtwirtschaftlich gesehen seine Exporte in einige Euro-Krisenländer sogar verschenkt hat, sollten diese zahlungsunfähig werden.

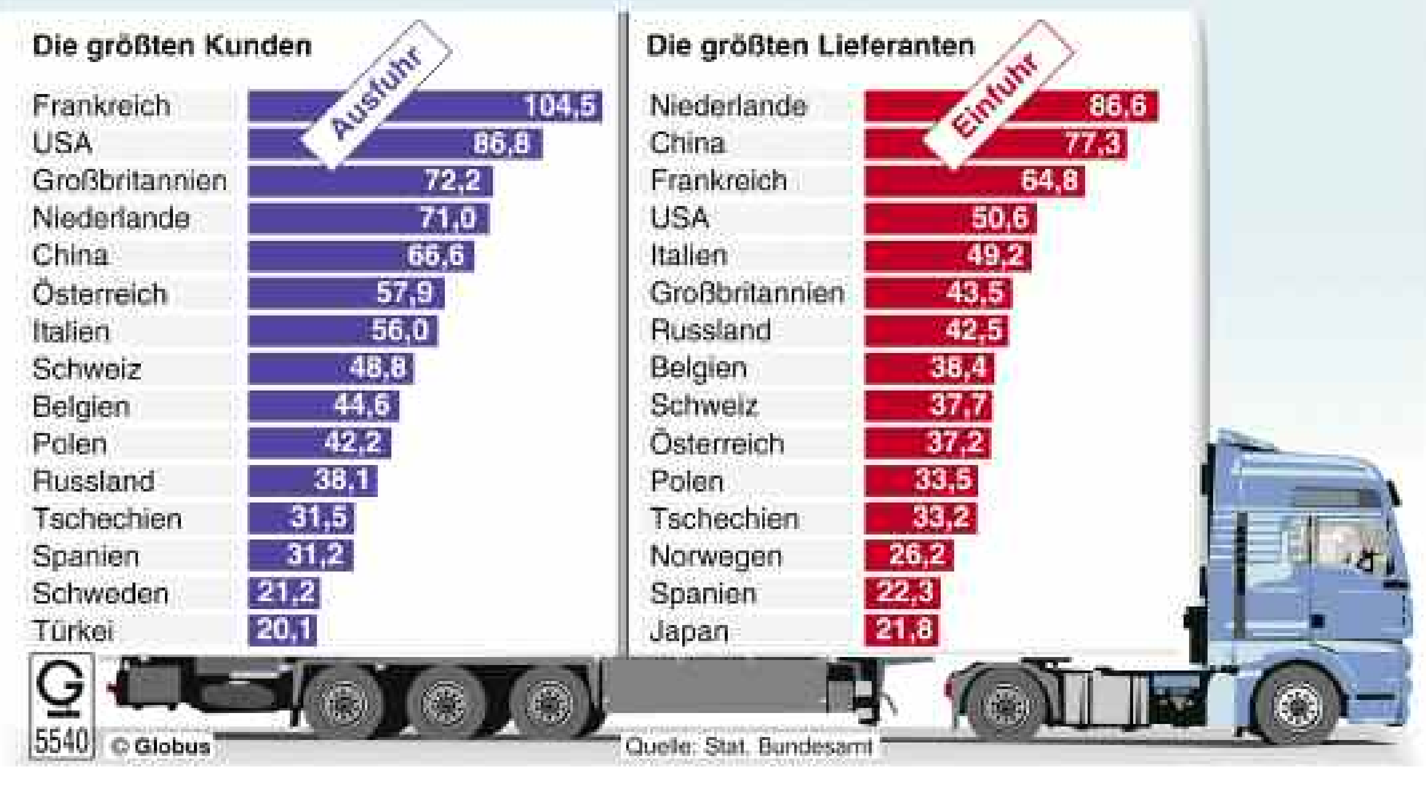
Etwas Rückgrat bei der Bundesregierung vorausgesetzt, drängt sich förmlich auf, wie eine Reaktion auf die Brüsseler Vorwürfe in Sachen Exportüberschüsse aussehen könnte: Eine Reform des Target2-Systems der EZB mit der Pflicht zu einem regelmäßigen Ausgleich offener Salden würde den Spuk ausufernder Leistungsbilanzdefizite schnell beenden.

> Deutschland finanziert seine Exporte zum Teil selbst

Dreist ist die Kritik aus Brüssel allerdings nicht nur, weil zu Kardinalfehlern des Euro-Systems beharrlich geschwiegen wird. Nur durch die Exportüberschüsse ist Deutschland überhaupt in der Lage, die finanziellen Hilfen zur Rettung der Euro-Krisenländer zu leisten, so Hans-Werner Sinn vom Münchner Ifo-Institut in der „Wirtschaftswoche“.

Amateurhaft agiert hat Deutschland bisher allerdings nicht nur in Sachen seiner Exporte in die Euro-Zone. Deutschland ist mit seinen Produkten zwar Weltmeister im Exportieren – der Versuch, das verdiente Geld sinnvoll zu investieren, endet aber erstaunlich oft als Debakel. Leider nicht nur eine einzelne Anekdote ist, was der Autor Michael Lewis in seinem Buch „The Big Short“ mit Blick auf die US-Subprime-Krise geschildert hat. Ein US-Investmentbanker, angesichts eines besonders dubiosen Produkts gefragt, wer solchen Finanzschrott überhaupt kaufen würde, antwortet kurz und bündig: „Irgendein Idiot aus Düsseldorf“. Am Ende war es leider nicht nur die Düsseldorfer WestLB, die so einfältig war, sich von US-Bankern finanziellen Sondermüll aufschwatzen zu lassen, zugelangt hat die ganze Riege der deutschen Landesbanken, die IKB und die Hypo Real Estate. Obendrein sind die deutschen Vermögensverluste nicht nur auf „Investments“ in den USA beschränkt. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind allein im Zeitraum von 2006 bis 2012 rund 600 Milliarden Euro deutsches Spargeld durch dilettantische Anlageentscheidungen im Ausland „verbrannt“ worden. Mit dabei sind toxische Anleihen aus den USA, faule Kredite an irische Banken oder spanische Baulöwen und schwindsüchtige Staatsanleihen aus der Euro-Südschiene. Gerade eine zahlenmäßig schrumpfende und alternde Gesellschaft wie die deutsche wird derartige Verluste allerdings nicht mehr lange wegstecken können.

Wie man es besser machen kann, beweisen Norwegen, Singapur oder die Schweiz. Über ihre Notenbanken oder über Staatsfonds erwirtschaften diese Länder aus ihren Exporterlösen ordentliche Renditen durch Anlage in internationale Aktien oder Anleihen. Eine andere Empfehlung, was Deutschland mit seinen Exporterlösen machen soll, war unlängst im „Wall Street Journal“ zu lesen: Die Deutschen sollten in die eigene Infrastruktur investieren. Vor allem mit Blick auf die oft nagelneue Infrastruktur in anderen exportstarken Ländern wie China oder Südkorea ist eine Frage tatsächlich naheliegend: Wo bleiben die von Deutschland Jahr für Jahr erwirtschafteten gewaltigen Exportüberschüsse eigentlich, wenn hierzulande Straßen, Schienenwege und Schulen immer mehr verfallen? *Norman Hanert*



2012 war Polen als Handelspartner nur im Mittelfeld, 2013 hingegen stieg die Nachfrage aus dem Land stark an: Im Oktober exportierte Deutschland Waren im Wert von 99,1 Milliarden Euro, ein neuer Rekord. Während Ausfuhren in Länder der Euro-Zone leicht zurückgingen, stiegen sie in europäische Staaten ohne die Gemeinschaftswährung deutlich.

Bild: pa/Globus

MELDUNGEN

Auswanderung schönt Zahlen

Madrid – Die Abnahme von Spaniens Arbeitslosenzahl im November um knapp 100 000 gegenüber dem Vorjahresmonat auf 4,8 Millionen ist nur zu einem Drittel auf zusätzliche Beschäftigung zurückzuführen. Wegen Auswanderung sank auch die Zahl der Beschäftigten um 67 000 auf 16,3 Millionen. *H.H.*

Konten im Visier der Behörden

Berlin – Deutsche Behörden erkundigen sich immer öfter nach den Konten der Bürger. So stieg die Zahl der Kontenabrufersuchen von 72 578 2012 bis Ende September dieses Jahres auf 102 416. Dies entspricht einem Anstieg von über 40 Prozent. Das Kontenabrufverfahren erlaubt den Ämtern aber nur, die Namen der Inhaber, nicht aber die Kontostände abzufragen. *Bel*

Nordamerika lockt Chinesen

Peking – Immer mehr private chinesische Unternehmen entdecken das Ausland für sich. Im Fokus stehen dabei die USA und Kanada. Insgesamt wurden in diesem Jahr im nordamerikanischen Raum Firmenübernahmen in Höhe von 25 Milliarden US-Dollar durchgeführt, was fast einer Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dabei schlagen die Übernahme des kanadischen Ölförderers Nexen durch China National Offshore Oil Corporation für gut 15 Milliarden Dollar sowie jene des US-Fleischwarenherstellers Smithfield durch Shuanghui für sieben Milliarden besonders kräftig zu Buche. US-Wirtschaftsprüfer begründen das chinesische Engagement in Nordamerika damit, dass die Investoren dort auf weniger regulatorische und arbeitsrechtliche Schwierigkeiten als in Europa stoßen. *J.F.*

Streit um Subventionen

Was Madrid darf, darf Berlin laut Brüssel noch lange nicht

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Deutschland steht erneut in der Kritik der EU-Kommission, weil es sich bei den Befreiungen für energieintensive Industrieunternehmen um unerlaubte staatliche Beihilfen handeln soll. Dabei gewähren andere Länder ihren Energieversorgern weitaus umfangreichere Hilfen.

EU-Wettbewerbskommissars Joaquín Almunia kritisiert, dass die von der Umlage befreiten Unternehmen derzeit insgesamt fünf Milliarden Euro einsparten, die allerdings von den übrigen Stromverbrauchern bezahlt werden müssen. Nach vorläufigen Zahlen der Bundesregierung haben 2367 Industriebetriebe eine Befreiung von der EEG-Umlage für 2014 beantragt.

Dabei ist das in die Kritik geratene deutsche EEG nicht das einzige Gesetz in Europa, das den Netzzugang für Strom aus regenerativen Energieanlagen garantiert und ein langfristiges Vergütungsmodell festlegt. Spanien unterstützt ebenso die Erneuerbaren Energien durch eine erhöhte, kostenorientierte Vergütung und einen garantierten Netzzugang. Da die Strompreise in Spanien aber längst nicht mehr die Kosten für die Erzeugung decken, wächst das sogenannte „Tarifdefizit“ jährlich um etwa vier Milliarden Euro und beläuft sich mittlerweile auf 28 Milliarden Euro, für die der Staat und damit letztlich die Bürger haften müssen. Zwar kritisierte die EU-Kommission 2012 die „exzessiven Kompensationsleistungen“ für abgeschriebene Kernkraftwerke und für die unrentabel gewordenen Kohlebergwerke, der Subventionsabbau in Spanien findet aber nicht auf Brüsseler oder marktwirtschaftlichen Druck statt, sondern durch den Sparkurs der Regierung. Die Finanzhilfen in Höhe von 3,6 Milliarden Euro an Versorger wie Iberdrola, das unter anderem Kernkraftwerke betreibt, oder Gas Natural wurden aus Geldmangel gestoppt, nicht weil sie rechtswidrige Beihilfen sein könnten.

> Subventionen für Erneuerbare Energien in der Kritik

Wie es mit dem Beihilfeprüfverfahren weitergeht, hängt von den Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission ab, in denen allerdings nicht nur die nationalen Interessen, sondern auch die Vorstellungen der einzelnen Kommissare eine Rolle spielen. Der Spanier Almunia will Einspeisevergütungen verbieten oder bestenfalls einen geringen Aufschlag für Ökostrom auf den Marktpreis gewähren. Zukünftig sollen Marktprämien unabhängig davon vergeben werden, ob der Strom aus Wind-, Sonnenkraft oder anderen Quellen stammt. Ob er für diese neuen Richtlinien den entsprechenden Rückhalt in der EU-Kommission findet, ist nicht sicher. EU-Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard und Umweltschutzkommissar Janez Potocnik wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht dem Markt überlassen. Eine einheitliche europäische Strategie zur Energieversorgung ist somit nicht in Sicht.

In Deutschland hat das EEG sich längst in erheblichem Maße auf die Energieversorger ausgewirkt. Der Bundesnetzagentur liegen derzeit 28 Betreiberanträge zur Stilllegung von konventionellen Kraftwerken vor, weil deren Betrieb sich wegen der Subventionierung des Ökostroms nicht mehr lohnt. *U. Blode*

EZB-Zins bedroht Wirtschaft

Sparkassenpräsident: Draghi verbreitet »Geruch der Krise«

Der Präsident des Deutschen Sparkassenverbandes, Georg Fahrenschon, hat die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) scharf kritisiert. EZB-Präsident Mario Draghi hatte den Leitzins zuletzt auf den historischen Tiefststand von 0,25 Prozent gesenkt. Für den Leitzins können sich Geschäftsbanken Geld bei der Notenbank leihen.

Offizielle begründet die EZB ihren Zins nahe Null damit, dass auf diese Weise Kredite für die Wirtschaft billiger gemacht und damit die Konjunktur angekurbelt werden solle. Das trete jedoch nicht ein, so Fahrenschon. Stattdessen verschärfe der Niedrigzins die Probleme sogar noch. Grund: Die Banken gäben die günstigen Zinsen gar nicht an die Unternehmen weiter. Damit bleibe der erhoffte stimulierende Effekt für die Krisenländer des Südens aus.

Ganz in Gegenteil sorge die EZB dafür, dass sich die Probleme auf Deutschland, den finanzpolitischen Anker der Euro-Zone, ausweiteten, denn: „Diese Zinsen verbreiten den Geruch der Krise“ und verhinderten so, dass in Deutschland investiert werde.

Darüber hinaus schürten sie die Gefahr von Preisblasen auch in den bisher stabilen Ländern wie der Bundesrepublik. Der Immobilienbereich gebe bereits Anlass zur Sorge, so der Sparkassenpräsident.

Normale Sparanlagen lohnen sich nicht mehr, bringen nach Abzug der Inflation sogar reale Verluste. Das treibt Sparer in Sachinvestitionen wie beispielsweis den Haus- oder Wohnungskauf. In diesem Sektor entsteht so eine Nachfrage, die möglicherweise nicht mehr dem tatsächlichen Bedarf an Wohneigentum entspricht, sondern aus „Fluchtgeld“ gespeist wird. In den USA oder Spanien haben solche Immobilienbooms zum Einbruch von Preisen und Realwirtschaft geführt.

> In Deutschland wird kaum noch investiert

Tatsächlich scheint es Mario Draghi denn auch kaum noch um die Ankurbelung der Realwirtschaft zu gehen. Mit seiner Niedrigzinspolitik bewahrt er vor allem marode Banken und Staaten vor dem baldigen Zusammenbruch.

In den Mittelmeerländern, auch in Draghis Heimat Italien, wachsen die Staatsschulden weiter. Werden alte Schulden fällig, werden sie mit neuen Schuldscheinen bedient, ein Abbau der Verbindlichkeiten findet nicht statt. Die EZB steht dabei hilfreich zur Seite und finanziert solche Transaktionen.

Da es immer schwieriger wird, neuen Gläubigern die alten Schulden anzudrehen, sind Frankreich und Portugal dazu übergegangen, die Fälligkeitsdaten alter Staatsanleihen einfach hinauszuschieben. Das wird zwar im Endeffekt sogar noch teurer für die Staaten. Doch laut „Deutsche Wirtschaftsnachrichten“ steckt dahinter ein perfides Kalkül: Die Regierungen gehen davon aus, dass die Schulden der Euro-Länder später doch noch alle in einen Topf geworfen werden und jeder für jeden haftet, wogegen sich Berlin bislang sträubt („Euro-Bonds“). Dann müssten deutsche Steuerzahler auch für die Verbindlichkeiten von Paris oder Lissabon aufkommen. *Hans Heckel*

Fatale Verrenkung

Von Manuel Ruoff

Erich Ollenhauer war von 1952 bis 1963 Parteivorsitzender und Fraktionsvorsitzender der SPD sowie 1953 und 1957 deren Kanzlerkandidat (siehe S. 11). Da ist es nicht weiter ungewöhnlich, dass seine Berliner Parteifreunde eine kleine Biografie über ihn ins Internet gestellt haben (http://archiv.spd-berlin.de/geschichte/personen/l-z/ollenhauer-erich/). Ungewöhnlicher sind allerdings einige der darin vermittelten Informationen.

Es besteht eigentlich ein breiter wissenschaftlicher Konsens, dass Ollenhauer vor seiner Berufsausbildung die Volksschule besucht hat. Bei der Hauptstadt-SPD heißt es hingegen: „Nach dem Besuch der Volks*hoch*schule absolvierte Erich Ollenhauer von 1915 bis 1918 eine kaufmännische Lehre.“

Während der NS-Zeit gehörte es zu Ollenhauers Tätigkeiten im SPD-Exilvorstand, die emigrierten Parteifreunde zu betreuen. Durchaus schlüssig schreibt die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland über diese Betreuung: „Durch die materielle Unterstützung der britischen Labour Party gelingt es Ollenhauer, den Zerfall der Emigrantengruppen zu verhindern und den Kontakt zu englischen Politikern aufrechtzuerhalten. Nur die dadurch erreichte Geschlossenheit der Emigrantengruppe ermöglicht nach Kriegsende deren rasche Integration in die von Kurt Schumacher geführte SPD.“ Bei der Berliner SPD heißt es fast genau so, aber nur fast: „Die britische Labour Party unterstützte Ollenhauer. Durch die materielle Unterstützung gelang es ihm, den Zerfall der Emigrantengruppen zu verhindern und den Kontakt zu englischen Politikern aufrechtzuerhalten. Die erreichte Ausgewogenheit der Auswanderer ermöglichte nach Kriegsende deren schnellen Integration in die von Kurt Schumacher geführte SPD.“ Warum aus der von der Stiftung konstatierten „erreichten Geschlossenheit“ bei der Berliner SPD eine „erreichte Ausgewogenheit“ wurde, geht weder aus dem Text der Hauptstadtsozialdemokraten noch aus Ollenhauers Leben und Wirken hervor, allerdings verändert es den Sinn des Textes. Überhaupt hat man den Eindruck, dass der Autor aus Sorge, nicht des Plagiats verdächtigt zu werden, einfach einige Kleinigkeiten geändert hat, ohne jedoch zu berücksichtigen, dass diese wesentlich sein können.

SPD verhebt sich an Ollenhauer

Aller guten Dinge sind drei. Aus „Ollenhauer stimmt der Proklamation des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Willy Brandt zum Kanzlerkandidaten zu“ im Stiftungs-Text wird bei der Berliner SPD: „Der Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt schlug Ollenhauer zum Kanzlerkandidaten der SPD vor. Ollenhauer stimmte zu.“

Unter der Berliner Kurzbiografie steht „Recherche/Text: Sertac Davulcu“ Würde man nicht Gefahr laufen, sich dem Vorwurf auszusetzen, ausländerdiskriminierenden Klischees anzuhängen, könnte man meinen, hier sei ein Mitbürger mit Migrationshintergrund sich der Feinheiten der deutschen Sprache nicht ganz bewusst. Aber da man dieses Risiko nicht eingehen will, bleibt nur die harmlose Frage: Was soll das?

Plumpe Attacke

Von Rebecca Bellano

Fassungslos über den Sturm der Entrüstung, der nach ihrer Verhüllung des Münchner Trümmerfrauen-Denkmals über sie hereinbrach, verweisen die beiden Münchner Grünen Katharina Schulze und Sepp Dürr immer wieder auf die lokalen Gegebenheiten nach dem Krieg. So sei München nach dem 8. Mai 1945 keineswegs überwiegend von freiwilligen Helferinnen, den sogenannten Trümmerfrauen, freigeräumt worden, sondern erst von 1300 zwangsverpflichteten Männern und 200 Frauen, unter denen viele ehemalige NSDAP-Mitglieder gewesen sein sollen, und nach 1948 von professionellen Baufirmen. Doch irgendwie will keiner den beiden Grünen ihre Sachargumente abnehmen, was daran liegen mag, dass es die Grünen grundsätzlich eher nicht so mit Zahlen und Fakten haben.

Bei den Grünen dominieren grüne und linke Ideologien und das Gutmenschentum. Genau dafür werden sie in den meisten Fällen auch von ihren Anhängern akzeptiert. Diesen geht es bei der Nutzung der Kernkraft, dem Schutz der Umwelt und Artenvielfalt und des Klimas nur äußerst nachrangig um nackte Zahlen, Fakten und Wahrscheinlichkeiten. Antifaschismus zieht in diesen Kreisen auch immer und da in der deutschen Gesellschaft immer häufiger das historische Grundwissen, aber auch die Courage fehlt, sich gegen grüne Attacken gegen deutschen Patriotismus zur Wehr zu setzen, hatten Schulze und Dürr anscheinend damit gerechnet, für ihre Aktion Applaus zu ernten. Doch in diesem Fall ging der Schuss nach hinten los.

Gesellschaft schätzt durchaus Leistungen der Aufbaugeneration

Ob es Wissen war oder nur ein diffuses Bauchgefühl, das den Sturm der Entrüstung möglich machte, ist schwer zu sagen, doch es zeigt, dass sehr viele mit den auf den Gedenkstein verzeichneten Begriffen „Trümmerfrauen“ und „Aufbaugeneration“ positive Assoziationen verbinden. Da Facebook der Motor der Bewegung war, ist davon auszugehen, dass sich hier vor allem die Kinder- und Enkel-Generation echauffierte und eine grundsätzliche Attacke gegen die Leistung ihrer Eltern und Großeltern witterte. Und selbst wenn die Kritik der beiden Grünen bezüglich der offiziellen Zahl der Trümmerfrauen im Fall München sachlich begründet ist, so kann man im Zusammenhang von der auf dem Gedenkstein auch gedachten Aufbaugeneration nur von Alt-Nazis sprechen, wenn man bereit ist, über das gesamte damalige deutsche Volk eine Kollektivschuld zu verhängen. Da vor allem prominente Grünen-Politiker schon des Öfteren durch eine grundsätzliche Ablehnung von allem, was deutsch ist, aufgefallen sind, passt die Verhängung einer Kollektivschuld ins Profil. Doch bisher ist es ihnen nicht gelungen, auch diese Auffassung zum gesellschaftlichen Grundkonsens werden zu lassen. Die Reaktionen auf die Denkmal-Aktion zeigen, dass das auch derzeit nichts werden wird.



Hatten eigentlich Lob und Zusprach für ihre Verhüllung des Trümmerfrauen-Denkmals erwartet: Die beiden Münchner Grünen Katharina Schulze und Sepp Dürr

Bild: Kurzendörfer

Gastkommentar



Mit Preußischen Tugenden zum Erfolg

Von Norbert Breuer

Was eigentlich ist Erfolg, was Karriere? Ein Spötter meinte: „Erfolg ist, wenn man täglich zehn Stunden hart arbeitet, dafür befördert wird – um sodann zwölf Stunden arbeiten zu dürfen. Mit dem höheren Gehalt kann man sich allerdings etliche schöne Dinge leisten – um damit Zeitgenossen zu imponieren, die man nicht leiden kann.“ Als internationaler Managementberater sieht man tagtäglich Bewerbungen gestandener Männer und Frauen, die augenfällig – sei es aus Unlust oder Unvermögen – ihr Manko dartun, sich in angemessener Weise zu präsentieren. So als verbürge allein ihr Aufgalopp schon den Sieg. Dem ist mitnichten so. Die Lektüre ist vielmehr von Duktus, Orthografie und Zeichensetzung her oft niederschmetternd.

Unsere höheren Schulen haben die Kenntnis der deutschen Rechtschreibung seit den 80er Jahren in einer Art und Weise vernachlässigt, die den ins Leben entlassenen Schülern nicht selten den Erfolg verbaut. Sie sind bemitleidenswerte Opfer einer gleichmacherischen, verbissen messlattensenkenden Bildungspolitik, die just im Oktober in den ebenso aufschreckenden wie beschämenden Ergebnissen der OECD-Bildungsstudie ihren verdienten Niederschlag fand. Chefs legen nämlich gemeinhin weit mehr Wert darauf, wie sich jemand schriftlich zu artikulieren vermag, als manch ein nonchalanter Kandidat vermeinen mag. Und: Orthografische Fehler vermitteln zuweilen eben ein Bild, das die Kompetenz der Person – oft ganz zu Unrecht – entwertet, ja sie gar zum Gespött macht. Loriots Nudel an der Unterlippe lässt grüßen.

Schnoddrige Redeweise ist ein zusätzliches Grundübel. Niemand benötigt hierzulande Ausdrücke wie „chillen“ nach dem „workshop“ – „sich gemütlich entspannen nach dem Arbeitsgespräch“ klingt ebenso gut. Das, was modern klingen soll, wirkt eher peinlich. Und wer kein gutes Deutsch beherrscht, kann oft auch kein Englisch. Die Parfümeriekette „Douglas“ war da mit ihrem Slogan „Come in and find out“ zu optimistisch – sie erlebte Schiffbruch, weil die Passanten meinten, sich in ein Labyrinth begeben zu müssen. Die jungen Leute von heute, aufgewachsen mit einer ungepflegten, ja verhunzten Sprache, pflegen dementsprechend keinen gewandten Briefstil mehr. Knappste „Telegrafensätze“, möglichst üppig mit Smileys versehen, sollten auch heute keine Korrespondenz verunzieren. Der wohlwollende Ton macht die Musik. Die Form aber auch, sogar bei E-Mails.

Einen gewandten Briefstil beherrschen immer weniger

Auch wenn die linksgrünen Oberbevormunder platzen mögen: Im heutigen Leben haben sogenannte Preußische Tugenden so manchem zu einer steilen Karriere verholfen. Nicht, dass es ohne Begabung und Talent ginge, keinesfalls, doch wenn zwei darüber verfügen, wird der „Preuße“ gegenüber dem „Neuzeitlichen“ seinen Weg merklich erfolgreicher machen. Was waren und sind nun diese Preußischen Tugenden? Es gibt nirgends einen verbürgten Katalog dafür. Doch einige davon sind allenthalben bekannt, und eine jede hat ihren tiefen Sinn, von der Disziplin bis zur Redlichkeit, vom Fleiß bis zur Zielstrebigkeit. Eine Vielzahl davon gehörte gewiss in den Kanon betriebswirtschaftlicher Vorlesungen, wo man sie zumeist vergeblich suchen wird. Gut rechnen zu können, am besten zum eigenen Vorteil, genügt kaum, um im Leben geachtet über die Runden zu kommen.

Greifen wir davon die „Ordnung“ heraus: Wer auf die hohe See hinausfahren will, der sollte zuvor sein Segelschiff klar zum Auslaufen machen, also: auf Vordermann bringen. Dann erst sollte der Kapitän mit klarem Kopf auf die Route gehen. Ein Manager, der sein Leben steuern möchte, braucht gleichermaßen klar Schiff. Ordnung auf dem Schreibtisch, im PC, im Aktenschrank, im Wagen und möglichst im trauten Heim desgleichen. Es ist ein altes Verhängnis für so manchen Manager, dass er den Vorgängen hinterherläuft, statt sie zu steuern. Durch Ordnung und glasklare Systematik lässt sich dem entgegenwirken. Ein Großteil schafft es nie.

Ethik und Maximen sind unverzichtbare Grundpfeiler für einen Menschen humaner Noblesse. Jenen Bankmanagern, die die Weltwirtschaft wie die „Andrea Doria“ manövrierten, würden sie nicht geschadet haben. Wer Erfolg haben, wer Karriere machen will, für den sind die Preußischen Tugenden Pflichtprogramm. Auch im Hier und Heute. Jörg Knoblauch, selbst Unternehmer, meint: „Chefs stellen Mitarbeiter wegen ihrer fachlichen Fähigkeiten ein und meist entlassen sie sie wegen ihrer charakterlichen Schwächen.“ Wie viele der wünschenswerten Tugenden Sie mit dem Gebaren unserer in- und ausländischen Politiker in Übereinstimmung bringen können, entscheiden Sie bitte selbst.

Natürlich, heutzutage bedarf es weiterer Qualitäten. Erfolgreichen Exportmanagern beispielshalber sind geläufige Merkmale eigen: höhere Bildung, Anpassungsfähigkeit, Geschick, kulturelle Empathie und Aufgeschlossenheit, sehr gute Fremdsprachenkenntnisse. Blicken wir auf die Allgemeinbildung. Sie ist im Gegensatz zu früher „grottenschlecht“. Es wird nicht mehr gelesen. Und wenn, dann Massenware. Signifikant, dass bei den Bestsellern im Bereich Sachbuch Titel wie „Die Katze, die mein Leben veränderte“ und „Chantall, tu ma die Omma winken“ derzeit die Spitzenränge belegen. Denkwürdig der Auftritt des Berliner Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit, der in der Fernsehsendung nicht zu sagen wusste, von wann bis wann der Zweite Weltkrieg dauerte. Beim Benimm sieht es ebenfalls düster aus – wer hält einer Frau noch die Tür, gar den Wagenschlag auf? Altmodisch? Merke: Mit gutem Benehmen vergibt man sich nie etwas.

Das Auftreten, aber auch die charakterliche Eignung sind wichtig

Mit Verlaub: Nicht ein Jeder und eine Jede mag struppige Bärte, rasierte Glatzen oder rosa Brillen mit verknorpeltem Schlips unter einem Lederwams à la „Old Firehand“. Seine Expeditionen in den konventionslosen Raum sollte man tunlichst in der Freizeit ausleben. Chefs achten sehr darauf, wen sie nach London, Tokio oder Rio senden. Jemand, der bereits von Aufzug und Gebaren her bedenklich vom Normalen abweicht, könnte dort die „Innung blamieren“. Gerade in fremden Ländern kann die Etikette über das Projektschicksal entscheiden.

Beziehungen zu nutzen ist gar nicht falsch, kein Charaktermangel, wenn man die Gelegenheit beim Schopfe greifen kann. Zumal: Einen Arbeitsplatz zu ergattern ist letztlich einfacher, als ihn zu behalten. Dazu nämlich muss man dann schon eigene Qualitäten aufweisen. Parteibücher indessen sind das Gegenteil eines solchen Nachweises. Denn die Partei ist ja ebenso schnell gewechselt wie das Mäntelchen; wir sehen schließlich immer wieder angewidert, wie viele tausend Parteimitglieder nach Wahlen erbärmlich hurtig das Parteibuch wechseln und ihren miserablen Charakterpudding dann woanders hochtrabend über Nichtparteibuchinhaber setzen. „Das Schönste, was man über einen Mann sagen könne, sei, dass er verlässlich ist“, hieß es früher. Und sollte Ihnen der Erfolg dann hold sein und Ihnen zur Beförderung wie immer nur Ihre ausländischen Geschäftspartner, nicht aber Ihre deutschen Kollegen gratulieren, dann genießen Sie Ihren Erfolg in aller Stille. Mitleid bekommt man eben geschenkt, Neid aber muss man sich hart verdienen.

Norbert J. Breuer arbeitet als selbstständiger internationaler Managementberater mit Schwerpunkt Deutschland/Frankreich. Daneben ist er als Seminar- und Hochschuldozent sowie als Fachbuchautor tätig. Außerdem schreibt er belletristisch.

Literarisches Minenfeld

Vor 40 Jahren erschütterte mit Solschenizyns »Der Archipel Gulag« ein erzählerisches Mammutwerk das Sowjetimperium

Als am 28. Dezember 1973 der erste Band von Alexander Solschenizyns „Der Archipel Gulag" in Paris erschien, platzte das wie eine Bombe in den Kalten Krieg. Die schonungslose Darstellung des stalinistischen Gefängnis- und Lagersystems galt in den Augen der sowjetischen Machthaber als Affront. Der Westen feierte dagegen ein literarisches Werk, das zu einem Politikum wurde.

Moskau wollte die Veröffentlichung des „Archipel Gulag" mit allen Mitteln verhindern. Der KGB wusste schon lange, dass Solschenizyn an einem regimekritischen Werk über die sibirischen Straflager schrieb. Im August 1973 gelangte der Geheimdienst in den Besitz eines Manuskriptes von „Der Archipel Gulag". Jeder andere Autor, der wie Solschenizyn Veröffentlichungsverbot in der UdSSR hatte, wäre sofort verhaftet worden. Doch das internationale Ansehen des Autors, dem 1970 der Literaturnobelpreis zuerkannt worden war, schützte ihn davor. Solschenizyn handelte schnell, ließ eine Kopie des Werks auf Umwegen ins Ausland schaffen, wo es Ende 1973 im „Tamisdat" (Westverlage, die verbotene Ostliteratur erstveröffentlichen) in russischer Sprache in Paris erschien.

Dank rascher Übersetzungen verbreitete sich „Der Archipel Gulag" schnell. Nicht nur im Westen war man neugierig auf das Werk des Autors, der wie ein Einzelkämpfer für Wahrheit und Gerechtigkeit gegen die geballte sowjetische Staatsmacht antrat. In der DDR und anderen Ostblockstaaten kursierten unter Oppositionellen zum Teil mit primitiven Kameras heimlich fotografierte Kopien des dreibändigen 1800-Seiten-Werks. Obwohl sehr sperrig geschrieben, barg es doch viel Sprengstoff. Noch nie wurde mit solcher historischen Genauigkeit das größte Lagersystem der Welt dokumentiert, dem geschätzt 39 Millionen Häftlinge – darunter unzählige deutsche Kriegsgefangene – zum Opfer fielen.

„Ich schrieb dieses Buch mit dem Blut von Millionen von Toten", sagte Solschenizyn später.

Bilder (2): action press, imago

Vorbild Tolstoi: Alexander Solschenizyn (1918–2008)

Fast wäre er selbst einer von ihnen gewesen. Wegen antistalinistischer Äußerungen wurde der am 11. Dezember 1918 als Sohn eines zaristischen Offiziers im Nordkaukasus geborene Solschenizyn 1945 zu acht Jahren Straflager verurteilt. Wie er bei eisiger Kälte, harter Sklavenarbeit und gepeinigt von Hunger, Läusen und brutalen Folterknechten überlebt hat, schilderte er in „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch". Diesen autobiografischen Kurzroman schrieb der Autor nach seiner Haftentlassung in einer Zeit, als in der UdSSR politisches Tauwetter herrschte. Chruschtschow selbst soll die Veröffentlichung 1962 ermöglicht haben. Er hatte nicht ahnen können, welche Lawine er mit dieser Entscheidung lostrat, die nun gegen das Regime anrollte.

Von nun an verbreiteten sich vorwiegend im Untergrund Augenzeugenberichte vieler ehemaliger Lagerinsassen in ganz Russland. Diese Lagerliteratur diente Solschenizyn auch als Grundlage für seine folgenden Romane, die schon nicht mehr in Russland erscheinen durften, sondern 1968 in London herausgebracht wurden: In „Krebsstation" schildert er das selbst erlebte Schicksal, als ihm im Lagerkrankenhaus ein gefährlicher Tumor entfernt wurde. Ein sich ausbreitendes kommunistisches Krebsgeschwür dient ihm dabei als metaphernreicher Subtext. Und „Im ersten Kreis" erzählt er die privilegierte Hölle eines Speziallagers, in dem die Gefangenen einigen Wissenschaftlern bei Geheimprojekten zu Diensten standen.

Alltag im Gulag Perm 36: Das Arbeitslager am Dorf Kucino befand sich zirka 90 Kilometer östlich der Stadt Perm im Ural

Inzwischen vom sowjetischen Schriftstellerverband ausgeschlossen und damit praktisch mit Berufsverbot belegt, wurde der mittlerweile berühmteste Dissident Russlands mit dem Literaturnobelpreis geehrt. Da die Auszeichnung wohl weniger der literarischen Qualität als der politischen Stellung des Autors zu verdanken war, heizte das den Ost/West-Konflikt zusätzlich an. Aus Angst, nicht nach Russland zurückkehren zu dürfen, blieb der Autor der Preisverleihung in Schweden fern. Stattdessen schrieb er an seinem Hauptwerk, dem „Archipel Gulag".

Mit dem Buch über die wie Inseln im Land verteilten „Hauptverwaltungen der Besserungs- und Arbeitslager" – dafür steht das russische Kunstwort „Gulag" – setzte Solschenizyn eine literarische Ahnenreihe monumentaler Romane fort, die von Tolstoij über Dostojewskij bis Scholochow führt. Mit Tolstoijs „Krieg und Frieden" teilt er die Vorliebe für ausgedehnte historische Exkurse; mit Dostojewskijs „Schuld und Sühne" und „Aufzeichnungen aus einem Totenhaus" verbindet ihn die Verarbeitung selbst erlebten Lagerlebens; und mit Scholochows „Der stille Don" die Aufarbeitung einer jeweils jüngsten Kriegsvergangenheit.

Den „Archipel Gulag" einen Roman zu nennen, würde zu weit führen. Es gibt keine Hauptfigur und keine durchgängige Handlung. Dafür wird in den sieben Büchern des Werkes akribisch mit erzählerischen Stilmitteln das Lagersystem dokumentiert. In Episoden mit Lagererinnerungen und Tagebucheinträgen fließen historisches Aktenmaterial und die Biographien von wichtigen Personen ein. Perspektivisch wird ständig zwischen Erzählung und Reflexion zur Geografie, Geschichte, Politik, zur Lagersprache und -moral gewechselt. Mittels Montage finden sich selbst sowjetische Gesetzestexte und authentische Gerichtsprotokolle im Buch wieder. Heute würde man diese Form der fiktionalen Darstellung eines realen Sachverhalts wohl als „Dokutainment" bezeichnen, wobei im „Archipel Gulag" der dokumentarische Anteil den des literarischen deutlich übertrifft.

Solschenizyn hat es in Kauf genommen, dass die Veröffentlichung für ihn nicht ohne Folgen blieb. Das Buch entfaltete eine solche Sprengkraft, dass selbst kommunistische Hardliner im Westen vom Glauben abfielen. Die Machthaber im Politbüro der KPdSU handelten schnell und bürgerten den Staatsfeind aus. Da Willy Brandt in einer Rede seine Sympathie mit Solschenizyn bekundet hatte, kam dieser 1974 zunächst in die Bundesrepublik, wo er Gast von Heinrich Böll war. Nach einem Aufenthalt in der Schweiz siedelte er in die USA über. 17 Jahre lebte er dort in einer schlichten Holzvilla im Wald. Ohne sich mit dem westlichen Lebensstil anzufreunden, wartete er im Exil auf das Ende der Sowjetherrschaft, hatte er mit seinem Werk doch die literarischen Minen für die Beseitigung des Sowjetreichs gelegt.

Von Putin voll rehabilitiert

1994 war es soweit: Über Sibirien kommend fuhr er 55 Tage mit einem Sonderzug durch Russland, ehe er sich mit Jelzin und später auch mit Putin traf. Die nationalistischen und panslawistischen Töne, die Solschenizyn in seinem letzten Monumentalwerk „Das Rote Rad" anschlug, dürften Putin gefallen haben. 2008 verfügte er, dass die mittlerweile in Russland erhältlichen Werke des im selben Jahr 89-jährig in Moskau gestorbenen Autors dauerhaft ins Schulprogramm verankert werden. *Harald Tews*

Grabenkämpfe in Nidden

Ostpreußisches Landesmuseum Lüneburg zeigt »Streit der Stile«

Noch bevor sie in den Ersten Weltkrieg zogen, übten sich Künstler in Ostpreußen in ersten Grabenkämpfen. Auf der Kurischen Nehrung ging es um die Vorherrschaft über den künstlerischen Stil und damit auch um den Markterfolg. Im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg wird dieser Machtkampf, der um die vorletzte Jahrhundertwende tobte, jetzt in einer Sonderausstellung dokumentiert.

Für die Schau „Im Streit der Stile – Die Künstlerkolonie Nidden zwischen Impressionismus und Expressionismus" hat das Landesmuseum, das in Lüneburg die größte Gemäldesammlung besitzt, jetzt über 30 Bilder von überwiegend ostpreußischen Malern, die in Nidden arbeiteten, zusammengestellt. Darunter sind auch zwei Gemälde, welche symbolhaft für den Gegensatz der Kontrahenten stehen. Sie zeigen Gewitterstürme. Während in „Aufziehendes Gewitter über dem Haff" des Königsbergers Eduard Bischoff ein poetisch verklärtes Leuchten über den Hausdächern hängt, zucken in Max Pechsteins „Fischerhäuser in Nidden bei Gewitterstimmung" wild die Blitze.

Pechstein, der einer der wichtigsten Protagonisten der neuen expressiven Schule war und der von 1905 an mehrfach nach Nidden reiste, ist hier mit diesem einen Bild vertreten, trotzdem ist es zu Recht Werbemotiv für diese Schau. Als es 1919 entstand, war der „Kampf" längst zugunsten der Expressionisten entschieden.

Der Maler Hans Kallmeyer prägte 1924 den Begriff „Der Kampf der Stile", der nach seinen Angaben bei einigen Glas Bier hauptsächlich in der Niddener Künstlerkneipe „Gasthaus Blode" auch mit lautstarken Mitteln ausgetragen wurde. Auf der einen Seite standen die Impressionisten um den Maler Ernst Bischoff-Culm, der als einer der ersten bereits 1898 Nidden künstlerisch eroberte. Heimatmaler wie Carl Knauf, Oskar Gawell oder Arthur Kuhnau waren Naturliebhaber, die mit den weißen Dünen von Nidden, Kurenkähnen oder Fischern dankenswerte Motive fanden. Auch der in Goldap aufgewachsene Elchmaler Hans Kallmeyer schätzte die Nehrung wegen ihrer reichhaltigen Tierwelt. Auf der anderen Seite standen die Expressionisten um Max Pechstein, Ernst Mollenhauer oder Karl Eulenstein. Interessant, wie der Leuchtturm von Nidden in unterschiedlichen Stilen dargestellt wird: mit sanftem, den Ort segnenden Schein wie bei Julius Freymuth oder wie von Flügeln aus Licht getragen wie bei Karl Eulenstein.



Gewitter aus Sicht von Max Pechstein Bild: OL

In den Werken Arthur Degners, einem Lehrer der Kunstakademie Königsberg, vermischen sich die Stile. Ähnlich wie bei dem Nidden-Maler Lovis Corinth, von dem leider keine Werke ausgestellt sind, vertrat er einen sanften Expressionismus. Auf Degners Betreiben hin fand in seiner Kunstakademie 1914 auch die erste Ausstellung mit Künstlern aus Nidden statt. Viele, die dort ausgestellt wurden wie Franz Marc oder August Macke, überlebten den Krieg nicht.

Die, die wie Erich Mollenhauer, an dessen 50. Todestag in diesem Jahr die Lüneburger Ausstellung auch erinnert, den Krieg schwer verletzt überlebt hatten, kehrten nach Nidden zurück und malten anschließend wie befreit. Mollenhauer erwarb später das Gasthaus Blode von seinem Schwiegervater. Einige Fotos, Pläne und Ausstattungsteile aus Mollenhauers Nachlass ergänzen diese Ausstellung, die noch bis zum 2. März läuft. *H. Tews*

Sonnige Gemüter

Akrobatik-Show »Afrika! Afrika!« begeistert im neuen Tourgewand

Kaum denkbar, dass ein Erwachsener durch einen Tennisschläger passen soll, der nicht besaitet ist. Gut, ab einer gewissen Körperfülle ist das natürlich unmöglich. Aber selbst wenn sich ein völlig normal proportionierter Mann durch ein solches Sportinstrument schlängelt, so tut das schon vom Hinsehen weh. In der Varietéshow „Afrika! Afrika"! scheint nichts unmöglich zu sein. Vor allem nicht für den Kontorsisten Yoga Yoga, wie der Schlangenmensch aus Tansania heißt, der erst mit dem Kopf, dann mit den Schultern und zuletzt auch mit Becken und Beinen durch den Schläger gleitet.

Nein, kein Zauber, sondern Zauberhaftes wird geboten in dieser Show, die derzeit durch Deutschland, Österreich und die Schweiz tourt. Ursprünglich konzipiert vom österreichischen Entertainer André Heller ist die Show ein Wunder an Einfällen und artistischem Können. Über 80 Artisten aus 22 afrikanischen Ländern begeistern das Publikum mit einer Show, die seit der Premiere 2005 in einem eigens dafür geschaffenem Zelttheater schon rund drei Millionen Zuschauer angelockt hat.

Vor vier Jahren kam es zu einem Missklang, nachdem die Künstler den Produzenten Ausbeutung und Rassismus vorgeworfen hatten. Um bloß nicht in den Verdacht zu geraten, selbst etwas mit solchen Vorwürfen zu tun zu haben, zog sich Heller vollständig aus dem Projekt zurück. So stellen die Künstler seit Oktober ein neu gestaltetes Tourprojekt vor, bei dem man statt im eigenen Theaterzelt Gastauftritte auf fremden Bühnen absolviert.

Die Magie einer Zirkusatmosphäre ist nun zwar der einer nüchternen Bühnen-Aura gewichen, aber die Faszination an den lebensfrohen Artisten ist geblieben. Wer denkt, in punkto Artistik seien die afrikanischen Länder noch eine Dritte Welt, liegt falsch. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Hier wird meisterliche Artistik geboten, die man so in europäischen Zirkusshows noch nie gesehen hat. Die Verknotungen der Schlangenleute, Balance- und Kraftakte bewegen sich auf höchstem Niveau. Wann kriegt man es schon zu sehen, dass auf ziemlich schmalen Schultern eine Last von geschätzten 250 Kilo bewältigt wird? Die kommt ungefähr zustande, wenn ein Akrobat vier Kollegen schultert, die über ihm zum Bühnenhimmel streben.



Bild: Afrika! Afrika!

Hohe Akrobatikkunst aus Afrika

Von der menschlichen Pyramide geht es pausenlos weiter zu Breakdancern, Basketball-Akrobaten oder Jongleuren, die mit Witz und Charme ihr Können zeigen. Wenn der „Waterman" aus Ghana 20 große Schüsseln gleichzeitig jongliert, mimt er gleichzeitig den wasserspuckenden Clown, der seine Gefäße befüllt. Eine Live-Band sorgt vom Bühnenhimmel herab für schwungvolle musikalische Stimmung.

Auf Buschtrommeln wird hier weitgehend verzichtet. Klischees sollen nicht bedient werden. Statt auf poetisches Varieté à la André Heller setzt der aus der Elfenbeinküste stammende Choreograf Georges Momboye auf Verve und Tempo. Das alles kommt mit solch energiegeladener Freude daher, dass sich selbst an kalten Wintertagen ein bisschen afrikanische Sonne nach Europa überträgt. *tws*

Bis Ende des Jahres gibt es noch Vorstellungen in Frankfurt (bis 21.12.) und Wien (ab 22.12.). Ab Januar wird die Tournee bis zum 17. April 2014 in 25 weiteren Städten fortgesetzt. Alle Termine unter www.afrikaafrika.de.

Sein Tod löste den Ersten Weltkrieg aus

Wer war dieser Erzherzog Franz Ferdinand, dessen Ermordung Auslöser, aber nicht Ursache des Völkerringens war?

„Sopherl, Sopherl, stirb mir nicht, bleibe für meine Kinder“, so sollen laut seinem Adjutanten Franz Graf Harrach die letzten Worte von Erzherzog Franz Ferdinand gelautet haben, bevor er verstarb. Es war bereits das zweite Attentat an diesem 28. Juni 1914, das auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger und seine Frau bei ihrem Besuch in Sarajewo verübt worden war. Kurz darauf setzten sich in Europa die Armeen in Bewegung, ein Unglück nahm seinen Lauf.

Hätte man den vor 150 Jahren, am 18. Dezember 1863, in Graz geborenen Franz Ferdinand zu Lebzeiten gefragt, was das wichtigste Datum seines Lebens sei, so hätte er vermutlich auch den 28. Juni genannt. Allerdings verfügte der Neffe des österreichischen Kaisers und ungarischen Königs Franz Joseph I. eigentlich nicht über wahrsagerische Fähigkeiten, denn er hätte nicht das Jahr seines Todes 1914, sondern das Jahr 1900 an das Datum angefügt. An diesem Tag wurden die Voraussetzungen dafür gelegt, dass er die Frau seines Herzens, Sophie Gräfin Chotek, heiraten durfte, obwohl sie in der Adelshierarchie weit unter ihm stand. Zwar musste Franz Ferdinand an diesem 28. Juni 1900 für seine noch ungeborenen Nachkommen aus dieser Beziehung auf alle Ansprüche auf den Thron verzichten, dafür erteilte ihm aber der Kaiser die Erlaubnis, seine langjährige heimliche Freundin vor den Traualtar zu führen.

Dass die Wahl seiner Gattin einmal ein derartiges Politikum werden würde, war bei der Geburt von Franz Ferdinand nicht absehbar gewesen. Schließlich war er nur der Sohn von einem der drei Brüder des Kaisers, der selber einen Sohn hatte. Doch als Thronerbe Rudolf 1889 mit seiner Geliebten Selbstmord beging und er mit seiner Frau Stephanie nur eine Tochter in die Welt gesetzt hatte, rutschte Franz Ferdinand in der Thronfolge plötzlich von Platz 3 auf Platz 2. Und da sein Vater Karl Ludwig ein netter Mann war, aber nicht das Format zum Kaiser hatte, blickte plötzlich alle Welt auf dessen ältesten Sohn, der allerdings das Lungenleiden seiner früh verstorbenen Mutter Prinzessin Maria Annunziata von Neapel-Sizilien geerbt hatte. Zwar hatte Franz Ferdinand eine rasche Auffassungsgabe, war jedoch kein fleißiger Schüler. Was ihn nicht interessierte, lehnte er ab. Oft begehrte er auf, und seine gerade einmal acht Jahre ältere Stiefmutter Marie Therese von Portugal war die einzige, die ihm als Jungen und später auch als Mann ins Gewissen reden konnte. Daher war das Entsetzen des Kaisers und dessen Hofstaates gering, als beim nach außen hin schroff auftretenden Thronfolger die Lungenkrankheit ausbrach, denn eigentlich sagte ihnen dessen nächstjüngerer, smarter Bruder Otto als zukünftiger Kaiser durchaus mehr zu, was sie auch deutlich zum Ausdruck brachten. Franz Ferdinand fühlte sich zurückgesetzt und witterte hinter jeder Kleinigkeit misstrauisch seine Degradierung, doch da er viele Jahre zur Genesung in Sanatorien oder auf Reisen verbringen musste, übernahm Otto dessen Repräsentationspflichten.



Liebender Ehemann, treusorgender Vater und trotzdem verhasst: Franz Ferdinand von Österreich-Este mit seiner Familie Bild: pa

Der wahre Thronfolger litt darunter, nicht akzeptiert zu werden, nur auf der Jagd fühlte er sich frei. Da er ein perfekter Schütze war, erlegte er fast alles, was ihm vor die Flinte kam. Im Laufe seines Lebens sollen es 274 889 Tiere gewesen sein, was selbst in der damaligen Welt, in der die Jagd ein gesellschaftliches Ereignis war, für negative Schlagzeilen sorgte. Obwohl Franz Ferdinand zeit seines Lebens ein schon fast als extrem zu nennender Anhänger der römisch-katholischen Kirche war, waren ihm christliche Wesenszüge wie Mitleid und Nächstenliebe fremd. Die soziale Frage, die damals mehr und mehr zum Thema wurde, kümmerte ihn gar nicht. Die Lebensverhältnisse der unteren Schichten waren ihm nie eine Abhandlung wert, obwohl er in späteren Jahren sich viel mit den Umwandlungen des Habsburgerreiches, das er ja eines Tages zu führen gedachte, beschäftigte.

Doch das dürften nicht die Gründe sein, warum sein Tod nicht nur in der Donaumonarchie eher Erleichterung als Entsetzen auslöste. Denn der liebende Ehemann und treusorgende Vater dreier Kinder, die beim Tod ihrer Eltern gerade einmal zehn, zwölf und 13 Jahre alt waren, war zugleich zu tiefem Hass fähig. Dieser traf in erster Linie die Ungarn, deren dominierende Position in der Doppelmonarchie er zu beschränken versuchte. Stets betonte er, dass er nichts gegen den Ungarn an sich habe, doch die ungarische Adelsclique samt ihrer aus seiner Sicht übertriebenen Herrschsucht war ihm ein Greuel. Für ihn war das Habsburgerreich ein Vielvölkerstaat, in dem alle Völker gleich viel zu sagen haben sollten. Was jedoch nicht bedeutet, dass er für das allgemeine Wahlrecht gewesen wäre, das gegen seinen Willen vom ansonsten reformmüden Kaiser 1907 durchgesetzt wurde. Aus Franz Ferdinands Sicht war der Adel durchaus zu Höherem geboren und er verlangte, dass der Kaiser trotz der Existenz eines Parlaments das letzte Wort hatte. Und so nutzte er jede Gelegenheit, um sich Feinde zu machen. Auch vermutete er überall Verschwörungen von Juden, Freimaurern, Sozialisten und Ungarn.

> Er sah die Folgen eines Kriegs mit Serbien voraus

Politisch weit davon entfernt ein Liberaler zu sein, war der passionierte Soldat stets von intellektuell anerkannten Beratern umgeben, mit denen er eigene politische Positionen erarbeitete. So mancher Parlamentarier ärgerte sich darüber, dass Entscheidungen nicht nur mit dem Kaiser, sondern auch noch mit dem Thronfolger besprochen werden mussten, der oft anderer Meinung war als sein Onkel. Die beiden Männer respektierten sich zwar, waren sich jedoch menschlich nicht zugetan. Lange ließ der Kaiser zu, dass Franz Ferdinands Frau bei Hofe gedemütigt wurde. Doch je älter der 1830 geborene Monarch selber wurde, desto eher war er bereit, Milde zu zeigen. Auch der Freitod seines einzigen Sohnes und die Ermordung seiner Frau 1898, die bis heute unter dem Namen Sissi/Sisi bekannt ist, dürften ihn weich gemacht haben. 1913 ernannte er Franz Ferdinand dann sogar zum „Generalinspektor der gesamten bewaffneten Macht“. Als dieser aber den Kaiser 1914 bat, dem geplanten Manöver in Bosnien-Herzegowina aus gesundheitlichen Gründen fern bleiben zu dürfen – bereits zuvor gab es Attentatsgerüchte, wenn auch nur unkonkrete –, schickte ihn der Kaiser trotzdem in die Gefahrenzone. Zwar gehörte die Region zum Kaiserreich, doch das benachbarte, mit Russland befreundete Serbien verteufelte die von Wien durchgeführte engere Bindung Sarajewos an die Donaumonarchie. Und da bekannt war, dass Franz Ferdinand von den serbischen Nationalisten ähnlich viel hielt wie von ungarischen Adligen, war er das Hassobjekt Nummer 1 und das durchgeführte Manöver der kaiserlichen Truppen nahe Sarajewo, sozusagen vor Serbiens Haustür, für viele eine Provokation. Eine weitere Brüskierung war zudem, dass die Habsburger ihre Macht in Sarajewo genau am Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld vom 15. Juni 1389 demonstrierten, als die Serben ihre Unabhängigkeit an die Türken verloren.

Dabei hatte Franz Ferdinand mehrfach ausgeführt, dass ein Krieg mit Serbien auf jeden Fall zu vermeiden sei, auch wenn man es schnell niederringen würde. „Und was haben wir dann?“, fragte er bereits 1913, um dann selber die Antwort zu geben: „Erstens fällt ganz Europa über uns her und betrachtet uns als Friedensstörer, und Gott behüte uns, dass wir Serbien annektieren; ein total verschuldetes Land mit Königsmördern und Spitzbuben.“

Letztendlich besaß der Thronfolger also doch prophetische Fähigkeiten. Aber zum Leidwesen Europas im Allgemeinen und der Doppelmonarchie im Besondern erinnerte sich nach seiner Ermordung niemand mehr an diese Sätze. Und so nahm das Unheil seinen Lauf: Am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn mit deutscher Rückendeckung Serbien den Krieg. Kurz danach machten Russland und Frankreich gegen die beiden Kaiserreiche mobil. Der Erste Weltkrieg hatte begonnen. *Rebecca Bellano*

Die erste mit Druckkabine

Die zivile »Stratoliner« wurde ein Opfer des Zweiten Weltkriegs

Die „Stratoliner“ des US-Flugzeugherstellers Boeing gehört zu den wegweisenden Konstruktionen der Zivilluftfahrt. Allerdings konnte das am 31. Dezember 1938 erstmals geflogene Verkehrsflugzeug nie die Verbreitung erreichen, die es wohl gefunden hätte, wenn nicht ein Dreivierteljahr später der Zweite Weltkrieg ausgebrochen wäre. Denn der Krieg unterbrach die Produktion dieses ersten Passagierflugzeugs mit Druckkabine, und so wurden von dieser revolutionären Konstruktion nur zehn Flugzeuge gebaut.

Boeing hatte das Modell 307 auf der Grundlage des B-17-Bombers entwickelt. Tragflächen, Motoren, Fahrwerke und Leitwerk waren vom Bomber übernommen worden. Den Rumpf hatten die Ingenieure mit einer Druckkabine und Platz für 33 Passagiere neu konzipiert. Für die Fluggäste standen bequeme Polstersitze und Schlafkojen, eine kleine Bar und ein Aufenthaltsraum zur Verfügung.

Zwischen 1939 und 1940 lieferte Boeing sieben Maschinen an die Trans World Airlines (TWA) des exzentrischen Milliardärs Howard Hughes und drei an die Fluggesellschaft Pan Am. TWA setzte seine Flugzeuge auf US-amerikanischen Inlandsrouten ein, während die Pan Am mit ihnen von Miami aus Ziele in Mittel- und Südamerika bediente. Hughes selbst zweigte ein Flugzeug für sich ab, um es für einen Rekordflug um die Welt auszurüsten, der nie stattfand.

> 35-minütiger Erstflug am 31. Dezember 1938

Als Passagierflugzeug war die Boeing 307 ein Erfolg. Sie erreichte eine Reiseflughöhe von 6000 Metern und konnte so die meisten Schlechtwetter-Zonen überfliegen. Während des Zweiten Weltkrieges flogen die „Stratoliner“ als Boeing C-75 für die US-Luftwaffe. Nach dem Krieg blieben sie nur noch kurz im Liniendienst, denn mittlerweile gab es wesentlich leistungsfähigere Konkurrenzmodelle.

Die TWA-Maschinen erhielten stärkere Triebwerke und Flügel von überzähligen B-17-Bombern. 1951 wurden sie an die französische Fluggesellschaft Aigle Azur verkauft. Die wiederum setzte sie in Indochina ein, wohin es auch die meisten anderen „Stratoliner“ verschlagen sollte. Nach dem Rückzug der Französischen Republik aus der Region blieb Aigle Azur dort aktiv, vercharterte oder verkaufte seine Flugzeuge an andere Betreiber. Einzelne „Stratoliner“ flogen noch in den 70er Jahren Fracht und Passagiere zwischen Laos, Kambodscha, Südvietnam und Thailand. Eine kleine Fluglinie betrieb mit drei Flugzeugen die einzige Flugverbindung zwischen der südvietnamesischen Hauptstadt Saigon, heute Ho-Chi-Minh-Stadt, und dem nordvietnamesischen Hanoi – immerhin waren beide Staaten rechtlich nicht im Krieg miteinander. Im Laufe der Jahre gingen fünf Flugzeuge bei Abstürzen verloren.

Die letzte intakte Boeing „Stratoliner“ steht heute im Nationalen Luft- und Raumfahrtmuseum der USA. Von einem weiteren Flugzeug existiert noch der Rumpf – er dient im Hafen von Miami als Ausflugsdampfer für Touristen. *Friedrich List*

Beginn und Ende einer Ära

Die »Lütjens« war der letzte Zerstörer der deutschen Marine

Die Indienststellung der Lenkwaffenzerstörer der Lütjens-Klasse markierte einen Meilenstein beim Ausbau der Bundesmarine in den von der Konfrontation der Machtblöcke geprägten 60er Jahren. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die deutschen Zerstörer mit klassischer Schiffsartillerie als Hauptbewaffnung gegen Überwasserziele ausgerüstet, was sich angesichts der Weiterentwicklung der Waffentechnik als nicht mehr zeitgemäß erwies. Ihre Modernisierung und Kampfwertsteigerung erwies sich als aufwendig und teuer, weshalb die Bundesregierung den Bau von drei mit Flugkörpern ausgerüsteten Zerstörern beschloss, die ersten mit Raketen bewaffneten deutschen Schiffe überhaupt.

Aus Zeit- und Kostengründen wurde entschieden, dabei auf einen modifizierten US-amerikanischen Entwurf zurückzugreifen. Das Typschiff, das der neuen Klasse 103 ihren Namen gab, lief am 11. August 1967 auf der US-Werft Bath Iron Works Corp. vom Stapel. Benannt wurde es nach dem 1941 mit dem Schlachtschiff „Bismarck“ untergegangenen Admiral Günther Lütjens, seinerzeit Chef der deutschen Flotte. Sein Name stand auch in der jungen Bundesmarine für die klassischen soldatischen Tugenden. Der damalige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Karl Carstens, der die Taufrede hielt, sagte dazu: „Das Schiff soll den Namen eines deutschen Seeoffiziers tragen, dessen aufrechter Charakter, dessen offenes Wesen, dessen Unerschrockenheit, dessen unbeirrbares Verantwortungsbewusstsein und dessen hingebungsvolle Pflichttreue auch kommenden Generationen der Marine als Vorbild dienen möge.“

> Erstes deutsches Kriegsschiff mit Flugkörperbewaffnung

Nach der Indienststellung am 22. März 1969 war die „Lütjens“, lediglich von Werftaufenthalten unterbrochen, durchgehend auf See und legte über 800 000 Seemeilen (rund 1,5 Millionen Kilometer) zurück. Dabei nahm sie an allen wichtigen Seemanövern der Nato teil und gehörte den ständigen Einsatzverbänden des Bündnisses im Atlantik und im Mittelmeer an. Während ihrer 34-jährigen Dienstzeit wurde die „Lütjens“ mehrfach modernisiert, doch die Kesselanlagen waren schließlich so reparaturanfällig, dass das Schiff am 18. Dezember 2003 als letztes seiner Klasse außer Dienst gestellt wurde. Damit endete in der deutschen Marine zugleich eine Ära, denn die Rolle der Zerstörer wird seither von den Fregatten wahrgenommen.

Im März 2006 wurde die „Lütjens“ vom Marinearsenal Wilhelmshaven nach Eckernförde geschleppt und von der Wehrtechnischen Dienststelle der Marine für Ansprengversuche in der Ostsee genutzt. Schließlich wurde das entmilitarisierte Schiff 2011 für 1,255 Millionen Euro an einen türkischen Unternehmer verkauft, der es im August 2012 verschrotteten ließ. Doch ganz untergegangen ist die Klasse 103 damit nicht. Denn ein Schwesterschiff der „Lütjens“, die „Mölders“, wurde dem Deutschen Marinemuseum in Wilhelmshaven als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt und ist dort seit 2005 als schwimmendes Exponat öffentlich zugänglich. *Jan Heitmann*

SPD-Apparatschik im Windschatten Größerer

Vor 50 Jahren starb Erich Ollenhauer – Die Ochsentour führte ihn bis an die Spitze von Partei und Fraktion

„Ein leeres Taxi fährt vor dem Bundeshaus vor. Wer steigt aus? Erich Ollenhauer.“ Dieser zeitgenössische Witz spricht Bände über den Nachfolger Kurt Schumachers und Vorgänger Willy Brandts als Vorsitzender und Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten. In seiner Eigenschaft als farbloser Berufspolitiker war der Verlegenheitskandidat an der SPD-Spitze seiner Zeit weit voraus.

„Der Bundestag ist mal voller und mal leerer, aber immer voller Lehrer.“ Auch in diesem Punkte war Erich Ollenhauer seiner Zeit voraus. Als der FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff diese Feststellung traf, war Ollenhauer schon längst Geschichte. Ollenhauer war zwar kein Lehrer, aber er wäre gerne einer geworden. Und dass er es nicht wurde, war nicht seine Schuld, sondern lag an den Zeitumständen. Wäre Ollenhauer einige Jahrzehnte später geboren, hätte er es dank Schüler-Bafög, Bafög und Friedrich-Ebert-Stiftungs-Stipendium sicherlich bis in die Klassenräume geschafft. In seiner Jugend spielten jedoch noch die finanziellen Verhältnisse der Eltern eine größere Rolle.

Er galt als der geborene zweite Mann

Der am 27. März 1901 zur Welt gekommene gebürtige Magdeburger stammte sowohl väter- als auch mütterlicherseits aus einer Handwerkerfamilie. Sein Vater Erich Ollenhauer verdiente als Maurer sein Geld und seine Mutter Marie geborene Seeger als Büglerin für Feinwäsche. Ollenhauers schulische Ausbildung beschränkte sich auf den Besuch der Volksschule. Anschließend absolvierte er in seiner Heimatstadt eine kaufmännischen Lehre in einer Lack- und Farbenfabrik.

Nach zwei kurzzeitigen Anstellungen fand Ollenhauer im SPD-Konzern schließlich seinen Arbeitgeber. Wenn es ihm auch versagt geblieben war, als Lehrer Staatsdiener zu werden, so war er doch fortan als Parteidiener vor den Unbilden des Kapitalismus geschützt. Sein Elternhaus war sowohl väter- als auch mütterlicherseits bereits sozialdemokratisch geprägt und so wuchs auch er in die Partei hinein. 1916 wurde er Mitglied der SPD-Jugendorganisation und im Monat der Novemberrevolution auch der SPD selber.

1919 begann er ein Volontariat bei der „Volksstimme“, einem SPD-Organ seiner Heimatstadt. Der Ausbildung folgte die Übernahme als Redakteur und die Heirat mit der dortigen Redaktionssekretärin Martha Müller. Aus der Ehe gingen zwei Söhne hervor. Der eine wurde technischer Angestellter bei der Bundespost, der andere Mitarbeiter der Hohen Behörde der Montanunion.

Von der SPD-Zeitung wechselte Ollenhauer bereits 1920 zur SPD-Jugendorganisation, was für ihn mit einem Umzug in die Reichshauptstadt verbunden war. Bei der Parteijugend setzte er zwar seine journalistische Tätigkeit insofern fort, als er nun für deren Zeitschrift „Arbeiterjugend“ als Redakteur arbeitete, doch hauptsächlich war er nun Funktionär, womit er nach seinem Arbeitgeber auch seinen Beruf gefunden hatte. Die Funktionärskarriere begann 1920 als Sekretär des Hauptvorstandes der Parteijugend. Als 1927 deren Vorsitzender Max Westphal mit 32 als Parteisekretär in den Parteivorstand wechselte, wurde der sechs Jahre jüngere Sekretär sein Nachfolger im Vorsitz. Irgendwelche spektakulären Alleingänge der SPD-Jugendorganisation sind aus der Zeit Ollenhauers als Vorsitzendem nicht bekannt.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wurde der mittlerweile 32 Jahre alte Ollenhauer im April 1933 in den SPD-Vorstand gewählt. Anschließend gehörte er dem Exilvorstand der Partei an. Mit diesem emigrierte er erst nach Prag und dann nach Paris. Als nach Prag auch Paris unter nationalsozialistische Herrschaft gelangte, floh er mit dem Exilvorstand weiter nach London. Im Exil beschäftigte sich Ollenhauer primär damit, die emigrierten Parteifreunde beieinander zu halten und materiell zu versorgen. Dabei unterstützte ihn die britische Schwesterpartei Labour. Im Zuge dieser Zusammenarbeit kam es zu wichtigen Kontakten Ollenhauers mit britischen Politikern. So war er nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch das einzige Mitglied des Exilvorstandes, dem die Briten die Teilnahme an der Wennigser Konferenz gestatteten, auf der Kurt Schumacher als Beauftragter für die Westzonen mit der Leitung des Wiederaufbaus der Parteiorganisation betraut wurde.

Der nicht emigrierte Schumacher wurde der neue starke Mann der SPD in den deutschen Westzonen und der Emigrant Ollenhauer dessen enger Mitarbeiter und Vertrauter. Auf dem ersten Nachkriegsparteitag der (West-)SPD wurde Ollenhauer 1946 Zweiter Vorsitzender. Und wieder übernahm Ollenhauer vornehmlich organisatorische Aufgaben. Als sich 1949 der Deutsche Bundestag konstituierte, wurde Ollenhauer auch dort Schumachers Stellvertreter. Ollenhauer erarbeitete sich den Ruf des geborenen zweiten Mannes. Mit seiner Organisationsarbeit hielt der Apparatschik seinen Chefs, die sich so auf die politische Arbeit konzentrieren konnten, den Rücken frei.

1952 jedoch starb mit Schumacher sein letzter Chef und keine unumstrittene Führungspersönlichkeit stach als dessen Nachfolgekandidat hervor. So rückte Ollenhauer als Kompromisskandidat einfach einen auf – und zwar sowohl in der Partei als auch in der Fraktion. Dabei half ihm seine gute Vernetzung als langjähriger Parteifunktionär und zuständiges Mitglied des Exilvorstandes für die Versorgung der Exilanten. Und wenn Ollenhauer auch kein großer politischer Kopf war, so galt er doch als grundsolide und diszipliniert.

In Ollenhauers Amtszeit als SPD-Vorsitzender fiel das Godesberger Programm und damit der Wechsel von der Arbeiter- zur Volkspartei. Dieses war nicht Ollenhauers Projekt, aber er ließ es geschehen und beförderte es damit auf seine Weise. Denn gerade dadurch, dass dieser Wechsel nicht unter der Ägide eines ausgewiesenen Reformers wie Willy Brandt, Fritz Erler oder Herbert Wehner stattfand, sondern unter der eines als grundsolide und diszipliniert geltenden bewährten Parteisoldaten, wurde ihm seine Sprengkraft für die Partei genommen. Insofern hatten die Reformer auch kein Bedürfnis, Ollenhauer zu stürzen. Es genügte ihnen, ihn mehr oder weniger schleichend zu entmachteten. So wurde er 1961 nicht mehr als Kanzlerkandidat aufgestellt. Als Ollenhauer am 14. Dezember 1963 in Bonn starb, war er jedoch nach wie vor sowohl Partei- als auch Fraktionsvorsitzender. Erich Ollenhauer ist damit bis heute der letzte Sozialdemokrat, der beide Ämter bis zu seinem Tode bekleidete. *Manuel Ruoff*

Nicht nur wegen seines Äußeren ein beliebtes Opfer der Karikaturisten: Erich Ollenhauer Bild: Ullstein

Chronist des Kampfes um Ostpreußen

Kurt Dieckert, Autor des Standardwerks zum militärischen Untergang der Provinz 1944/45, kam vor 120 Jahren zur Welt

Am 17. Dezember jährt sich der Geburtstag von Major a. D. Kurt Dieckert zum 120. Mal. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs diente der spätere Verfasser des Buches „Der Kampf um Ostpreußen“ als Verbindungsoffizier zwischen dem Regierungspräsidium zu Gumbinnen und der 3. Panzer-Armee, was ihm unzählige Detailinformationen einbrachte. Nicht zuletzt deswegen wandte sich der Gräfe und Unzer Verlag gerade an ihn, als es nach Kriegsende galt, ein Werk über den Endkampf in Ostpreußen zu veröffentlichen. Zwar betrachtete sich Dieckert keineswegs als Schriftsteller, doch begab er sich einsichtsvoll in die vornehme Pflicht, aufgrund seiner Kenntnisse die Kriegshandlungen wahrheitsgerecht zu schildern und vor dem Vergessen zu bewahren.

Er unterzog sich der Mühe, in breiter Korrespondenz mit den Kommandeuren der ostpreußischen Einheiten das Kriegsgeschehen auf dem Heimatboden zu rekonstruieren. Einzelinformation um Einzelinformation wie auch neu erstellte taktische Karten rundeten langsam das Gesamtbild ab.

Als Verbindungsoffizier zwischen dem Regierungspräsidium zu Gumbinnen und der 3. Panzer-Armee war er dabei

Er vermied es jedoch, auf die mühselig erarbeiteten Quellen egoistisch zu pochen, und noch bevor er an die eigentliche Ausarbeitung seines Buchs ging, stellte er das Material dem 1955 aus sowjetischer Gefangenschaft zurückgekehrten General Otto Lasch für dessen Werk „So fiel Königsberg“ uneigennützig zur Verfügung.

1956 aufgrund eines ersten Herzinfarkts pensioniert, widmete sich Dieckert nunmehr geradezu verbissen dem Andenken an die Heimat. Er benutzte in Ermangelung eines eigenen Arbeitszimmers das Wohnzimmer seines hannoverschen Reihenhauses, immer wieder durch seine Kinder oder das aufgetragene Essen gestört.

Die Arbeitsbedingungen sollten sich noch verschlimmern: Ein zweiter Herzinfarkt brachte ihn schließlich ins Krankenhaus. Sprichwörtlich bis zum letzten Atemzug am 28. Oktober 1959 diktierte er seiner Frau Manuskriptteile. Seinem Wunsch entsprechend vervollständigte General a. D. Horst Großmann das Manuskript zwecks Veröffentlichung.

Das durchaus selbstlose Dienen-Wollen, das fürsorgliche Denken gegenüber Untergebenen wie auch der Nation ziehen sich wie ein roter Faden durch den beruflichen und militärischen Werdegang Diekerts. Nach dem Abitur am bedeutenden Königsberger Friedrichskollegium immatrikulierte sich Dieckert 1912 als Architekturstudent an der Technischen Universität in Danzig-Langfuhr. Als herzschwach geltend, wurde er 1914 ausgemustert, um 1915 doch „auf Umwegen“ als Kriegsfreiwilliger angenommen zu werden. Der Erste Weltkrieg sah ihn auf östlichen Schauplätzen, bis er 1918 an die belgische Front versetzt wurde, um noch im gleichen Jahr als Leutnant d. R., mit dem Eisernen Kreuz Zweiter Klasse dekoriert, der Entlassung entgegenzusehen. An die Alma mater zurückgekehrt, bestand er schon im darauffolgenden Jahr seine Diplom-Prüfung, um letztlich zur Preußischen Staatshochbauverwaltung zu wechseln. Sein erster Auftrag bestand in der Wiederherstellung der kriegszerstörten Kirche zu Allenburg, seiner Geburtsstadt im Kreis Wehlau. Von 1925 bis 1934 in Westdeutschland arbeitend, fand er sich anschließend als Regierungs- und Baurat in Gumbinnen wieder, wo er mit seiner inzwischen gegründeten Familie die schönsten Jahre seines Lebens verbringen sollte. „Seine Haupt- und Lieblingsbeschäftigung galt der baulichen Betreuung der Domänen, Forsten und Gestüte sowie dem ländlichen Siedlungsbau“, erinnert sich sein Sohn Hans.

Selbstlos und uneitel stellte er sein Material General Otto Lasch für dessen Werk »So fiel Königsberg« zur Verfügung

Der aufgrund militärischer Übungen inzwischen zum Hauptmann d. R. avancierte Kurt Diekkert leitete mit Beginn des Zweiten Weltkriegs eine sogenannte Sperrkompanie im ostpreußischen Grenzbereich, um 1942 jedoch auf eigenen Wunsch an die Wolchow-Front versetzt zu werden. Dort ereilte ihn im Nahkampf sehr bald eine schwere Verwundung, die ihm neben dem Eisernen Kreuz Erster Klasse und dem Silbernen Verwundetenabzeichen ein unbewegliches Bein einbrachte. Für geraume Zeit an seinen Amtsschreibtisch zurückverbannt, stellte er sich bei näherrückender Front 1944 als Verbindungsoffizier im Regierungsbezirk Gumbinnen zur Verfügung. Wegen seines lahmen Beins im Februar 1945 aus der Wehrmacht entlassen, gelang ihm über den Seeweg die Flucht in den Westen, wo er seine Familie nach ungewisser Trennung wieder in die Arme schließen konnte. Sehr bald fasste er wieder im angestammten Beruf Tritt, um 1951 als Oberregierungs- und -baurat bei der Regierung in Hannover zu wirken.

Bei alledem hatte sich Dieckert nie in die jeweils aktuellen Ströme der Tagespolitik, sei es in Monarchie, Demokratie oder Diktatur, hineinzwängen lassen. Oberster Maßstab blieben stets Vaterlandsliebe und Mitmenschlichkeit.

Dieckert zog seine Schaffenskraft gewiss aus einem besonders intakten Familienleben, dem er stets neben seinem beruflichen Streben besondere Aufmerksamkeit widmete. Er verstand es zudem vorzüglich, nach der Flucht in Westdeutschland eine geradezu vorbildliche ostpreußische Familientradition aufzubauen, wovon eine familieneigene Ostpreußensammlung zeugt: etwa 1000 Sachbücher, 600 weitere Titel schöngeistiger Literatur, Kurenwimpel, Masurenteppiche und vieles mehr. So konnte er den eigenen Kindern und künftigen Nachkommen die Heimatliebe lebendig vorleben. Eine große Zahl geretteter selbsterstellter Gemälde und Aquarelle ostpreußischer Landschaften weisen den passionierten Jäger und Reiter zudem als feinsinnigen Naturbetrachter aus.

„Der Kampf um Ostpreußen“ stellt neben vielen Abhandlungen über seine engeren Heimatregionen der Kreise Wehlau und Gumbinnen also nur einen Mosaikstein im Gemahnen Kurt Dieckerts an Ostpreußen dar. Dass er sich dabei als Autor stets in den Hintergrund stellte, ist leider nicht mehr üblich. *PAZ*

Lage Ungarns hat sich verbessert

Zu: Ungarn wie einst Österreich gemobbt (Nr. 47)

Dass es ein Medium in Deutschland gibt, das es wagt, auch einmal etwas Positives über Ungarn zu veröffentlichen, zeigt, dass es sich diesseits des linken Mainstreams – nämlich in der Realität – befindet. Die ungarischen Stimmen, die die Deutschen in der Regel zu hören und zu lesen bekommen, seien es Künstler oder Intellektuelle, entstammen der Clique, welche Nutznießer des sozialistischen Vorgängerregimes waren und ihre Pfründe verloren haben. Seit 2004 besuche ich Ungarn jährlich. Seit Orban Regierungschef ist, kann kein unvoreingenommener Beobachter leugnen, dass sich die Lage im Lande verbessert hat.

Die von vier Gardisten bewachte Stephanskrone im Budapester Parlament ist in der Tat ein nationales Symbol. Erinnert es doch an die wechselvolle Geschichte Ungarns als auch an dessen Einheit (ohne dass Gebietsansprüche gestellt würden) trotz seiner Zerschlagung durch den Vertrag von Trianon (1920). **Gernot Schmidt, Wilnsdorf**

Es geht nicht um Humanität

Zu: Zuwanderer haben Vorfahrt (Nr. 47)

Es geht den Linksradikalen („Die Linke") und den Linken (SPD) beim Thema Zuwanderung sicher nicht um Humanität. Denn wer 5000 bis 15 000 Euro Schleusergebühr entrichten kann, ist in seinem Heimatland weder „arm" noch wird er – von Ausnahmen abgesehen – „verfolgt". Wenn es um Humanität ginge, würden die Brandenburger Behörden die „Flüchtlinge-Asylbewerber" postwendend dorthin zurücksenden, wo sie, gemäß Dublin II-Abkommen, Asyl beantragt haben: in dem Land, das sie zuerst betreten haben. Und das sind die Deutschland umgebenden Länder.

Nein, wenn es Die Linke und der SPD um Humanität ginge, würden sie mit Millionen Steuergeldern in Diktaturen die Familien unterstützen, deren Angehörige aus politischen Gründen im Gefängnis sitzen. Und damit wären immerhin mehr Steuerzahler einverstanden als mit der Alimentierung von 88 Prozent Asyltäuschern und folglich Sozialhilfebetrügern. **David S. Vischer, Berlin**

Immer sind die Deutschen schuld

Zu: Falsche Toleranz (Nr. 45)

Erstaunlich waren große Teile der Leserkommentare zum Artikel um das Roma-Mädchen „Maria" in Griechenland. Da wurden doch tatsächlich Entschuldigungen – auch in finanzieller Form – bei den „Eltern" (am besten bei beiden Elternpaaren) verlangt, die man doch so vorurteilsbeladen falsch verdächtigt hatte, sowie die Rückgabe des Kindes – in welche Roma-Familie auch immer.

Für das Bettelschicksal des Mädchens waren dagegen – wegen Rassismus und zu geringer Chancengerechtigkeit – Staat und Gesellschaft (für einige Leser sogar die Deutschen) verantwortlich. Es waren zum Teil die gleichen Leser, die im Falle der Christen-Sekte „12 Stämme" ein entschiedenes Vorgehen des Staates samt Wegnahme aller Kinder und harter Bestrafung der Eltern gefordert hatten.

Es verblüfft mich immer wieder aufs Neue, welch erstaunliche Wirkung die linkslastige Gehirnwäsche-Erziehung in Kindergärten, Schulen und Presse inzwischen zeigt. **Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg**

Falsches Gedenken

Zu: Gesäubert (Nr. 46)

Ursprünglich wurde der Volkstrauertag als Heldengedenktag zur Erinnerung an die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkrieges, später zum Gedenken der Opfer beider großen Kriege begangen. Erst im Laufe der Nachkriegszeit entfremdete man dem Volkstrauertag den Sinn des Andenkens der gefallenen Soldaten. Es wird nicht mehr in erster Linie derjenigen Soldaten, die für Volk und Heimat ihr Leben ließen, gedacht.

Heute gedenkt man der Deserteure, Widerständler und dergleichen. Gerne gedenkt man auch heute der alliierten Massenmörder, die brandschatzend, vergewaltigend und plündernd durch unsere Städte und Dörfer gezogen sind. Das Einzige, wovon uns alliierten Terrorbomber und rote Bestien aus dem Osten wirklich befreit haben, war von Leben, Gesundheit, Land und Gut.

Seit den Brandanschlägen in Mölln und Solingen wird der Volkstrauertag auch für die „Opfer von Rassismus" sowie den „Opfern von Gewalt und Terror" missbraucht. Man gedenkt der ganzen Welt, nur nicht derer, die es als einzige an diesem Tag verdient hätten. Vom Bundespräsidenten bis zum Bürgermeister und Dorfpfaffen – niemand lässt sich die Gelegenheit nehmen, um das Andenken jener zu schänden, denen sie letztendlich ihr Leben zu verdanken haben. Nicht selten wird der deutsche Soldat als verblendet und als Verbrecher oder Mörder beschimpft. **Eddi Göller, Malsfeld**

Eigenes Denkmal

Zu: Gesäubert (Nr. 46)

Im Leitartikel wird beanstandet, dass man in den Gedenkreden für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft am Volkstrauertag vergeblich auf die Erwähnung der deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung wartet. Das mag an vielen Orten der Fall sein, doch ist das nicht die Regel.

In Horn im Kreis Lippe hat das Ehepaar Elfi (geb. in Kulm) und Ernst (geb. in Horn) Harte 2004 ein ausdrucksvolles Mahnmal gegen die Vertreibung der Deutschen aus den deutschen Ostgebieten gestiftet. Auf dem Sockel steht in Bronze eine junge fliehende Mutter mit einem eingewickelten Kleinkind auf dem Arm und einem Kind an der Hand. Rund um den Sockel sind die Wappen der verlorenen deutschen Ostprovinzen angebracht.

Seit zehn Jahren findet am Nachmittag des jeweiligen Volkstrauertages an diesem Mahnmal eine Gedenkfeier für die Opfer von Flucht und Vertreibung mit mehr als 120 Teilnehmern aus dem Kreis Lippe statt. Diese Veranstaltung wird vom BdV und Heimatfreunden organisiert; zirka 130 Teilnehmer aus dem Kreis Lippe sind dabei, darunter auch die Spitzen der Stadtverwaltung und des Rates der Stadt Horn-Bad Meinberg. Der Redner im Jahr 2012 war der LO-Vorstandssprecher Stephan Grigat. Aber auch an anderen Vertriebenen-Mahnmalen in Deutschland werden derartige Feierstunden durchgeführt. **Hans-Georg Ippig, Horn-Bad Meinberg**



Fliehende Mutter mit Kleinkind: Heimatvertriebene haben dieses Mahnmal an der Burg in Horn (Kreis Lippe) gestiftet Bild: Ippig

Sympathie verloren

Zu: Volkspädagogik statt Kriegsgräberfürsorge? (Nr. 46)

Es ist richtig, dass die Mitgliedschaft im Volksbund nach wie vor auf den Schultern der Kriegsgeneration ruht. Alte Soldaten, Kriegerwitwen und deren Kinder. Der Volksbund muss sehr aufpassen, dass ihm die letzten Getreuen nicht noch weglaufen. Mit der Übernahme der Präsidentschaft durch den Pastor und SPD-Politiker Markus Meckel scheint der Trend zum Verlassen der ureigensten Aufgabe weiterzugehen.

Bereits in der *PAZ* Nr. 41/2001 hat sich der Autor Jochen Arp mit der Überschrift „Kräftig jenseits des früheren Auftrags" kritisch mit dem Volksbund auseinandergesetzt. So weist er nach, dass mit der Herausgabe der Schrift „Handreichung für den Unterricht" den Schülern erzählt wurde, dass die Deutschen nur deshalb vertrieben worden seien, weil der Flucht aus den Ostgebieten nationalsozialistische Verbrechen vorausgegangen sind.

Tatsache ist, dass Polen und Tschechen die Vertreibung der Deutschen schon vor Kriegsbeginn beschlossen hatten. Ich habe an fast allen Kriegsgräbereinweihungen in Nordostpreußen teilgenommen, so in Königsberg, Heiligenbeil, Pillau, Pillkallen/Schloßberg, Insterburg und Memel. Was ich da zum Teil von Repräsentanten des Volksbundes bei ihren Reden zur Kenntnis nehmen musste, hat meiner Sympathie für den Volksbund völlig den Rest gegeben. **Bernd Dauskardt, Hollenstedt**

Kein Respekt

Zu: Revanchismuskeule wiederentdeckt (Nr. 44)

Von Albert Schweitzer stammt der Satz: „In schlimmster Weise vergeht man sich gegen das Recht, indem man Völkerschaften das Recht auf das Land, das sie bewohnen, in der Art nimmt, dass man sie zwingt, sich anderswo anzusiedeln." Eine vom Landesverband Brandenburg des Bundes der Vertriebenen errichtete Mahnstätte, die in Form eines Gedenksteins mit einer darin eingelassenen Tafel diesen Spruch trägt, befindet sich neben dem Alten Rathaus in Potsdam. Spuren von Schmierereien, die man versucht hat, weitestgehend zu entfernen, zeugen leider davon, dass es Menschen gibt, die das Recht auf Heimat nicht respektieren oder – wie der Autor schreibt – solche Ansichten für revanchistisch halten. **Wolfgang Reith, Neuss**

Eine Kardinalfrage

Zu: Taub und stumm (Nr. 49)

Nun hat man sich nach langem Pokern, sprich Postenerhalten/-verteilen, auf den Koalitionsvertrag geeinigt. Interessant ist es jedoch festzustellen, dass während der ganzen Zeit die Regierungsgeschäfte wie immer störungsfrei weiter liefen, jedenfalls hatte man diesen Eindruck. Und nun zu der sich daraus ergebenden Kardinalfrage: Braucht man die neue Regierung eigentlich? **Rudi Milbitz, Roanoke, Texas/USA**

Deutscher Grabstein, komplizierte Russen

Zu: Überraschender Fund in Schönbruch (Nr. 46)

Super Aktion und was für ein Wunder, dass dieser schöne Doppelfigurengrabstein v. d. Groeben aus Schönbruch (im Dehio 1993 steht noch, es sei alles restlos zerstört!) wider erwarten erhalten ist. Ein Gewinn für die Kunstgeschichte und die Kulturlandschaft. Wo genau steht der Grabstein nun? Dank allen, die daran Anteil hatten und haben. Der Preis der Restaurierung erscheint sehr überzogen, immerhin ist es gut erhaltener Sandstein.

Trotzdem ist das mit dem Figurengrabstein wirklich eine super Nachricht. Es sind sehr gute Fotos aus dem Provinzialdenkmalarchiv Königsberg (heute Warschau) aus der Zeit um 1900/1920 erhalten, die diesen für die Zeit um 1600 sehr typischen Grabstein gut dokumentieren. Dass er nun sogar, entgegen aller Befürchtungen, als wertvolles familiengeschichtliches und kunstgeschichtliches Ausstattungsrelikt der Kirche erhalten ist, ist eine ganz wunderbare Sache.

Wenn es mit den Russen nicht so kompliziert wäre, wäre der richtigere Ort für die Aufstellung die Kirche in Groß Schwansfeld (Kreis Rastenburg), die voll ist mit Groebenschen Erinnerungsstücken und mit einem ganz herausragenden großen Grabstandbild eines wichtigen Groeben (um 1700). Außerdem gibt es dort auch das vermutlich vom Königsberger Schlossbaudirektor Joachim Schultheiß von Unfriedt geplante Groebensche Erbbegräbnis, ein toller barocker Bau, der wirklich durch seine architektonische Qualität auffallend ist. Sicher wurde diese Alternative geprüft, und sicher standen größte Zollschwierigkeiten dagegen.

Jedenfalls ist es ganz wunderbar, dass der Stein erhalten ist und sogar – sofern das stimmt – in Königsberg aufgestellt werden durfte. Es wäre vor wenigen Jahren jedenfalls ganz undenkbar gewesen. **Torsten Foelsch, Plattenburg**

Nur die Wahrheit macht frei

Zu: Doch kein Volksverhetzer (Nr. 43)

Nach fast 70 Jahren findet ein nicht zur Erlebnisgeneration gehörender Kunststudent in Danzig den Mut, mit seiner Skulptur „Komm, Frau!" an die außergewöhnlich vielen Vergewaltigungen deutscher Frauen, Mädchen und Kinder mit seinem Mahnmal zu gedenken. Meine Hochachtung dem jungen Künstler. Dem Namen nach vermute ich, dass J. Bohdan Szymczuk ukrainische Wurzeln hat, denn 1947 wurden Ukrainer in die ostdeutschen Gebiete zwangsumgesiedelt.

Als Bestätigung zu dem Mahnmal möchte ich ein Erlebnis in Hammerbruch im Kreis Sensburg weitergeben. Am 27. Januar 1945 nahmen die Sowjets kampflos das Dorf ein, die dann nach ein paar Tagen weiterzogen, doch diese hinterließen in dem Ort ein Blutbad. Unter den Toten befanden sich nur zwei deutsche Soldaten und zwei französische Kriegsgefangene, alle andere waren deutsche Zivilisten, Frauen, ältere Männer und Kinder. Für mich ein ganz grausamer Anblick war eine junge Frau. Ihr schwarzer Mantel war unter den Armen hochgebunden. Ich zählte drei braune Einschüsse unterhalb des Bauchnabels. Ganz nach dem „Motto" eines Ilja Ehrenburg, „Tötet die Lebenden und die Ungeborenen".

Unser Flüchtlings-Leiterwagen wurde um den 10. Februar 1945 zum Einsammeln der Leichen benutzt. Auf ausdrücklichen Befehl eines russischen Kommandanten durften keine Särge benutzt werden. Die Bestattung zog sich über mehrere Stunden hin. 36 Leichen fanden im großen und vier Personen im kleinen Massengrab ihre letzte Ruhe. Die meiste Zeit hielt ich mich auf dem Friedhof auf.

Es ist nun wirklich Zeit, dass die Siegermächte sich auch ihren Kriegsverbrechen stellen, damit wir endlich im Frieden miteinander leben können, denn nur die Wahrheit macht uns frei. **Marta Hauptmann, Lyncroft, Farmington Hills/USA**

Dank Stillstand läuft es wie geschmiert

Zu: Fünf-Prozent-Hürde dient Stabilität des Landes (Nr. 43)

Bevor man über die Väter und Mütter des Grundgesetzes redet, sollte man mal einen Blick ins Grundgesetz Artikel 38 werfen, denn da steht es ganz anders. Die Väter und Mütter sind nämlich ganz unschuldig an der massiven Verfälschung des Wählerwillens, der jetzt betrieben wird.

1949 gab es das erste Mal in der Bundesrepublik freie Wahlen, allerdings auch das letzte Mal, denn freie Wahlen bergen die Gefahr, dass die Regierenden abgewählt werden könnten, und das haben die nicht so gern. Einmal an die Macht gekommen, nutzten die Volksparteien diese, um die Demokratie so weit wie möglich abzuschaffen, und so erfand man die Sperrklausel und Direktmandate. Damit man auf Dauer die Vorschriften des Grundgesetzes mit Füßen treten kann, hat man dann auch gleich das Bundesverfassungsgericht mit „zuverlässigen" Leuten besetzt.

So kommt es, dass über sechs Millionen Bürgern das Wahlrecht entzogen worden ist, denn die hatten den Mut, Parteien zu wählen, die das herrschende System infrage stellen. Doch es stimmt: die Fünf-Prozent-Hürde dient der Stabilität, also dem totalen politischen Stillstand. Notwendige Reformen bleiben aus, aber dafür läuft der Laden wie geschmiert. Die kleinen Parteien würden ja doch nur die politische Korruption aufdecken. **Peter Würdig, Bülkau-Aue**

In Deutschland angekommen durch Assimilation

Zu: Lampedusa ist erst der Anfang (Nr. 46)

Im Gegensatz zu den USA, deren Einwanderer sich niemals in sozialen Netzen ausruhen können, dementsprechend hart arbeiten müssen, aber spätestens in der nächsten Generation stolze US-Bürger sind, läuft es in Deutschland leider kolossal falsch. Die Zuwanderung erfolgt in ein Sozialsystem, welches, verglichen mit den Ursprungsländern, einen fast paradiesischen Lebensstil ermöglicht, aber die Integration scheitert leider meistens. So sind die Einwanderer allzu häufig Mitesser am deutschen Wohlstand.

Eine vernünftige, nach pragmatischen Nützlichkeitserwägungen gesteuerte Einwanderung ist die einzige Alternative zu der jetzigen Fehlentwicklung. Interessanterweise sehen das meine Bekannten mit Migrationshintergrund genauso. Durchweg mit deutschen Ehepartnern verheiratet, fast alle studiert, meist leistungsbezogener als der durchschnittliche Deutsche, zeigen sie, wie vorbildliche Einwanderung funktionieren kann: durch konsequente Assimilation in Deutschland anzukommen. **Dirk Hold, Hamburg**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 50 – 14. Dezember 2013

MELDUNGEN

VdG-Vorstand neu gewählt

Oppeln – Der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), die Dachorganisation der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen mit Sitz in Oppeln, hat einen neuen Vorstand gewählt. In den vergangenen vier Jahren hat sich der achtköpfige Vorstand, der sich aus Vertretern der größten regionalen Organisationen der deutschen Volksgruppe zusammensetzt, um die deutsch-polnische Verständigung und die Förderung der deutschen Kultur in Polen bemüht. Dabei richtete der Verband ein besonderes Augenmerk auf die deutsche Sprache als Identitätsträger. Den neuen Vorstand bilden: Bernard Gaida, Renata Zajaczkowska, Norbert Rasch, Rafał Bartek, Kornelia Pawliczek-Błonska, Agnieszka Neuwald-Piecha, Roland Hau und Henryk Hoch. *PAZ*

Binationale Weihnacht

Allenstein – Polnische Weihnachtslieder zeichnen sich durch einprägsame Melodien und für Nicht-Polen meist schwer zu erlernende Texte aus. Dem zweiten Phänomen kann nunmehr Abhilfe geschaffen werden: Zu Beginn der Adventszeit ist eine CD mit zum Teil selten gesungenen polnischen Weihnachtsliedern erschienen. Sie werden in einer ungewöhnlichen musikalischen Besetzung präsentiert: Violoncello, Orgel und als Gesangsstimme der Basso Profundo von Pfarrer Zbigniew Stepniak aus Allenstein. Besonders an der Ausgabe ist vor allem die Textbeilage, die neben leider nur auf Polnisch vorliegenden Erläuterungen zu den Weihnachtsliedern eine Übersetzung der Lieder ins Englische, Russische und Deutsche enthält. Bei der deutschen Version handelt es sich um eine Nachdichtung, die zum Mitsingen geeignet ist. Nähere Informationen erteilt Pfarrer Stepniak, E-Mail: info@bassoprofundo.pl *U.H.*

CD mit Ernst Wiechert

Bockhorn/Wien – Die Internationale Ernst-Wiechert-Gesellschaft hat Ende November eine Wiechert-CD herausgebracht. Darauf enthalten ist die einzige bekannte Tonaufnahme des Schriftstellers. Sie stammt aus dem Jahr 1949 und präsentiert einen unbekannten Text aus einer für das Radio aufgezeichneten Lesung in Wien. Auf der CD finden sich noch zwei weitere Texte: eine Einführung zu Leben und Werk Ernst Wiecherts und ein Vortrag zu seiner Stieftochter Jutta Kalisch sowie anderen Personen aus seinem Umfeld. Musikalisch umrahmt wird dies alles von klassischer Musik von Beethoven und Mozart. Nähere Informationen erteilt Joachim Hensel von der Internationalen Ernst-Wiechert-Gesellschaft, E-Mail: Joachim-Hensel@t-online.de *U.H.*

»Nicht nur das ›ich‹ ist wichtig«

Kinder und Jugendliche hatten mit der Volkstanzwerkstatt ein wichtiges Gemeinschaftserlebnis

Im Heilsberger Hotel Górecki hat eine Volkstanzwerkstatt für Kinder und Jugendliche der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen stattgefunden. Organisiert wurde sie wie das Seminar im letzten Jahr von Edyta Gładkowska, der Leiterin des Büros der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, sowie Danuta Niewegłowska und ihrer Tochter Dorota von der Tanzgruppe „Saga“ in Bartenstein. Die tänzerische Leitung übernahm wie im Vorjahr Agnieszka Krupinska, die Choreografin der Tanzgruppe „Warmia“ in Allenstein.

Die Teilnehmer der Werkstatt wirkten auf den ersten Blick sehr jung. Ein Eindruck, den Trainerin und Organisatorinnen bestätigen. „Letztes Jahr waren es eher ältere Jugendliche, von denen mich einige jetzt unterstützen. Die restlichen Tänzer sind wesentlich jünger als damals“, schildert Agnieszka Krupinska. Edyta Gładkowska fügt hinzu: „Wir haben Teilnehmer aus Rastenburg, Landsberg und Heilsberg dabei. Doch ein großer Teil kommt von ‚Saga‘ aus Bartenstein, und da tanzt jetzt die dritte Generation.“ Deren Vertreter sind etwa zehn Jahre alt, und der Jüngste ist knapp neun.

Danuta Niewegłowska betont: „Jung sind sie. Aber sie wissen, warum sie hier sind – zum Lernen der Tänze und zum Arbeiten daran. Aber gemeinsam bereitet das auch viel Freude.“ Neben einer theoretischen Einführung in die Hintergründe der ermländischen Tänze gibt es also vor allem eines: Training mit und ohne Musik.

Die Kinder und Jugendlichen kommen damit klar. Fehler und Missverständnisse bei den Figuren lassen sich korrigieren, meint Agnieszka Krupinska: „Manche Bewegungen sind nicht unbedingt so wie im Alltag, außerdem sind die Tänze neu für sie und schwungvoller als die deutschen, die sie zum Teil kennen. Aber bei so viel Energie, wie sie haben, kein Problem.“

Zaneta Szperkowicz von der Gruppe des Bundes der Jugend der deutschen Volksgruppe in Heilsberg findet das Tanzen ganz schön anstrengend: „Es geht schon in die Beine. Aber ich wollte die Tanzwerkstatt unbedingt mitmachen.“ Einige der jungen Mitstreiter kennt sie als Betreuerin vom letzten Sommerlager. „Mit ihnen lässt sich etwas anfangen“, ist ihr doch recht kurzes Urteil.

Und das ist ganz im Sinne der gewünschten Nebenwirkung einer solchen Werkstatt. Danuta Niewegłowska: „Nicht nur das ‚ich‘ ist wichtig, sondern vor allem das ‚wir‘. Als Gruppe, die zusammen diese Schritte, Tänze und Musik lernt.“

Für dieses Wir-Erlebnis ist auch ein angenehmes Umfeld wichtig. Und das war in Heilsberg gegeben, so Edyta Gładkowska in ihrem Dank an Janusz Górecki und sein Team: „Es sind hier sehr gute räumliche Bedingungen zu günstigen finanziellen Konditionen. Das freut uns und erleichtert die Arbeit.“ Das Gemeinschaftsgefühl der jungen Mitglieder der deutschen Minderheit und das Können insbesondere der Tanzgruppe „Saga“ wird davon profitieren. *Uwe Hahnkamp*



Mit der Gruppe beim Tanzen: Agniezska Krupinska, die bei der Veranstaltung die tänzerische Leitung innehatte Bild: Hahnkamp

Allensteiner äußerst unzufrieden

»Gazeta Wyborcza« veröffentlicht aktuelle Meinungsumfrage in 23 Metropolen der Republik Polen

Ein Jahr vor den nächsten Kommunalwahlen in der Republik Polen hat die große polnische Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ eine Umfrage in den größten Metropolen des Staates durchführen lassen, laut welcher der amtierende Stadtvater Allensteins, Piotr Grzymowicz, nur von 16 Prozent der Bewohner der von ihm regierten Stadt Zustimmung erfährt. Schuld an dem schlechten Wert sind in erster Linie sein mangelnder Kontakt zu den Allensteinern und sein Versagen beim Bau der neuen Straßenbahnlinie.

Sehr gut schneidet hingegen sein Vorgänger im Amt, Jerzy Małkowski, ab. Mehr als jeder dritte Allensteiner kann ihn sich als Kandidaten für das Stadtpräsidentschaftsamt vorstellen. Die Beliebtheit Małkowskis, der 2008 wegen des Verdachts einer Vergewaltigung vorläufig verhaftet und gegen den deshalb sogar ein Gerichtsverfahren eingeleitet wurde, ist also im großen Stil zurückgekehrt. Vergessen wurden seine angeblichen Vergehen. Fest eingeprägt hat sich hingegen seine bislang unnachahmliche Fähigkeit, überall einen guten Kontakt mit dem sogenannten kleinen Mann herzustellen. Małkowski wurde während seiner Amtszeit von den Allensteiner Künstlern hochgeschätzt, weil er zahlreiche kulturelle Initiativen bezuschusst und sie dann persönlich besucht hatte. Wohl geneigt war er auch vielen Aktivitäten der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM).

Sein Nachfolger Grzymowicz setzte hingegen auf Investitionen, die aber nicht selten eine Verschlechterung des bisherigen Lebensstandards bedeuteten. Unklar bleibt allerdings die Frage, ob es 2014 zwischen beiden zu einem Duell kommen wird, denn die Ermittlungen gegen Małkowski dauern an und das abschließende Urteil ist nicht absehbar.

Allenstein belegt mit Warschau den 14. Platz

Eine große Beliebtheit genießt nach wie vor der zwar junge, doch schon sehr erfahrene Stadtverwalter von Lyck, Tomasz Andrukiewicz. Dank seiner Bemühungen erfuhr Lyck einen großen wirtschaftlichen wie strukturellen Aufschwung. Ferner ist zu betonen, dass Andrukiewicz stets kulturellen Ereignissen nicht abgeneigt ist. Unter seiner Schirmherrschaft wurde etwa Anfang Oktober eine große Tagung zu Ehren von Siegfried Lenz durchgeführt.

Die Untersuchung lässt des Weiteren auf nicht ganz zufriedenstellende Lebensverhältnisse in Allenstein schließen. Die Stadt teilte sich mit Warschau den 14. Platz bei insgesamt 23 untersuchten Metropolen. Untersucht wurden folgende Kriterien: öffentliche Verkehrsmittel, Straßenzustand, Fahrradwege, optisches Erscheinungsbild, Verfügbarkeit von Kitas, Freizeitgestaltung, Investitionen und schließlich Sicherheitsgefühl. Am schlechtesten schnitt Allenstein in den ersten zwei Sparten sowie bei der Freizeitgestaltung ab, am besten beim Sicherheitsgefühl.

Das eher mittelmäßige Abschneiden Allensteins verwundert insofern, als die Stadt bei früheren Erhebungen dieser Art beträchtlich besser abgeschnitten hat. Entweder ist die Stimmung der Allensteiner in der letzten Zeit umgeschlagen oder aber es handelt sich bei dieser erstmals von versierten Soziologen und anderen Wissenschaftlern durchgeführten Umfrage um eine fundiertere Analyse als bei den vorausgegangenen.

Gdingen verteidigt ersten Platz

Für die erste These spricht, dass sich an der Spitze des Rankings der polnischen Metropolen wenig verändert hat. Die Spitzenposition hinsichtlich Lebensqualität sowie Verdienst- und Karrieremöglichkeiten nimmt auch bei dieser Untersuchung Gdingen ein, das von seinem charismatischen Präsidenten Wojciech Szczurek erfolgreich verwaltet wird. Der westpreußischen Hafenstadt folgt das schlesische Breslau, wo es den beiden nacheinander amtierenden Präsidenten Bogdan Zdrojewski und Rafał Dutkiewicz gelungen ist, den Menschen nicht nur einen hohes Lebensniveau zu sichern, sondern innerhalb der letzten Jahrzehnte auch das Ost-West-Gefälle in der Republik Polen auszubalancieren. Als ein sichtbares Zeichen dieser erfolgreichen Strategie darf die Wahl Breslaus zur Kulturhauptstadt Europas 2016 gewertet werden. Nicht viel schlechter urteilten die Thorner über ihre Stadt, die vor allem mit ihrem reichhaltigen Kulturangebot bestechen kann.

Das Schlusslicht in dieser Rangliste bilden seit langem die drei sogenannten ungeliebten Kinder Polens, sprich Lodz, Tschenstochau und Radom, die von vielen als größte Opfer der „Wende“ des Jahres 1989 bezeichnet werden. Die einstigen Industriestandorte entvölkern sich langsam und werden marode. Tausende junge Arbeitnehmer, die in Lodz oder Radom wohnen, pendeln daher jeden Tag zwischen ihren Heimatstädten und Warschau, um dort auf einer besser bezahlten Stelle arbeiten zu können oder überhaupt eine zu haben. *Grzegorz Supady*



Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

nun sind wir mitten im Advent, und in der frühen Abenddämmerung, wenn die Kerzen am Adventskranz angezündet werden, flammt auch die Erinnerung auf, erhellt das Dunkel längst vergangener Tage, die man im Alltag vergessen glaubte. Für viele Ältere führt sie in die Kindheit zurück, wie für unseren Landsmann **Johannes Fellner** aus Gerbrunn, und die erlebte er noch im unversehrten Königsberg. Lassen wir ihn erzählen:

„Nun ist es Advent und in mir wird Ostpreußenstimmung wach. Niemand konnte so schön Advent und Weihnachten feiern wie meine Großeltern aus Königsberg. Ich saß zu Füßen des alten, weißbärtigen Mannes, der duftende Tabakwolken seiner Pfeife entlockte und mit ruhiger Stimme Geschichten von der Nehrung und aus seiner Soldatenzeit bei den Yorkschen Jägern erzählte. Über ihm ragte ein wundervolles Zwölfendergeweih, das noch heute meine Wohnung ziert, und gab allem die rechte Weihe. Nun dieser, mein Geschichten erzählender Großvater, war Dr. **Reinhold Hoffmann**, auch der Wiesendoktor genannt, Professor an der Albertina. Er war auch just der Schüler, dem **Johannes Thienemann** – für uns Onkel Johannes – in Rossitten Nachhilfeunterricht gab. Onkel Johannes heiratete die ältere Schwester meines Großvaters. Also, liebe Ruth Geede, vielleicht haben Sie sogar meinen geliebten Großvater noch persönlich gekannt. Dies als kleiner Adventsgruß, und wenn es sein soll, für die ganze Ostpreußische Familie.“

Es soll so sein, denn diese „Ostpreußenstimmung“, die Herr Fellner uns mit seinen Worten vermittelt, können wir somit weiter tragen an unsere Leserinnen und Leser, die gerne den Gruß entgegen nehmen.

Es war aber nicht immer eitel Kerzenschein in der Kindheit mancher Menschen, wie in der von **Waltraut Ketturkat**, die wie ihre Geschwister **Eva** und **Bruno** schon früh in Kinderheime kam – warum, ist für die heute 84-Jährige noch immer ein Rätsel. Ihre Eltern waren **Heinrich** und **Wilhelmine** Ketturkat aus der Elchniederung, der Vater lebte bis Kriegsbeginn in Tilsit. Die Kinder wurden nicht nur von den Eltern getrennt, sie wurden auch auseinander gerissen. Die Mädchen kamen zuerst in ein Königsberger Heim, wurden dann von Pflegefamilien aus dem Kreis Ortelsburg aufgenommen. Die ältere Schwester Eva verstarb 1952 in Nareithen, Waltraut lebt heute in der Bundesrepublik Deutschland und trägt durch Heirat einen anderen Namen. Noch immer sucht sie ihren Bruder Bruno, dessen Schicksal unbekannt ist. Wir haben diese Suchfrage eingehend in Folge 9 behandelt, weil das Ehepaar **Gerd** und **Gertrud Fischer** aus Bischofswerda uns darum bat. Herr Fischer bearbeitet für die Kreisgemeinschaft Ortelsburg die Seelenlisten und wurde dabei mit dem Suchproblem von Waltraut vertraut. Die Suche nach Bruno, der in einem Rastenburger Heim für schwer erziehbare Kinder gelebt haben soll, hatte leider in unserem Leserkreis keine nennenswerte Resonanz.



Wo blieben die Kinder aus dem Provenzial-Erziehungsheim Rastenburg? Bild: privat

Aber nun hat sich doch eine Spur ergeben. Die fand das Ehepaar Fischer in der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne, als es in zwei Büchern von **Dietheim B. Wulf** interessante Informationen über das ehemalige Provinzial-Erziehungsheim in der Sembeckstraße in Rastenburg fand. Die reich bebilderten Bücher „Das war unser Rastenburg“ und „Lebensbilder aus Rastenburg“, wurden vor 30 Jahren von der Kreisgemeinschaft Rastenburg herausgegeben. Die Aufnahmen von dem großen Anstaltskomplex zwischen Sembeckstraße und Oberteich hatte Frau **Betty Tewes** gemacht. Leider konnte das Ehepaar Fischer bisher keinen Kontakt zu Verfasser und Fotografin gewinnen, und der wäre sehr wichtig, denn Frau Waltraut hat einwandfrei diese Anstalt als das Heim wiedererkannt, in dem sie ihren damals dort lebenden Bruder besucht hatte. Einem der Bücher ist zu entnehmen, dass die Kinder nach einem misslungenen Fluchtversuch erst Ende 1945 Rastenburg verlassen konnten und nach Berlin kamen. Vermutlich gibt es aber nirgends schriftliche Notizen oder gar eine Namensliste der Heimkinder. Deshalb nun einige weitere Fragen an unsere Leser: Wer kannte das Provinzial-Erziehungsheim in der Sembeckstraße aus eigenem Erleben? Gibt es vielleicht noch ehemalige „Heimkinder“? Wer hat Kenntnis von der Umsiedlung der Kinder aus Rastenburg nach Berlin? Blieben sie dort oder wohin wurden sie gebracht? Ist jemand irgendwann Bruno Ketturkat begegnet, der in diesen Tagen 82 Jahre alt wird? Hoffentlich hat diese erneute, aber nunmehr fundierte Suche mehr Erfolg. Das wünschen wir Brunos Schwester Waltraut und dem Ehepaar Fischer, das sich so engagiert für diesen Suchfall einsetzt. (Gerd Fischer, Maximilian-Kolbe-Straße 6 in 01877 Bischofswerda, Telefon 03594/703855, E-Mail: gudfisch@gmx.de)

Manche Leserinnen und Leser denken sicherlich auch an die Adventszeit zurück, die sie im dänischen Internierungslager verbringen mussten. Eine davon ist Frau **Margot Spitzeder** aus Oberursel, die sich mit einer Bitte an uns wendet, die wir an alle ehemaligen Lagerinsassen weitergeben sollen. Dabei ist sie selber Übermittlerin, denn sie wurde vor zwei Wochen von Frau **Inger Björn Knudsen** vom Limfjord-Museum in Lemvig gebeten, über ihre Erlebnisse und die ihrer Familie während der Internierungszeit zu berichten, weil man demnächst im Museum eine Ausstellung eröffnen will. Frau Spitzeder geborene **Scharffenberg** war zweieinhalb Jahre im Lager Rom bei Lemvig, Nordjütland, interniert. Sie und ihre damals ebenfalls internierten Geschwister sind dieser Aufforderung bereits nachgekommen, nun bittet sie im Auftrag des Museums andere ehemalige Insassen, dies auch zu tun. „Ich finde es sehr erfreulich, dass man sich nach so vielen Jahren an uns erinnert und diese Ausstellung machen möchte“, schreibt Frau Spitzeder. Da ihr möglicher Informantenkreis doch begrenzt ist, bat sie uns, diese Aufforderung an unseren Leserkreis weiter zu geben, was wir auch gerne tun. Wer Näheres über das Projekt erfahren möchte, wende sich bitte an Frau Margot Spitzeder, Am Heiligen Rain 25 in 61440 Oberursel, E-Mail: mspitzeder@online.de, oder direkt an die dänische Kustorin am Limfjord-Museum, Frau Inger Björn Knudsen, E-Mail: ikb@lemvigmuseum.dk

Manchmal tauchen erst nach Jahr und Tag bisher ungelöste Fragen auf, wenn sich diese aus Direktgesprächen mit Zeitzeugen ergeben. So erging es Herrn **Dietmar Tinney** aus Tornesch, als er kürzlich seine Tante, eine Schwester seines verstorbenen Vaters, auf Rügen besuchte. Nach den Aussagen von Frau **Gertrud Hermann** geborene Tinney, soll ihr Bruder **Willi Tinney**, *1921 in Tilsit, als Schwerverletzter auf der „Wilhelm Gustloff“ gewesen sein. Im Verlaufe des Gespräches wurde sie dann aber doch unsicher, ob diese Angaben richtig waren. Willi Tinney ist an dem ungewissen Schicksal seines Onkels – Bruder seines Vaters – sehr interessiert und vermutet, dass Willi Tinney unter den 162 Schwerverletzten war, die sich auf der „Wilhelm Gustloff“ befanden. Er fragt nun, ob es eine Liste dieser Soldaten gäbe, in der eventuell der Name seines Onkels enthalten wäre. Die Frage müssen wir nun an „Wilhelm Gustloff“-Experten weiterreichen und hoffen auf Hinweise, die zu einer Klärung des Schicksals von Willi Tinney führen könnten. (Dietmar Tinney, Hexenkoppel 3 in 25436 Tornesch.)

Eine der erfolgreichsten Aktionen unserer Ostpreußischen Familie in diesem Jahr war die Suche nach Konfirmandenurkunden, die Frau **Ursula Karge** in Norden für ihre geplante Dokumentensammlung benötigte. Aber nun hat uns Herr **Frank Schneidewind** aus Olpe eine andere Urkunde zugesandt, und die kommt aus dem Bereich der katholischen Kirche, denn es handelt sich um eine Kommunionsurkunde aus dem Ermland. Eine außergewöhnlich schöne Urkunde in leuchtenden Farben mit Golddruck, die das Bild des Heilands mit einem goldenen Kelch in den Händen zeigt. Und so gut erhalten, dass man kaum glauben kann, dass sie im Jahre 1905 ausgestellt wurde, also über 100 Jahre alt ist. Das liegt wohl daran, dass die Urkunde gerahmt war und noch im Originalrahmen ist, allerdings ohne Glas, das ist wohl doch im Laufe der Ereignisse zu Bruch gegangen. Herr Schneidewind schreibt dazu: „Die Urkunde erhielt ich von einer Dame aus dem Emsland. Sie brachte das gerahmte Dokument von einer Ermland-Reise mit, eine polnische Familie hatte es ihr übergeben. Sie wollte sie wohl die Urkunde aus deutscher Zeit ‚entsorgen‘, wie die Emsländerin meinte.“ Dieses „Andenken an die Erste heilige Kommunion“ erhielt am 12. Juli 1905 **August Knobloch** in der Pfarrkirche von Schalmey aus den Händen von Pfarrer **Matern**, dem späteren katholischen Stadtpfarrer der katholischen Kirchengemeinde Rößel. Die gerahmte Urkunde ist nun zu vergeben. Vielleicht meldet sich ja jemand aus der Familie Knobloch, die in der Gemeinde Schalmey gewohnt hat. Natürlich können sich auch andere Interessenten melden, es eignet sich für Ausstellungen sakraler Dokumente ebenso für den Wandschmuck in Kirchenräumen oder Heimatstuben. In diesem Fall bitte sich bei der Redaktion melden. Anders bei der gleichzeitig übermittelten Bitte von Herrn Schneidewind: Er sucht dringend das Buch von Professor **Franz Scholz** „Wächter, wie tief die Nacht?“ erschienen im Verlag G. A. Walter in Eltville. (Frank Schneidewind, Grubenstraße 10 in 57462 Olpe.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Zu einigen Suchfragen aus der letzten Zeit haben sich einige interessante Hinweise ergeben, auch Teillösungen, aber die will ich nicht zu früh übermitteln, denn es könnten sich noch durch weitere Informationen Änderungen ergeben. Nur im Fall des Käthe-Kollwitz-Gemäldes, den wir in Nummer 49 veröffentlichten, kann ich eine Ausnahme machen: Inzwischen hat sich nämlich bei Herrn **Alfred Wegewitz** das **Käthe Kollwitz** Museum Köln gemeldet, das ihm mitteilen konnte, dass das gesuchte Ölbild in zwei Publikationen abgebildet ist: „Käthe Kollwitz: Die Tagebücher, Hrsg. **Jutta Bohnke-Kollwitz**“ und „**Alexandra von dem Knesebeck**: Käthe Kollwitz, Die prägenden Jahre“. Herr Wegewitz erhielt bereits eine Abbildung des 61 mal 50 Zentimeter großen Bildes, das Käthe Kollwitz in den Jahren 1890/91 gemalt hat. Interessant sind die Informationen der Museumsleitung, dass es sich bei der abgebildeten **Else Rautenberg** um eine geborene Rupp handelt und dass sie somit eine Cousine von Käthe Kollwitz war. Der Großvater der Künstlerin, **Julius Rupp**, müsste also auch der Großvater von Else Rautenberg gewesen sein. Ein Gedenkstein für den Gründer der Freien Gemeinde und Vorreiter des Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands steht noch heute in Königsberg. Wenn sich jetzt noch die Familie Rautenberg, in deren Besitz sich das Original befindet, bei Herrn Wegewitz melden würde, hätte sich sein Informationswunsch zu seiner vollen Zufriedenheit erfüllt.

So viel für heute. Unsere nächste Nummer ist dann schon die Weihnachtsausgabe, und da gibt es wieder einen „Bunten Teller“ für unsere Leserinnen und Leser. Bis dahin eine schöne Vorweihnachtszeit mit ruhigen, besinnlichen Stunden.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Versöhnungsgobelin in der Kathedrale von Chichester

Ursula Benker-Schirmer schuf den monumentalen Bildteppich

Eine 97-Jährige berichtet über eine 101-Jährige – so die Überschrift über einem Gespräch, das ich mit der Autorin **Gerda Scharffenorth** geführt hatte und das wir in Nummer 43 thematisiert haben. Es hat viel Anklang gefunden und manchen Menschen Mut gemacht, sich auch im hohen Alter mitzuteilen und über heute erlebte Ereignisse zu berichten, die in die Vergangenheit zurückführen. „Gegen das Vergessen“ kämpft auch Frau **Friz**, Kirchspiel-Vertreterin von Großlenkenau, Kreis Tilsit-Ragnit an. Sie übersandte uns einen Bericht über eine Ragniterin – nein, über zwei dort geborene Frauen, beide über 80 Jahre alt, von denen die eine als Gobelinweberin internationalen Ruhm erlangte. Das Hauptwerk von **Ursula Benker-Schirmer**, ein sakraler Bildteppich, hängt in der anglikanischen Kirche im südenglischen Chichester. Dort sah Frau **Edith Lancaster** geborene **Begenat** den monumentalen Gobelin und teilte ihre Eindrücke Frau Friz mit, die uns nun darüber berichtet:

„Edith Lancaster-Begenat ist für mich eine gute Freundin im Geiste, die nach achtjährigem Aufenthalt in Deutschland wieder nach England gezogen ist und ihren Wohnsitz in Chichester/Sussex nahm, um in der Nähe ihrer Tochter zu sein. Und jetzt die große Überraschung! Sie, die in Nettschunen geborene Ostpreußin, die in Ragnit die weiterführende Schule besuchte und ihre Heimat nie vergessen hat, was sie durch wiederholte Besuche bewies, sieht sich in der 900 Jahre alten Kathedrale von Chichester einem gewaltigen ‚Versöhnungsgobelin‘ gegenüber, geschaffen von Ursula Benker-Schirmer aus Ragnit. Und nun gingen die Recherchen los. Lebt die Künstlerin noch? Und wo? Verbindung wird aufgenommen, auch ich werde informiert, wir sind in regem Austausch und erfahren viel über ihr umfangreiches Schaffen, das weltweit Anerkennung gefunden hat. Der Gobelin in Chichester ist ihr berühmtestes Werk mit höchsten Ehrungen auch von Seiten unserer Regierung. Hinzu kommt, dass der in den 30er Jahren amtierende Bischof Bell damals 70 Pastoren der Bekennenden Kirche aus Deutschland nach England geholt hatte. Nun hat Edith Lancaster in ihrem großen Heimweh nach Ostpreußen das Bedürfnis, die Leistungen dieser aus Ragnit stammenden Künstlerin wach zu halten und das Interesse an dieser seltenen Stilrichtung, der Gobelinweberei, wieder zu wecken. Alle diese Anregungen reiche ich an die Ostpreußische Familie weiter, haben doch Beide die 80 schon überschritten, und die Zeit läuft immer schneller.“



Ein Feuerwerk von Farben: Der Gobelin in der Kathedrale in Chichester Bild: privat

Aber jedes Ding hat auch seine Zeit, und deshalb habe ich mit der Veröffentlichung noch etwas gewartet. Jetzt im Advent scheint mir der richtige Augenblick gekommen, um diesen „Versöhnungsgobelin“ zu zeigen. Die Kraft der Farben kann man nur erahnen, die Künstlerin hat sich in der Farbgestaltung nach dem großen Fenster von **Marc Chagall** mit der Darstellung der Schöpfungsgeschichte gerichtet, einem der großen Kunstwerke in der normannisch-frühgotischen Kathedrale. Die Grundlage der ikonografischen Gestaltung bildeten vier durch das Kathedralkapitel vorgegebene Symbole – Kelch, Fisch, Kerze und Feigenbaum –, die auf Wunderberichte in der um 1220 verfassten Lebensgeschichte des Heiligen **Richard von Chichester** verweisen. Neben seinem Grab befindet sich die letzte Ruhestätte des von 1929 bis 1958 an der Kathedrale wirkenden Bischofs **Georg Bell**, einem Freund **Dietrich Bonhoefers**, der nicht nur den 70 deutschen Pastoren der Bekennenden Kirche eine Heimstatt bot, sondern sich auch nach dem Krieg für die Wiederbelebung der kirchlichen Arbeit in Deutschland einsetzte. Diesem Versöhnungsgedanken entspricht die deutsche Bezeichnung für den großen Gobelin, der ein Geschenk der Kirchen der Bundesrepublik Deutschland und der in England lebenden Deutschen ist. Mit dem Entwurf wurde die deutsche Künstlerin Ursula Benker-Schirmer betraut, die auch in Südengland in dem unweit von Chichester gelegenen West Dean Tapestry Studio gearbeitet hatte. Mitentscheidend für die Wahl der Künstlerin waren die starke Farbigkeit und die kristalline Abstraktion ihrer Arbeiten sowie ihre Erfahrung im Umgang mit sakralen Themen. Nach dem in den Jahren 1981/82 von der Künstlerin geschaffenen Entwurf wurde der 5 mal 7,89 Meter große Bildteppich in der deutschen Gobelinmanufaktur im fränkischen Marktredwitz und im West-Dean-College in der Nähe von Chichester gewebt. An der Einweihung im Jahr 1984 nahmen auch der damalige Bundespräsident **Carl Carstens** und seine Ehefrau teil.

Ein großer Tag für die 1927 in Ragnit geborene Ursula Benker-Schirmer, die 1947 mit der Ausbildung zur Bildweberin in Halle begann, auf der Berliner Meisterschule für das Kunsthandwerk ihre Gesellenprüfung ablegte, im französischen Aubusson zur Cartonniere ausgebildet wurde und dann nach Paris ging, um sich in Wandmalerei und Gobelinentwurf weiter zu bilden. Über Nürnberg, wo sie künstlerische Leiterin der Gobelinmanufaktur wurde, ging es nach Marktredwitz, um dort die Fränkische Gobelin-Manufaktur zu gründen – Endpunkt ihres Wanderweges über die vielen Stationen ihres so breit gefächerten kreativen Schaffens. So viel über die heute 86-Jährige, deren Leben und Wirken eingehend in dem Buch „Ursula Benker-Schirmer, Deutsche Tapisseriekunst des 20. Jahrhunderts“ von **Katja Domdei** dokumentiert wird.

R.G.



ZUM 99. GEBURTSTAG

Eggert, Albert, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Laskowitzki, Frieda, geb. **Wischnewski**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 20. Dezember

Lingk, Hans Joachim, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 16. Dezember

Neumann, Edith, aus Königsberg/Preußen, am 16. Dezember

Zaborowski, Hildegard von, aus Memel, am 16. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Buksa, Ernst, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Hoffmann, Frieda, geb. **Naujokat**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 15. Dezember

Thomsen, Ursel, geb. **Losch**, aus Neidenburg, am 18. Dezember

Wasilewski, Elfriede, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bednarz, Ernst, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember

Billib, Charlotte, geb. **Kugland**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 14. Dezember

Dannappel, Karl, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 15. Dezember

Eckhardt, Frieda Anna, geb. **Pawlowski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 19. Dezember

Greb, Heinz, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 19. Dezember

Grzegorzewski, Ruth, geb. **Wedemann**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Hepke, Gertrud, geb. **Schmidt**, aus Moneten, Kreis Treuburg, und aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, am 20. Dezember

Naporra, Otto, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 17. Dezember

Probst, Elli, geb. **Stoltz**, aus Weißensee, Weißensee Abbau Süd, Kreis Wehlau, am 19. Dezember

Rayer, Inge-Ruth, geb. **Supplieth**, aus Pillau, Kreis Samland, am 16. Dezember

Schirrmacher, Erna, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 18. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brandstädter, Margarete, geb. **Berkoben**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember

Horn, Christa, aus Elbing, am 20. Dezember

Lenk, Margarete, geb. **Köhn**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 14. Dezember

Magnus, Hildegard, geb. **Moldzio**, aus Lyck, am 19. Dezember

Mast, Ruth, geb. **Prießner**, aus Schlesien, am 16. Dezember

Prößdorf, Frieda, geb. **Thurau**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, am 13. Dezember

Reiner, Ursula, geb. **Krueger**, aus Lötzen, am 20. Dezember

Schölzel, Elfriede, geb. **Meyer**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 20. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Boy, Gertrud, geb. **Wiertschoch**, aus Borken, OT Niederhorst, Kreis Lyck, am 14. Dezember

Bradler, Richard, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 16. Dezember

Dieckert, Heinz, aus Roddau Perkuiken, Roddau, Kreis Wehlau, am 16. Dezember

Eggert, Gertrud, geb. **Langner**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember

Herzmann, Elfriede, geb. **Theophil**, aus Ebenrode, am 14. Dezember

Hoffmann, Christel, geb. **Seesko**, aus Treuburg, am 19. Dezember

Holzapfel, Ursula, geb. **Metauge**, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 15. Dezember

Klein, Christel, geb. **Schlisski**, aus Wehlau, Markt, am 18. Dezember

Pecher, Hildegard, geb. **Wobbe**, aus Lüdtkenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 17. Dezember

Rudzio, Hermann, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 16. Dezember

Sender, Herbert, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Hartwig, Martha, geb. **Salz**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 17. Dezember

Huonker, Elfriede, geb. **Rama**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember

Kudszus, Willi, aus Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Dezember

Mühlberg, Gerda, aus Seerappen, Kreis Samland, am 19. Dezember

Palaschevsky, Herbert, aus Richau, Kreis Wehlau, am 14. Dezember

Petermann, Hedwig, geb. **Suchodolski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Trzaska, Heinz-Walter, aus Ortelsburg, am 19. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Becker, Gerda, geb. **Bautz**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 19. Dezember

Czepanski, Bernard, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 15. Dezember

Dallmann, Max, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 20. Dezember

Dignas, Ida, geb. **Barsuhn**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember

Doddek, Gertrud, geb. **Gregel**, aus Borken, Kreis Lyck, am 14. Dezember

Heisler, Gertrud, geb. **Schaaf**, aus Ebenrode, am 20. Dezember

Knabe, Hans, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. Dezember

Kolander, Hildegard, geb. **Schipper**, aus Schuditten, Kreis Samland, am 17. Dezember

Laußat, Irmgard, geb. **Rosenthal**, aus Mühlen, Kreis Osterode, am 6. Dezember

Lehnert, Wanda, geb. **Alzuhn**, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember

Matern, Gerda, geb. **Kattelat**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 15. Dezember

Oetgen, Christel, geb. **Hasenpusch**, aus Windkeim, Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 15. Dezember

Palaschevsky, Hildegard, geb. **Bronsert**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 16. Dezember

Rosowski, Ernst, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Dezember

Sallewsky, Christel, aus Lyck, Yorkplatz 4, am 14. Dezember

Salloch, Charlotte, geb. **Stiller**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 18. Dezember

Schnarelt, Ruth, geb. **Gerwin**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 20. Dezember

Schulz, Frieda, geb. **Kowalewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Dezember

Schulz, Hildegard, geb. **Greschkowitz**, aus Ortelsburg, am 19. Dezember

Seidlitz, Christel, geb. **Cypris**, aus Reichensee, Kreis Lötzen, am 19. Dezember

Spörl, Rerna, geb. **Kwyzinski**, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 15. Dezember

Tebben, Edith, geb. **Neumann**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bank, Artur, aus Ortelsburg, am 17. Dezember

Bergau, Martin, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 17. Dezember

Ewert, Dr. Friedrich, aus Koppershagen, Kreis Wehlau, am 17. Dezember

Friedrich, Georg, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Dezember

Frost, Gertrud, aus Allenstein, am 16. Dezember

Großmann, Hans-Joachim, aus Lötzen, am 16. Dezember

Haberland, Christel, geb. **Lange**, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 17. Dezember

Hamer, Heinrich, aus Tapiau, Memellandstraße 4, Kreis Wehlau, am 20. Dezember

Kowalzik, Arnold, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 16. Dezember

Leibiger, Marga, geb. **Feuersänger**, aus Steilberg, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember

Lemke, Heinz, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember

Lorenscheit, Hildegard, geb. **Gudat**, aus Kallnuggen/Altweide, Kreis Tilsit-Ragnit-Pogegen, am 31. Oktober

Manz, Irmgard, geb. **Schmidt**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 14. Dezember

Mühlhausen, Grete, geb. **Schwirblat**, aus Jodingen, Kreis Elchniederung, am 18. Dezember

Nalik, Walter, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember

Pörschke, Christel, geb. **Herzberg**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember

Radau, Anneliese, geb. **Regenbrecht**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 19. Dezember

Sahling, Grete, geb. **Warda**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 18. Dezember

Schipper, Grete, geb. **Fischer**, aus Seerappen, Kreis Samland, am 19. Dezember

Schülke, Renate, geb. **Odenbach**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 14. Dezember

Schweidler, Anni, geb. **Sierack**, aus Bündtken, Kreis Mohrungen, am 16. Dezember

Seeger, Heinz, aus Fuchshügel, Neulepkau, Kreis Wehlau, am 15. Dezember

Seifert, Charlotte, geb. **Suczko**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 17. Dezember

Sliwa, Christel, geb. **Patommel**, aus Wehlau, am 19. Dezember

Strick, Karl, früher **Strickowski**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 15. Dezember

Wermke, Alfred, aus Ebenrode, am 14. Dezember

Wirth, Arthur, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 20. Dezember

Wisbar, Max, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember

Zebrowski, Winfried, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahlo, Hans, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Dezember

Broscheit, Ursula, geb. **Tiedemann**, aus Schönrohr, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember

Buck, Erich, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 19. Dezember

Dawideit, Siegfried, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 18. Dezember

Dreyer, Siegfried, aus Groß Kuhsen, Kreis Samland, am 18. Dezember

Fels, Christa, geb. **Grigo**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 19. Dezember

Hirschböck, Elfriede, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 20. Dezember

Kabjoll, Viktoria, geb. **Müller**, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 15. Dezember

Langer, Margarete, geb. **Grabosch**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Lungkowski, Christel, aus Starkenberg, Starkenberg West, Kreis Wehlau, am 14. Dezember

Meißner, Liesbeth, geb. **Gilewski**, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 19. Dezember

Ratsch, Herta, geb. **Wenzel**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Retat, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember

Roese, Fritz, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 10. Dezember

Schulz, Hannelore, geb. **Blauhut**, aus Pillau, Kreis Samland, am 15. Dezember

Stankewitz, Christel, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 18. Dezember

Terner, Klaus, aus Adl. Legitten, Kreis Labiau, am 15. Dezember

Warmbier, Margot, geb. **Wald**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 18. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Buttler, Christine, geb. **Gednochowski**, aus Stauchwitz, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Dröse, Alfred, aus Jürkendorf, Kreis Heiligenbeil, am 14. Dezember

Greuda, Günter, aus Tapiau, Marktplatze, Kreis Wehlau, am 15. Dezember

Grünwald, Ursula, geb. **Schories**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 17. Dezember

Hunsalz, Fritz, aus Vielbrücken, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember

John, Reinhold, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 19. Dezember

Kopak, Gotthold, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 15. Dezember

Lerch, Christel, geb. **Schlemminge**, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 20. Dezember

Lippeck, Gertrud, geb. **Krzykowski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 19. Dezember

Listing, Edith, geb. **Saager**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 19. Dezember

Magdziacz, Christel, geb. **Brozio** (Broßio), aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 14. Dezember

Neugebauer, Hildegard, geb. **Meier**, aus Rotzung, Kreis Mohrungen, am 15. Dezember

Patz, Ursula, geb. **Plewka**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 17. Dezember

Puschinski, Karin, geb. **Puschinski**, aus Wehlau, Bahnhofstraße 2, am 17. Dezember

Rahming, Liselotte, geb. **Hiepler**, aus Bledau, Kreis Samland, am 19. Dezember

Rekowski, Elfriede, geb. **Bendisch**, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Roschkowski, Werner, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember

Samorski, Siegfried, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 19. Dezember



Bartsch, Kurt, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, und Frau Anita, geb. **Roeschke**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 19. Dezember

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13./14. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 14. Dezember, 13.45 Uhr, WDR: Vision – Aus dem Leben der Hildegard von Bingen.

SONNABEND, 14. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Der Partheon. Geschichtsdoku über den rund 2500 Jahre alten Tempel zu Ehren der Göttin Athene.

SONNABEND, 14. Dezember, 21.35 Uhr, Arte: Heino – Made in Germany. Porträt zum 75. Geburtstag des Schlagerbarden.

SONNTAG, 15. Dezember, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.

SONNTAG, 15. Dezember, 17.05 Uhr, Arte: Munchs Dämonen. Porträt über den Norweger Edvard Munch, dessen Gemälde „Der Schrei“ zu den teuersten der Welt zählt, D 2013.

SONNTAG, 15. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Frühstück bei Tiffany. Komödienklassiker mit Audrey Hepburn, USA 1961.

MONTAG, 16. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Weltenbrand (1–3/3). Doku über den Ersten Weltkrieg.

MONTAG, 16. Dezember, 22.45 Uhr, NDR: Willy Brandt. Porträt.

MONTAG, 16. Dezember, 22.50 Uhr, MDR: Die Flucht (2/2). TV-Historiendrama mit Maria Furtwängler. D 2007.

MONTAG, 16. Dezember, 23.55 Uhr, ARD: Gysi und die Stasi. Porträt.

DIENSTAG, 17. Dezember 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 50 Jahren: Die Unterzeichnung des ersten Passierscheinabkommens ermöglicht Westberlinern Verwandtenbesuche im Osten.

DIENSTAG, 17. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Krupp – Eine deutsche Familie (1/3). TV-Historiendrama.

DIENSTAG, 17. Dezember, 21 Uhr, RBB: Willy Brandt – Die Berliner Jahre.

DIENSTAG, 17. Dezember, 22.45 Uhr, ARD: Willy Brandt – Erinnerungen an ein Politikerleben.

MITTWOCH, 18. Dezember, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 100 Jahren: Der SPD-Politiker und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt wird geboren.

MITTWOCH, 18. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Krupp – Eine deutsche Familie (2/3). TV-Historiendrama.

MITTWOCH, 18. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Der Kniefall des Kanzlers.

MITTWOCH, 18. Dezember, 20.45 Uhr, MDR: Exakt – Die Story: Reichsapfel, Zepter und Krone – Monarchie in Deutschland.

MITTWOCH, 18. Dezember, 21.15 Uhr, MDR: Die Spur der Schätze. Ausverkauf der DDR. Doku, D 2013.

DONNERSTAG, 19. Dezember, 14.30 Uhr, HR: Ostpreußens Zauberwald.

DONNERSTAG, 19. Dezember, 18 Uhr, Phoenix: Weihnachten im Böhmerwald.

DONNERSTAG, 19. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Krupp – Eine deutsche Familie (3/3).

FREITAG, 20. Dezember, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 50 Jahren: In Frankfurt am Main beginnt der Auschwitz-Prozess.

FREITAG, 20. Dezember, 14.15 Uhr, RBB und 14.30 Uhr, HR: Winter in Ostpreußens Zauberwald.

FREITAG, 20. Dezember, 21 Uhr, RBB: Dieter Hildebrandt – Lachgeschichten.

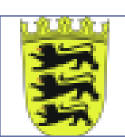
LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Sonntag, 29. Dezember 2013 bis Donnerstag, 2. Januar 2014: BJO-Silvesterfeier in Danzig. Das vollständige Einladungsschreiben mit weiteren Informationen ist unter www.junge-ostpreussen.de einzusehen.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonnabend, 14. Dezember, 14 Uhr, Saal des Gasthauses Schwanen, Buchen-Hainstadt: Weihnachtsfeier mit Geschichten Gesang- und Musikdarbietungen, Grabbelsack, Weihnachtsmann und dem russischen Märchenstück „Varenka“. Ein Zubringerbus wird eingesetzt. Auskunft bei Rosemarie Winkler, Telefon (06281) 8137.

Lahr – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr, Zarko: Adventsfeier. Kuchen kann mitgebracht werden.

Ludwigsburg – Donnerstag, 19. Dezember, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Vorweihnachtsfeier.

Weinheim/Berstraße – Mittwoch, 18. Dezember, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. „Erfreue dich Himmel, erfreue dich Erde“. Gedichte und Erzählungen, Liedgut und Brauchtum für die weihnachtliche Zeit. Die freuden- und gnadenreiche Zeit kommt wieder in unsere dunkle Welt. So möchte auch die Gruppe ein besinnliches Vorweihnachtsfest feiern und der geliebten Heimat gedenken.

Wendlingen – Sonntag, 15. Dezember, 14.30 Uhr, Saal des Gasthauses zum Lamm: Vorweihnachtliche Feier am dritten Advent. Mit einer Kaffeetafel mit heimatlichem Gebäck wird begonnen. Es folgen besinnliche Worte, Singen und Musizieren. Mit geselligem Beisammensein wird der Nachmittag zu Ende gehen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonntag, 15. Dezember, 16 Uhr, Gasthof Hotel zur Post, Gunzenhausen: Weihnachtsfeier mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.

Ansbach – Sonnabend, 14. Dezember, 17 Uhr, Orangerie: Weihnachtsfeier. Mit Musik. Liedern und Geschichten aus der Heimat möchte sich die Gruppe auf das kommende Weihnachtsfest einstimmen. Bücher, Kalender, CDs und Marzipan werden angeboten.

Bamberg – Mittwoch, 18. Dezember, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße 7 (Nebenzimmer): Vorweihnachtliche Feier. Texte und Erinnerungen an ostpreußische Weihnachten.

Hof – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr: Adventsnachmittag. Gäste sind herzlich willkommen.

Ingolstadt – Sonntag, 15. Dezember, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Adventsfeier.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Ulm/Neu-Ulm – 15. Dezember, Ulmer Stuben, 14 Uhr, Weihnachtsfest der Ost- und Westpreußen. Es werden weihnachtliche Gedichte und Texte vorgetragen und der Chor Alexander Diehl tritt auf. Jeder Gast erhält eine kleine weihnachtliche Leckerei. Über zahlreiches Erscheinen von Mitgliedern und Gästen würden sich die Organisatoren freuen. Zu Weihnachten werden Königsberger Marzipan und Lebkuchen in kleineren Mengen vorbereitet. Bestellungen nimmt Frau Jahnke entgegen.

Weiden – Bericht von der Vorweihnachtsfeier – Der 1. Vorsitzende Norbert Uschald konnte im Café Mitte wieder viele Landsleute und Gäste willkommen heißen. Er blickte zunächst auf die Jahreshauptversammlung vom Heimatring Weiden zurück, bei der die Kreisgruppe Weiden eine Urkunde für treue Mitarbeit im Heimatring überreicht bekam. Danach gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern des Monats Dezember. Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ eröffnete der Vorsitzende die Adventsfeier mit einer allgemeinen Betrachtung und entzündete die Kerzen am Adventskranz. Die Kulturwartin Renate Poweleit trug dabei Gedanken zu jeder Kerze vor. In einem Totengedenken erinnerte Uschald an alle seit der Gründung der Kreisgruppe im Jahre 1949 verstorbenen Landsleute.

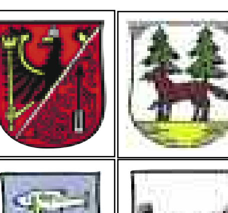
Im Anschluss daran spielten Katharina und Barbara Uschald mit der Flöte und erfreuten die Anwesenden mit Adventsliedern. Anita und Norbert Uschald brachten weitere weihnachtliche Weisen zu Gehör. Andreas Uschald trug das heitere Gedicht „Die lustige Weihnacht“ von James Krüss vor und Ingrid Uschald schilderte im Gedicht „Die heilige Nacht im Wandel der Zeit“ wie sich Weihnachten im Laufe der Jahre verändert hat.

Danach folgte die Weihnachtsbescherung. Für jeden Anwesenden gab es eine bunte Tüte mit Nüssen, Obst, Schokolade und Lebkuchen. Mit dem Volkslied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich bis zur nächsten Zusammenkunft am 9. Februar nächsten Jahres.



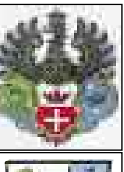
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



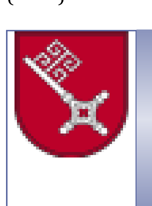


Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg – Dienstag, 17. Dezember, Restaurant Dalmata, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Adventsfeier. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andras Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.





Königsberg/Samland/Labiau – Mittwoch, 18. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Zum Ende des Jahres konnte beim „Ostdeutschen Weihnachtsmarkt Bremer Landsmannschaften“ im Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“ wieder ein erfreuliches Interesse an Kultur und Geschichte der Vertreibungsgebiete festgestellt werden. Es wurden viele gute Gespräche geführt. Zahlreiche Helfer aus dem Mitgliederkreis hatten sich ihrem Vorsitzenden Heinrich Lohmann an die Seite gestellt. Für das Angebot an Marzipan, heimatlichen Spirituosen, selbstgebackenen Thorner Katharinchen, Kalendern und Büchern stellte sich so ein guter Verkaufserfolg ein. Auch 70 Werbeexemplare der Preußischen Allgemeinen Zeitung fanden erfreute Interessenten. – Für die letzten freien Plätze der gemeinsamen Reise nach Wilna vom 9. bis 12. März 2014 bittet die Gruppe um baldige Anmeldung bei „Inga Ziukiene, erlebe Litauen“, Telefon (0421) 2436398.

HAMBURG

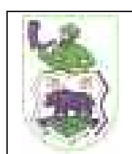
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 14. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Einlass 13 Uhr, Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg (Wandsbek). Parkplatz Quarree, Parkhaus P2: Adventsfeier der Landesgruppe. Durch die Feier führt Siegfried Grawitter vom Kulturreferat. Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der Landesgruppe Hamburg, Hartmut Klingbeutel. Der Ostpreußenchor unter der Leitung von Hanna Guzinski stimmt mit vorweihnachtlichen Liedern auf die Adventszeit ein. Im Programm gibt es einen Gumbinner: „Der Junge mit der Mundharmonika“ erfreut die Teilnehmer mit Weihnachtsliedern zum Mitsingen. Von 15 bis 15.45 Uhr: Gemütliches Beisammensein mit Kaffee und Kuchen. Lesungen von Weihnachtsgeschichten und kleinen Gedichten verzaubern und stimmen die Teilnehmer in Erwartung auf die schöne Adventszeit ein. (Mit U1 und Bussen sehr gut zu erreichen: Von U1 und Busbahnhof Wandsbek-Markt sind es nur wenige Gehminuten. Wenn Sie von der Wandsbeker Marktstraße den Durchgang „Hinterm Stern“ zwischen Quarree und Hotel Tiefenthal durchgehen, sehen Sie das Restaurant Lackemann. Die Gruppe freut sich auf Ihr Kommen: Siegried Grawitter, Evastraße 3 b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784.

Kulturreferat – Die Landesgruppe Hamburg e.V. fährt zum Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen am 17./18. Mai 2014 in Kassel. Anmeldung und Auskunft unter Telefon (040) 53254950 ab 18 Uhr. Leistungen: Fahrt in modernen Reisebussen, zwei Übernachtungen, zweimal Frühstücksbuffet, zweimal Abendessen (3-Gang Menü), geführte Stadtrundfahrt, Transfer zu den Messehallen an beiden Tagen. Preis pro Person im Doppelzimmer 196 Euro, Einzelzimmerzuschlag 30 Euro. Empfohlen wird eine Reiserücktrittsversicherung (8 Euro). Reisebeginn: 16. Mai 2014. Abfahrtsorte: Harburg-Bahnhof 8 Uhr und ZOB Hamburg 8.30 Uhr.

KREISGRUPPE

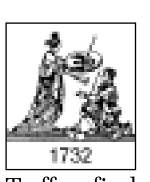


Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

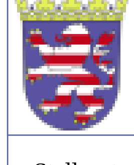
BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Harburg – Sonntag, 12. Januar, 11 Uhr, St. Johanniskirche Harburg, Bremer Straße 9 (zu errreichen mit der S-Bahn, Linie S3 und S31, Station Harburg-Rathaus, danach zehn Minuten Fußweg): Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabina Kaiser-Reis. Im Anschluss lädt die Gruppe in den Gemeindesaal ein zum Gespräch bei Tee und Gebäck. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen.

SALZBURGER VEREIN



Neue Termine für die Treffen im Jahr 2014: 1. März; 10. Mai; 11. Oktober; 6. Dezember. Alle Treffen finden statt jeweils Sonnabends von 13 bis 16 Uhr im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, 20097 Hamburg. Telefon (040) 248200. Thema des Treffens 1. März: „Wege der Salzburger Emigranten 1732 nach Georgia“ (Vortrag).



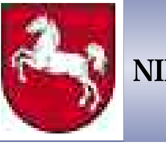
HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel findet die vorweihnachtliche Feier mit Liedern, Gedichten und kleinen Geschichten mit musikalischer Umrahmung des Schuljahrgangs-Chors von Christian Keller aus Rödermark statt.

Kassel – Sonntag, 15. Dezember, 15 Uhr: „Die Brieger Christnacht 1944“. Advents- und Vorweihnachtsfeier mit dem Singkreis Dorothea Deyß und Pfarrer i. R. Alfred Scherlies. Die letzte Versammlung der Gruppe zählt zweifellos zu den herausragenden im zu Ende gehenden Jahr. 45 Mitwirkende und Teilnehmer füllten am 7. November den Gemeinschaftsraum. Wieder einmal gestaltete der beliebte russlanddeutsche, trachtentragende Chor aus Waldhessen den Heimatnachmittag. Die Chorleiterin Nelly Neufeld, bekannt und landesweit gefragt, beschrieb zunächst in groben Zügen die Geschichte der Russlanddeutschen und gab Erläuterungen zu einzelnen Liedern, die seinerzeit im Osten gern gesungen wurden. Das Programm enthielt auch einige deutsche Weisen, in die die Anwesenden kräftig mit einstimmten. Ein zweiter Höhepunkt des Tages war die Ehrung treuer Mitglieder mit silbernen und goldenen Abzeichen. Die Würdigung und die Überreichung der Urkunden nahmen der Vorsitzende der Kasseler Gruppe, Gerhard Landau, und der Landesschatzmeister, Kuno Kutz, vor. Letzterer kam mit seiner Gattin eigens aus dem Süden zum Fuldastrand. Einführend informierte Herr Kutz über den hessischen Landesverband und schilderte seinen Weg als Verantwortungsträger zunächst im Kreisverband und später in der Landesleitung der LOW. Das Treuezeichen in Silber wurde verliehen an: Ruth Barthel (Königsberg), Jutta Creuzer (Königsberg), Ernst von Kiekkebusch (Hoof bei Kassel), Irmgard Klotzbücher (Kreis Ebenrode), Olaf Korneffel (Insterburg), Gertraud Nitschky (Kreis Treuburg), Renate Pintar (Königsberg). Mit dem Treuezeichen in Gold wurden geehrt: Dorothea Deyß (Königsberg), Edith Hornschuh (Kreis Johannisburg), Lothar Maurer (Angerapp) und Ursula Simon. Ruth Barthel und Dorothea Deyß erhielten zusätzlich das Silberne Ehrenzeichen für langjährige tätige Mitarbeit, die der Vorsitzende noch einmal in Erinnerung rief. Zwei den Verein über lange Jahre prägende Getreue, Frau Margarethe Fahning (Elchniederung) und Elisabeth Uhse (Königsberg) konnten die Auszeichnung in Gold leider nicht mehr entgegen nehmen; sie beendeten ihren Lebenslauf vor wenigen Wochen.

Wiesbaden – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Vorweihnachtliche Feier. Die Teilnehmer erwartet Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang und Flötenspiel sowie einer Ansprache von Pfarrer Dr. Holger Saal will die Gruppe auf das Weihnachtsfest einstimmen. Zur Kostendeckung der Weihnachtsfeier sind Spenden willkommen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 17. Dezember, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 20. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Dortmund – Montag, 16. Dezember, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Weihnachtsfeier.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

SEPA-Umstellung

Zum 1. Januar stellen wir unser Lastschriftverfahren auf das neue SEPA-Verfahren um. Für diejenigen, die uns eine Einzugsermächtigung erteilt haben, ändert sich nichts. Abonnenten, die eine Rechnung erhalten, senden wir automatisch neue Überweisungsvordrucke zu. Ihre *PAZ*

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Düsseldorf – Sonnabend, 14. Dezember, Herz-Jesu-Kirche, Roßstraße, Dehrendorf: Gottesdienst für alle Landsmannschaften.

Ennepetal – Sonntag, 15. Dezember, 15 Uhr, Rosine: Weihnachtsfeier der Ostpreußen. – Donnerstag, 19. Dezember, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung. Letzte Veranstaltung der Ostpreußen in diesem Jahr mit belegten Broten, Kaffee und Kuchen.

Hemer – Sonnabend, 14. Dezember: Advent- und Vorweihnachtsveranstaltung der LOW.

Iserlohn – Der Bund der Vertriebenen, Kreisverband Iserlohn e. V. lud anlässlich seines 65-jährigen Bestehens zu einer Vortragsveranstaltung in das Varnhagenhaus nach Iserlohn ein. Der Märkische Kreis unterhält seit 2001 eine Partnerschaft mit dem Kreis Ratibor in Oberschlesien. Die Stadt Iserlohn unterhält seit 2004 eine Partnerschaft mit der Stadt Königshütte [Chorzów]. Der Anschub zu beiden Partnerschaften ist auf Initiative durch Mitglieder des BdV Kreisverbandes Iserlohn e. V. zurückzuführen. Teilnehmer aus der Wojewodschaft Slaskie (Oberschlesien) waren: Martin Lippa (Gleiwitz) Vorsitzender des DfK im Bezirk Schlesien, Blasius Hanczuch (Ratibor – Benkowitz) Ehrenvorsitzender des DfK im Bezirk Schlesien, Eugen Nagel (Königshütte) sowie Doris Gorgosch (Ratibor). Aus dem südlichen Ostpreußen waren Heinrich Hoch (Osterode) und Therese Gollan (Bischofsburg – Neudims) angereist. Die Vortragsrunde wurde durch Rüdiger Goldmann MdL a.D. aus Düsseldorf geleitet.

Die Kommunen des nördlichen Märkischen Kreises waren durch die Bürgermeister Thorsten Schick MdL (Iserlohn), Hans Schmöle (Hemer) und Volker Fleige (Menden) vertreten. Die Ratsfraktionen des Iserlohner Stadtrates waren durch die Fraktionsvorsitzenden der CDU Rolf Kramer und der SPD Mike-Sebastian Janke vertreten. Aus Coesfeld reiste der Beauftragte der CDU Landtagsfraktion für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Deutsche Minderheiten Werner Jostmeier an. Die Referenten konnten in der Veranstaltung ihre jeweiligen Verbände und Aktivitäten vorstellen sowie auf Sonderheiten eingehen. Zur Sprache kamen die jeweiligen Verbandsstrukturen, der rechtliche Rahmen innerhalb dessen die Arbeit der Deutschen Minderheit in Polen (Schlesien und im südlichen Ostpreußen) möglich ist. Die Öffentlichkeitsarbeit der Verbände wird sowohl in Oberschlesien wie auch im südlichen Ostpreußen durch Beteiligung am öffentlichen Leben, durch Publikationen, durch Sendetermine in örtlichen Rundfunksendern erreicht. In den schlesischen Wojewodschaften Oppeln und Schlesien nimmt die deutsche Minderheit am örtlichen politischen Leben rege Anteil, in zahlreichen Ortschaften werden Bürgermeister bzw. Vorsitzende des Stadtrates oder Abgeordnete in den Regionalen Parlamenten gestellt. Dies trifft auf die Wojewodschaft Ermland und Masuren nur bedingt zu. Heinrich Hoch konnte einen Umriss über die vielfältige Arbeit des Verbandes und der Vereine im südlichen Ostpreußen geben. Ebenfalls führte er zu den Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen aus: Sommerfest, Kommunalpolitischer Kongress und Verbindungsbüro der Landsmannschaft. Zur Erinnerungskultur konnte auf viele Aktivitäten verwiesen werden, so werden Friedhöfe und Gedenkstätten an die Toten des Weltkrieges I. gepflegt und erhalten. Straßennamen erinnern an verdiente und bedeutende Persönlichkeiten, wie beispielsweise die Herderstraße in Allenstein u.v.m. Therese Gollan stellte als fleißige Biene die Aktivitäten des Landfrauenverbandes im südlichen Ostpreußen vor. Sie berichtete über die Partnerschaft des Verbandes mit einem Verband der Landfrauen aus Osnabrück, Projekte die im Rahmen dieser Partnerschaft durchgeführt bzw. geplant sind z.B. Ausbildung von Jugendlichen. Ihre Ausführungen wurden sehr interessiert aufgenommen.

In einem Vorgespräch mit Herrn Landtagsabgeordneten Jostmeier sowie den Referenten wurden im kleinen Kreis Themen behandelt, die einen Bezug zur deutschen Minderheit in Polen hatten. Zur Sprache kamen hier u.a. die Teilnahme an der letzten Bundestagswahl. Vom Kreisverband wurde der Wunsch geäußert, die Vergabe öffentlicher Mittel im Rahmen des § 96 BVFG anzupassen und zu vereinfachen. Der Kreisverband plant in Zukunft erneut Verständigungsseminare zu organisieren und anbieten zu können.

Lüdenscheid – Sonntag, 15. Dezember, 15 Uhr, Haus der Landsmannschaften und Vereine, Sauerfelderstraße 27: Weihnachtsfeier der LO, zum ersten Mal im zuvor genannten Veranstaltungsraum. Anmeldungen bei Jutta Scholz, Telefon (02351) 14548 und Rosemarie Biallas, Telefon (02351) 40720. Es wird ein festliches Programm geboten. Das geistliche Wort spricht Laienpredigerin Gesine Trester.

Wesel – Sonntag, 15. Dezember, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Weihnachtsfeier. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind herzlich eingeladen. Für ein gemütliches Beisammensein stehen Kaffee und Kuchen zur Verfügung. Mit Darbietungen zur Weihnachtszeit werden gemeinsam ein paar besinnliche Stunden in der Adventszeit verbracht.

Witten – Montag, 16. Dezember, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Weihnachtsfeier mit Singen und Musizieren.

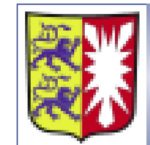
Wuppertal – Sonntag, 15. Dezember, 14 Uhr Hofaue 51, Wuppertal-Elberfeld: Adventsfeier.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 19. Dezember, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Adventsfeier. Um Gaben für die Tombola wird gebeten.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

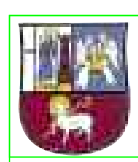
Pinneberg – Sonnabend, 14. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70 d: Adventsfeier mit musikalischer Umrahmung, ostpreußischen Geschichten, Gedichten und einer Kaffeetafel. Um Anmeldung wird gebeten bei Rosemarie Schmidt, Telefon (04101) 62667 oder B. Kieselbach, Telefon (04101) 73473.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 2. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allenstein-landkreis.de

Kreisausschusssitzung

Nach dem Heimatkreistreffen im September 2013 in Gelsenkirchen kam der Vorstand in Hagen zu seiner 15. Ausschusssitzung zusammen. Herausragende Themen waren die Vereinssatzung 2013 und deren Auswirkungen auf den Verein sowie das Heimatjahrbuch Weihnachten 2013. Die neue Satzung wurde inzwischen vom Finanzamt hinsichtlich der Gemeinnützigkeit genehmigt und vom Amtsgericht Osnabrück in das Vereinsregister eingetragen. Sie lehnt sich stark an das BGB an und sieht als Organe nur noch den Vorstand und die Mitgliederversammlung vor. Sie macht insbesondere die jahrelang durchgeführte aufwändige Briefwahl entbehrlich.

Im Frühjahr 2014 wird die Mitgliederversammlung erstmals zur Neuwahl des geschäftsführenden und des erweiterten Vorstandes und zu wichtigen Beschlussfassungen einberufen werden. Das Heimatjahrbuch 2013 ist abgeschlossen und kommt Mitte Dezember 2013 zum Versand. Auf 272 Seiten bringt es wiederum Historisches und Alltägliches aus unserer Heimat, zeigt Lebensbilder großer Ostpreußen, aber auch unserer Landsleute auf, erinnert an Erlebnisse während der Flucht und Vertreibung und berichtet umfangreich über Aktuelles aus Begegnungen hier und in der Heimat. Mit näheren Erläuterungen ruft es die ostpreußischen Leser zum Beitritt als Mitglied in unsere Kreisgemeinschaft auf. Die Bereinigung der Versandkartei hat zu einer Minimierung der Auflagenstärke des Heimatjahrbuches geführt. Zur Stärkung der deutsch-polnischen Versöhnung flogen kürzlich aus unserer Patengemeinde Hagen am Teutoburger Wald Bürgermeister Peter Gausmann und sein Amtsvorgänger Dieter Eickholt sowie Altbürgermeister Hubert Große Kracht (unser Ehrenmitglied) zusammen mit dem Shantychor Hagen a.T.W in das historische Ostpreußen, wo sie vom Allensteiner Landrat M. Pampuch und vom Bürgermeister ihrer Partnerstadt Wartenburg [Barczewo] empfangen wurden. Der Shantychor hatte mehrere Auftritte, so in der Gemeinschaftsschule Wartenburg vor Schülern, Lehrern und Vertretern der Stadt, auch im einstigen Kreisaltersheim St. Georg in Wartenburg, ferner auf einer Festveranstaltung der ermländisch-masurischen Landfrauen und sogar in der Wallfahrtskirche Heiligelinde.

Im Herbst 2013 besuchten Oberstudiendirektor Karl Große Kracht, Sohn unseres Ehrenmitgliedes Altbürgermeister Hubert Große Kracht, und etwa 20 seiner Schüler des Angela-Gymnasiums in Osnabrück ihre Patenschule, das Gymnasium K. C. Mrongovius in Hohenstein [Olsztynek], heute Landkreis Allenstein, zum gegenseitigen Kennenlernen und Gedankenaustausch zwischen Lehrern und Schülern. Im Oktober 2013 reiste auf Einladung des Allensteiner Landrates Pampuch eine größere Gruppe von Angehörigen des Landkreises Osnabrück mit Landrat Lübbersmann nach Allenstein zu einer Feierstunde anlässlich des 15. Jahrestages des Partnerschaftsvertrages zwischen den Landkreisen Osnabrück und Allenstein [Olsztyn]. Auch die Vorstandsmitglieder unserer Kreisgemeinschaft waren hierzu schriftlich eingeladen worden. Über den Festverlauf berichten wir im Heimatjahrbuch, Abschnitt X. Der Chor der Kirchengemeinde Groß Bertung [Bertag] im Landkreis Allenstein weilte am ersten Adventwochenende auf Einladung der Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Irmgard Vogelsang, ehemals Landtagsabgeordnete in Niedersachsen und zugleich Ehrenmitglied unserer Kreisgemeinschaft, zu ihrem Wohnsitz Wallenhorst im Landkreis Osnabrück. Der Chor gab daselbst und an anderen Orten mehrere Konzerte und hatte Gelegenheit, den Dom mit seinem Domschatz und das Rathaus in Osnabrück mit dem Friedenssaal zu besichtigen und Weihnachtsmärkte in Osnabrück und Wallenhorst zu besuchen. Am Sonntag setzte der Bertunger Chor sein Vorhaben in die Tat um und legte auf dem Friedhof in Hilter a.T.W am Grabe des vor einigen Jahren verstorbenen Kanonikus Pfarrer Johannes Gehrmann zusammen mit Vertretern der Gemeinde Hilter, auch unserer Kreisgemeinschaft und früheren Bewohnern aus Bertung und Jomendorf einen Kranz nieder und brachte zu seinen Ehren Gesangdarbietungen, denn Kanonikus Gehrmann hatte als Schüler die letzten Kriegsjahre in Groß Bertung verbracht, war lange Zeit Gemeindepfarrer in Hilter a.T.W. und einige Jahre stellvertretender Kreisvertreter unserer Kreisgemeinschaft und hatte um die deutsch-polnische Versöhnung große Verdienste erlangt.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft tagt erneut am 11. Januar 2014 in Hagen a.T.W und kommt dort mit seinen Paten aus Osnabrück und Hagen a.T.W und mit seinem Partner aus Allenstein, dem Powiat Olsztyn, zum Gedankenaustausch zusammen.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Trauer um Hartmut Korzen

Mit großer Betroffenheit haben wir davon erfahren, dass der Dipl. Bibliothekar Hartmut Korzen wenige Tage vor seinem 55. Geburtstag, am 28. Oktober 2013, an einer schweren Erkrankung plötzlich verstorben ist. Über Anstellungen in Rendsburg und Stade kam er am 1. Mai 1991 zum Kreisarchiv des Landkreises Rotenburg/Wümme nach Bremervörde. Dort konnte er am 1. April 2013 noch sein 25-jähriges Dienstjubiläum feiern. Auch wir Angerburger haben Hartmut Korzen viel zu verdanken. Von 1964 bis Ende September 2009 war das Angerburger Archiv im Institut für Heimatforschung des Rotenburger Heimatbundes, Am Schlossberg 6 in Rotenburg untergebracht. Dort befand sich auch die Ostdeutsche Bibliothek mit über 3000 Bänden. Beim Umzug zum Weicheler Damm 11 in Rotenburg haben wir durch Hartmut Korzen viel fachliche Hilfe erfahren. Er hat wesentlichen Anteil daran, dass am 3. März 2012 das Angerburger Archiv mit Ostdeutscher Bibliothek zusammen mit dem Archiv des Vereins der Freunde des Archivs für Heimatforschung in Rotenburg/Wümme im Rahmen des Archivtages der Öffentlichkeit vorgestellt werden konnte. Hartmut Korzen hat uns bis zuletzt in Archivangelegenheiten beraten. Sein großes Fachwissen und seine menschliche Art werden wir sehr vermissen.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Neues aus Rominten

Nach 1991 besuchten Tausende ostpreußische „Heimweh"-Touristen neben ihren Heimatorten auch das Staatsjagd-Revier und Naturschutzgebiet Rominter Heide. Die alt gewordenen Zeitzeugen fanden nur selten gut gelungene Wiederaufforstungen, viele natürlich nachgewachsene Bestände sowie Reste und Trümmer der bekannten Bauten. Das Kaiserliche Rominten bestand 1991 nur noch aus einem Gebäude im Ort mit einer Grenzschutzeinheit. Sie bewachte und kontrollierte elektrisch gesicherte Zäune zur zirka 1000 Meter breiten, hermetisch abgeschlossenen Grenzzone zur Polnischen Staatsgrenze. Diese Grenzzone war stets und ist immer noch tabu – selbst für Russen.

Zwei der vier Bronzen sitzender Hirsche der Hirschbrücke konnten 2010 in Moskau identifiziert werden, und das Hirschdenkmal steht heute in Smolensk als Beutekunst. Die hölzerne „Hubertus"-Kapelle ist verbrannt. Der „Kaiserflügel" des berühmten Jagdschlosses wurde abgetragen und in Königsberg wieder errichtet, ist heute 120 Jahre alt und baufällig. Am 20. Oktober 1944 wurde der Reichsjägerhof vom Wachmann O. in Brand gesetzt und brannte bis auf die Grundmauern nieder. Über dem Jagdschloss und dem Jägerhof wucherte seit 1945 Jungwald über den Ruinen. Nun fanden überra-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18



Am Jagdbuder Weg: Hinweis für Touristen Bild: Rothe

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

schend im Sommer 2013 Besucher das Gelände des Jägerhofs abgeholzt und freigeräumt, die Grundmauern freigelegt. Folgt man dem deutsch-sprachigen „Königsberger Express“ vom September 2013, dann plant die Oblast-Regierung dort im früheren Jagen 89/90 FA Nassawen ein Restaurant für Touristen am steilen Abhang zur Rominte mit seinem traumhaften Blick in das Tal. Das Hinweisschild für Touristen steht am Abzweig der Zufahrt vom Jagdbuder Weg: „imperial court“ (siehe Foto). Man darf gespannt sein, ob und welche Entwicklung das Restaurantprojekt nehmen wird: hoffentlich wird das Areal nicht eingezäunt und abgesperrt, wie leider schon die beliebte Badestelle am Marinowo-See. Unabhängig davon plant der Verfasser mit mehreren großzügigen Sponsoren, mit Spenden seiner Verwandten, Freunde und Vereinigungen, denen er angehört, den Nachbau von Modellen des Jagdschlosses und der Kapelle für einen „Rominten“-Raum in Goldap. In einer neuartigen deutsch-polnischen Kooperation soll der „Rominten“-Raum im Haus der Heimat oder in der Stadtbibliothek Goldap eingerichtet werden. Die Modelle werden umrahmt werden von Dokumenten, (Forst-) Karten Trophäen und anderem aus Rominten. Kopien dieser Archivalien sollen auch zwei weitere kleine Museen erweitern: das amtlich lizenzierte Wystynez-Museum im heute russischen Groß Rominten des Ornithologen Dr. A. Sokolov, und das Ökozentrum der Wojwodschaft Masuren in Szittkehmen des Forst.-Ing. J. Krajewski. Dr. W. Rothe, info@wolfgangrothe.de



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Zehntägige Busreise

Im kommenden Sommer ist eine zehntägige Busreise in die Elchniederung mit Besuch des Stadtfestes in Heinrichswalde sowie auf die Kurische Nehrung zum Termin **30. Juli bis 8. August 2014** unter Leitung von Peter Westphal geplant. Folgender Reiseverlauf ist vorgesehen: **30. Juli:** Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Thorn. **31. Juli:** Führung durch die einzigartige Altstadt von Thorn und Weiterreise über den polnisch-russischen Grenzübergang bis nach Tilsit, Unterkunft im Hotel „Rossija“. **1. August:** Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und zurück nach Tilsit. Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen mit dem örtlichen Taxiservice, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Am Abend wird das Heinrichswalder Stadtfest mit einem Konzert feierlich eröffnet. Übernachtung in Tilsit. **2. August:** Geführter Rundgang durch Tilsit und Fahrt nach Heinrichswalde zu Teilnahme am Stadtfest mit allerlei Darbietungen und Sehenswürdigkeiten. Besonders zu empfehlen ist dabei ein Besuch des neuen deutsch-russischen Heimatmuseums zur Heimatgeschichte von Heinrichswalde und dem Kreis Elchniederung. Während des Heinrichswalder Stadtfestes ist auch die feierliche Einweihung eines Gedenksteines für die ehemaligen Bewohner des Kreises Elchniederung vorgesehen. Natürlich besteht auch an diesem Reisetag die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Übernachtung in Tilsit. **3. August:** Am Vormittag Möglichkeit zur Teilnahme am Gottesdienst gemeinsam mit der evangelischen Kirchengemeinde in Heinrichswalde. Anschließend Weiterfahrt über Neukirch nach Rauterskirch. Dort Empfang durch die örtliche Bevölkerung und Besichtigung der historischen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Rückfahrt über Seckenburg, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen nach Tilsit. Abendessen und Übernachtung in Tilsit. **4. August:** Weiterreise über die Luisenbrücke nach Litauen. Besichtigung der Kirche in Heydekrug und Picknick in Kinten. Anschließend Schiffsfahrt über die Minge, durch das Memeldelta und weiter über das Kurische Haff. Am Nachmittag erreichen Sie Nidden von der Wasserseite aus und erleben das beeindruckende Panorama der Wanderdünen auf der Kurischen Nehrung. Danach kurze Busfahrt bis in das benachbarte Schwarzort, Abendessen und Übernachtung in Schwarzort/Juodkrante. **5. August:** Geführte Ortsbesichtigung in Nidden zu Fuß. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der wohl bekannteste Ferienort Litauens. Übernachtung in Schwarzort. **6. August:** Rückreise über die litauisch-russische Grenze auf der Kurischen Nehrung nach Königsberg. Bei einer Stadtführung sehen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Dom mit dem Kantgrab, das Königstor und andere. Gleichzeitig erleben Sie eine Stadt, die in einem rasanten Wandel steht. Der Bauboom der letzten Jahre hat das Gesicht der Stadt in kurzer Zeit nachhaltig verändert. Am neuen Fischdorf unternehmen Sie eine kleine Bootsfahrt auf dem Pregel, Sie erleben den Dom und die Kneiphofinsel aus der Perspektive vom Wasser aus. Am Nachmittag Weiterreise nach Polen bis nach Danzig. Abendessen und Übernachtung in Danzig. **7. August:** Geführter Rundgang durch die sehr schön restaurierte Danziger Altstadt und Freizeit in Danzig, am Nachmittag Weiterreise durch Kaschubien und entlang der pommerschen Ostseeküste zu Ihrer letzten Zwischenübernachtung in Kolberg antreten. **8. August:** Rückreise nach Deutschland. Weitere Informationen zur Reise und Anmeldung bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Vienenburg, Telefon/Fax (05324) 798228 oder Partner-Reisen in Lehrte, Telefon (05132) 588940.

FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen, Stellvertreterin: Marion Gehlhaar, Telefon (040) 476070. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Flugreise nach Ostpreußen

In der Zeit vom **19. bis 27. Mai 2014** findet eine Flugreise nach Ostpreußen mit Besuch des Kreises Elchniederung und des Samlandes unter Leitung von Dieter Wenskat statt, zu der alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Folgender Reiseverlauf ist vorgesehen: **19. Mai:** Linienflug mit Air Berlin von Berlin nach Königsberg, anschließend Busfahrt nach Tilsit und Unterkunft im Hotel „Rossija“. **20. Mai:** Rundfahrt mit Besichtigungsstopps über Insterburg, Führung durch das Gestüt Georgenburg, Besuch von Gumbinnen und Ragnit und zurück nach Tilsit. **21. Mai:** Ausflug in die Elchniederung südlich der Gilge. Dabei Besuch in Heinrichswalde, das dortige orthodoxe Kloster, Kreuzingen, Groß Friedrichsdorf und Gerhardsweide. Übernachtung in Tilsit. **22. Mai:** Besichtigungsfahrt durch die Elchniederung nördlich der Gilge mit Besuch von Kuckerneese, Jagdschloss Pait und Karkeln. **23. Mai:** Rundfahrt mit Besichtigungsstopps in Kreuzingen und Labiau mit Fahrt über die Adlerbrücke. Hier mündet die Deime in das Kurische Haff. Anschließend vorbei an Königsberg und auf der neuen Autobahn an die ostpreußische Ostseeküste bis nach Cranz. **24. Mai:** Tagesausflug durch das Samland mit Besuch des Bernsteintagebaus in Palmnicken. Anschließend Besuch von Pillau. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Besuch der dortigen Kriegsgräbergedenkstätte. **25. Mai:** Ausflug nach Königsberg mit Stadtrundfahrt. Am neuen Fischdorf Bootsfahrt auf dem Pregel an der Kneiphofinsel mit Dom entlang und bis zum Königsberger Hafen. **26. Mai:** Ganztägiger Ausflug auf die Kurische Nehrung mit Besuch der Vogelwarte (Feldstadion Fringilla) bei Rossitten und Spaziergang auf die Epha-Düne, eine der größten noch frei wandernden Sandflächen der Nehrung. Neben dem Gruppenprogramm besteht natürlich an jedem Aufenthaltstag auch die Möglichkeit zu individuellen Unternehmungen, ein bewährter Taxiservice mit erfahrenen deutschsprechenden Fahrern steht dafür bereit. **27. Mai:** Der Vormittag bleibt zur freien Verfügung. Gegen Mittag Bustransfer von Cranz zum Flughafen Königsberg und Rückflug mit Air Berlin nach Berlin-Tegel. Preis pro Person 985 Euro, Einzelzimmerzuschlag 160 Euro, russische Visagebühr pro Person 75 Euro. Genaue Reiseinformationen können angefordert werden bei Dieter Wenskat, Telefon (04121) 85501 oder bei Partner-Reisen in Lehrte, Telefon (05132) 588940.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

41. Gesamtdeutsches Heimattreffen

„Ostpreußen hoch! mein Heimatland, wie bist du wunderschön!“. Das am 16. März im Spornitzer „Landhotel“ stattgefundene 41. Gesamtdeutsche Heimattreffen des ehemaligen ostpreußischen Regierungsbezirks Gumbinnen fiel in die vorösterliche Jahreszeit. 52 erwartungsgemäß zumeist schon ältere Landsleute ließen es sich ungeachtet ihres Alters und der oft damit verbundenen Beschwerden sowie eines mitunter langen beschwerlichen Anreiseweges nicht nehmen, zu erscheinen. Danach gefragt, warum sie sich diese Strapazen auferlegen, war übereinstimmend ihre Antwort: „Das sind wir doch unserer Heimat schuldig!“.

Der älteste Teilnehmer unter ihnen war 91, der jüngste 40 Jahre alt. Das Durchschnittsalter betrug 72 Jahre. Sie alle flüchteten aus Ostpreußen, zumeist aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen, oder auch aus Schlesien und Wolhynien. Mecklenburg, Brandenburg, Niedersachsen beziehungsweise Oberbayern wurde zu ihrer neuen Heimat. Im Saal „Hamburg“ des Hotels empfing sie Friedel Hahn. Sie nahmen Platz. Nach der Begrüßung richtete Hahn Grüße Verhinderter aus. Man gedachte der Verstorbenen mit einer Schweigeminute. Das Vormittagprogramm wurde bekanntgegeben. Gemeinsam sang man dann unter der musikalischen Begleitung des Jagdhornbläsertrios Waidmannsheil e. V. Eldenburg das Ostpreußenlied und die dritte Strophe des Deutschlandliedes, wozu man sich erhob. Propst Labesius hielt seine auf die bevorstehende Passionszeit ausgerichtete Kurzandacht, in der er auf Dietrich Bonhoeffers Leidensweg einging. Bezugnehmend auf Psalm 121 und 23 und den für unsere Sünden erlittenen Tod Christi am Kreuz beendete er seine Ausführungen mit einem Gebet.

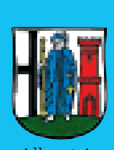
Zum Gelingen des sich anschließenden Vormittagsprogramms trugen wesentlich die Landsleute Grant, Jonuscheit, Steffan, Wicht, Frau Wendt und auch Dr. Hahn mit ihren Beiträgen bei. So wurde Charlotte Wüstendörfers „Der Wächter von Szillen“ vorgetragen, aber auch der Pillkaller, Meschkinnes erwähnt und das Gedicht „Mien Mutterke“ vorgelesen. Auf Hochdeutsch hörte man Gedichte über den Frühling, die Mitte des Lebens und „Ratschläge für Senioren“. Zwischendurch wurden, von den Bläsern begleitet, bekannte ostpreußische Lieder wie „Ännchen von Tharau“, „Zogen eins fünf wilde Schwäne“, aber auch allgemein bekannte Frühlingslieder gesungen. Von den Kellnerinnen gereichter Kaffee oder „ein Bier“ ließ man sich gut schmecken und sorgte so insgesamt für eine gute Stimmung. Ausgelegte Freiexemplare der Preußischen Allgemeinen Zeitung und des „Gumbinner Heimatbriefes“ waren schnell vergriffen.

Die Zeit verging wie im Fluge. Zum Schluss sang und spielte

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19



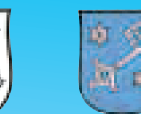
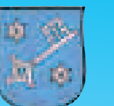
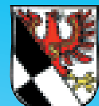
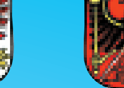
Trug zum Gelingen bei: Jägerblasorchester Bild: Wohlgemuth



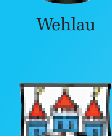
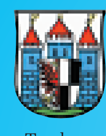


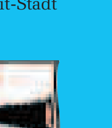
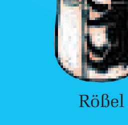




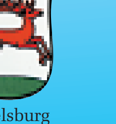








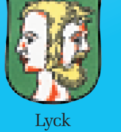




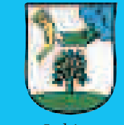




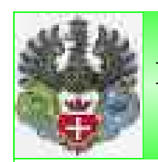


Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

man noch das Lied „Geh aus mein Herz“. Die Veranstaltung endete nach dem Verlesen der in die ausgelegten Teilnehmerlisten eingetragenen Namen gegen 12 Uhr. Man aß nun zu Mittag, die einen ein Königsberger Klopsgericht mit Kartoffeln und Rote Beete, die anderen einen Schweinebraten mit Kartoffeln, Soße und Gemüse. Es hieß dann, sich einen „Guten Appetit!“ zu wünschen. Gegen 13 Uhr zeigte Dr. Hahn den Film „Flug über Ostpreußen.“, Teil II: „Von Königsberg bis Insterburg“, der großen Anklang fand. Es bestand allgemein der Wunsch, am Nachfolgetreffen am 15. März 2014 wieder dabei zu sein. Man wünschte sich beim Abschied alles Gute sowie eine gute Heimfahrt.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Treffen der Balliether Heimatfreunde



Kamen in Fulda zusammen: Balliether Heimatfreunde Bild: M. Imhof

Auch dieses Jahr erlebten wir vom 5. bis 8. September ein schönes und interessantes Treffen in Fulda. Ulrich Buch hatte eingeladen und 15 Personen nahmen daran teil. Wir bedankten uns für seine Arbeit, für die Organisation der Aktivitäten an den beiden Tagen und beschlossen, uns nächstes Jahr – am dritten Wochenende im September – wieder in Fulda zu treffen. Wie im letzten Jahr haben wir in unserer Pension in den gemütlichen Frühstücksräumen am Freitag ausgiebig gefrühstückt. Gut gestärkt trafen wir dann bei der Tourist-Information am Bonifatiusplatz die Stadtführerin, die schon auf uns wartete.

Das Stadtschloss konnten wir auch in diesem Jahr noch nicht besichtigen, da es immer noch renoviert wird. Der Stadtrundgang führte uns am ersten Tag vorbei am Hexenturm in die barocke Altstadt. Zwischen Dom und Bürgerstadt sahen wir Teile der mittelalterlichen Stadtbefestigung und Fachwerkhäuser, die von ihren heutigen Bewohnern liebevoll restauriert wurden. Auf der rechten Straßenseite steht das Mutterhaus der barmherzigen Schwestern und gegenüber ist die dazu gehörende Severikirche. Seit 1451 war sie die Zunftkirche der Wollweber und war von 1620–1623 Klosterkirche der Franziskaner. 1722 1882 war sie Pfarrkirche der Garnison. Bereits 1626 wurde die Abtei St. Maria gegründet und führte so die benediktinische Tradition fort. Die Stadtpfarrkirche St. Blasius wurde 1770 bis 1786 errichtet. Sie ist der späteste Barockbau Fuldas.

Am zweiten Tag fuhren wir bei klarem Wetter mit dem Bus in die Rhön, wo die Länder Bayern, Hessen und Thüringen aufeinanderstoßen, zur Wasserkuppe und dem Kreuzberg, in das Land der offenen Fernen. Die Wasserkuppe ist 950 Meter hoch und überragt alle übrigen Erhebungen. Sie ist die höchste Erhebung nicht nur der Rhön, sondern auch des Bundeslandes Hessen. Breit und flach hat sich der Quelltrichter der Fulda in die Südwestflanke der Wasserkuppe eingesenkt. Über der Fuldaquelle wölbt sich die Kleine Wasserkuppe. Die Wasserkuppe und mit ihr die gesamte Hochrhön besteht aus vulkanischem Gestein, aus Laven und Aschen, die vor zirka 20 Millionen Jahren zutage gefördert wurden. Man findet kristallisierte Mineralien und sumpfige, moorige Areale mit seltenen Pflanzen.

Etwas abgesetzt erhebt sich als mächtige Bastion mit 932 Metern Höhe der Kreuzberg. Das große Basaltlager auf dem Kreuzberggipfel wirkt als ausgezeichneter Speicher für die hohen Niederschläge. Einem Schwamme gleich hält es das Wasser und lässt es nur langsam nach unten sickern. Erst wenn es eine undurchlässige Tonschicht erreicht, tritt es irgendwo am Hang als Quelle zutage. Kloster Kreuzberg liegt an einer solchen Quelle und verdankt ihr das vortreffliche Wasser für die Klosterbrauerei. 1731 erhielt das Kloster das Braurecht. In der Klosterhalle holt sich der Besucher seinen Krug Bier am Schalter und – wenn ihm danach ist – auch eine preiswerte Brotzeit.

Der mächtige Gebirgsstock des Kreuzberges, der an vielen Tagen des Jahres mit seinem Gipfel in den Wolken verschwindet und so seine Nähe zum Himmel zeigt, hat wohl zu allen Jahrhunderten die Menschen beeindruckt. Im Jahre 686 soll der Frankenapostel Kilian auf dem Gipfel das Kreuz errichtet und die Taufe gespendet haben. 1989 entstand das 4,30 Meter hohe Kiliansdenkmal aus fränkischem Muschelkalk. Es stellt den Heiligen mit Irenkreuz als Missionar und mit Schwert als Märtyrer dar. Wie Kreuze und Kloster gehören auch Wallfahrer auf den Kreuzberg. Eine alte Chronik berichtet, dass wohl seit Kilian fromme Christen zur Verehrung des Kreuzes den heiligen Berg bestiegen. Die beiden Abende verbrachten wir im Hotel mit Film ansehen, singen, schabbern, Wippkes erzählen, Fotos erkennen und müde werden.

Marianne Imhof



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

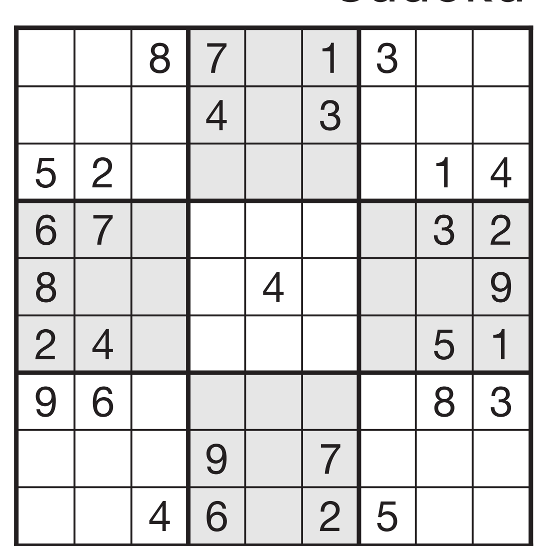
Ännchen von Tharau

Der Vortrag „Ännchen von Tharau. Ihr Lied. Ihr Leben“ von Betty Römer-Götzelmann und Anette Subroweit beim Heimattreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit in Soest ist bei den Zuhörern sehr gut angekommen. Sie haben viele Anfragen bekommen und verweisen darauf, dass sie zu Vorträgen in der Nähe von Soest oder Warstein gerne bereit sind. Zum geschichtlichen Hintergrund des „Ännchen von Tharau“ schreibt Betty Römer-Götzelmann, Kirchspielvertreterin für Rautenberg: „Das Anke, Anna Neander, Pfarrerstochter, ist auf dem Pfarrhof von Tharau geboren worden, mit 12 Jahren kam sie verwaist zu einem Onkel nach Königsberg. Dieser verpflichtete Simon Dach und Heinrich Albert, zur Vermählung seines Mündels mit Johann Portatius ein ‚Hochzeitscarmen‘ zu schreiben, was sie in 17 Versen dann bei der Hochzeitsfeier im Junkerhof mit inszenierten. Dreimal war das Ännchen mit Pfarrern verheiratet, von ihren 14 Kindern blieben nur drei am Leben. Die Nachkommen ihres Sohnes aus der Ehe mit Johann Portatius landeten wieder in Tharau, wo die Enkel im Pfarrhaus aufwuchsen, und der damalige Pfarrer Anton Pfeiffer begann 1700 mit der Kirchenchronik von Tharau, worin auch die ausführliche Lebensgeschichte des später weltweit im Lied berühmten ‚Ännchen von Tharau‘ enthalten ist. Die vorbildliche Pfarrfrau starb mit 55 Jahren und wurde neben ihrem ältesten Sohn in Insterburg begraben. Simon Dach oder Heinrich Albert waren nie in Anke verliebt, wie in manchen Publikationen geschrieben wird. Mit diesen Dichtungen und Liedern zu Hochzeiten und Begräbnissen verdienten sie sich ein Zubrot. Ich empfehle das Buch ‚Tharau liegt woanders‘, das die letzte Gutsherrin auf Tharau, Hedwig von Lölhöffel, die Tochter unserer großen Mundart-Schriftstellerin Erminia von Olfers-Bartocki, als Chronik ihres Gutes und Dorfes, am Frisching gelegen, verfasst hat. Das Buch ist 1987 im Droste-Verlag Düsseldorf erschienen und hat die ISBN 3-7700-0721-2.“

Obstbau in Tapiau

Nachdruck hält Wissen eines Gärtners fest

In der Zeit um den Ersten Weltkrieg war Herbert Reimann Mitarbeiter an der Gärtnerlehranstalt Tapiau in Ostpreußen. Zwar ist über die Lebensdaten des Autors nichts bekannt, aber ein von ihm verfasstes sechsbändiges, handgeschriebenes und mit Illustrationen versehenes Werk über den Obstanbau in Ostpreußen ist erhalten geblieben. Es fand sich in einem Hamburger Antiquariat und liegt nun in Abschrift mit den eingescannten Originalzeichnungen als Gesamtband vor. Das Buch umfasst die Bände „Bau und Leben der Pflanze und Pflanzenkrankheiten“, „Obstbaumzucht und Pflege“, „Obstsortenkunde nebst dem Anhang ‚Normal-Sortiment der für die Provinz Ostpreußen geeigneten Obstsorten‘“, „Zwergobstbau“, „Obstverwertung“, „Landschaftsgärtnerei und Gehölzkunde“. Das genaue Erscheinungsjahr des Originalwerks ist unbekannt. Sicher ist, dass Herbert Reimann um 1914 an der Gärtnerlehranstalt Tapiau beschäftigt war und seine Obstkunde in langjähriger Arbeit angefertigt hat. Genaue Beschreibungen der verschiedenen Obstsorten, die dem ostpreußischen Klima standhielten sowie anschauliche Zeichnungen mit Erklärungen zu Gestalt, Schale, Fleisch und Eigenschaften zum Beispiel einer Apfelsorte sowie ausführlichen Hinweisen zur Schädlingsbekämpfung dürften auch heute noch vielen Hobbygärtnern bei Zucht und Pflege der Obstbäume im eigenen Garten als Anleitung nützlich sein.



Es ist ein großes Verdienst der edition winterwork, dieses einmalige Zeugnis ostpreußischen Obstbaus mit der Herausgabe des Nachdrucks vor dem Vergessen zu bewahren. *MRK*

***Herbert Reimann, „Obstbau in Ostpreußen“.** 468 Seiten, kartoniert. edition winterwork, Borksdorf 2012, 31,90 Euro*

Rohrverbindungsstück – Umgestaltung, Reform – Insel westlich von Rügen – redlich, achtbar – russ.-sibir. Waldgebiet – europ. Hochgebirgsteil – Prüfer – ausgenommen, frei von – dt. Cartoonist und Autor – monarchische Staatsform – früherer Lanzenreiter – Vorrichtung zum Heizen, Kochen – Kammlinie des Berges – geistliches Lied (USA)
durchlässig; leck – schmiedbare Eisenlegierung – Weisung; Bestellung einer Ware
Rhombus – ital. Polarflieger (Umberto) – Glanz-, Höhepunkt (franz.) – besitzanzeigendes Fürwort
Reittier – Segelschiff – Lobgesang der kath. Messe
Hülle, Futteral – kalte ital. Würzpaste – süddeutsch: Lohn, Gehalt – altrömische Monatstage – Spür-, Jagdhund – Herausgeber
Inhaltslosigkeit – chinesischer Kochtopf – Fluss in den Finn. Meerbusen – Reitfigur bei der Dressur – linker Nebenfluss der Fulda – unartig; schlecht
Trockengebiet der Erde – unmodern geworden – Gruppe von Säugetieren
dumme, törichte Handlung (ugs.) – verabredet, vereinbart – Bratrost – Unterhaus des russ. Parlaments – Viehhüter – umwerben, schmeicheln
Facharbeiter (Maschinen) – gefallsüchtig; eingebildet – Abkürzung für außer Dienst – nämlich – Geräte- oder Bodensportler
niedersächs. Stadt an der Unterelbe – kurze Begebenheit – Gedichtzeile – Stadt in Japan, auf Honshu
Teil des Mittelmeeres – schlechter Leumund
Schifffahrtsunternehmen – zerplatzen – eine der Musen – Mühsal, Qual – orientalisches Färbemittel – nur geistig vorhanden
Doppelgänger – Stadt an der Ems, in NRW
Wüste in Innerasien – fertig gekocht – edle Blume – Relativpronomen: welcher
Landungsbrücke, Anlegestelle – Behagen, Vergnügen – Unwille, Verdrossenheit – Stromspeicher (Kurzwort) – Organ des Harnsystems
schweiz. Kurort im Kanton Bern – westafrik. Binnenstaat – Sperrklinke – durchsichtige Farbschicht – sittliche Gesinnung
Horngebilde an Tierzehen – Bewertungsnote
verführen, bezaubern – Gesangspaar – englisches Bier – Dynastie im alten Peru – weibliches Bühnenfach
Brauch, Sitte (lateinisch) – Kfz-Zeichen Hildesheim
Besichtigungstour – Stadt in der Lüneburger Heide – südfranzösische Stadt
Fenstervorhang – tiefes Bedauern – Schaden im Gewebe

PAZ13_50

So ist’s richtig:

Diagonalrätsel: 1. Bedarf, 2. Gewalt, 3. Ascona, 4. Kueken, 5. Stapel, 6. Examen – Becken, Floete

Kreiskette: 1. Freier, 2. Gleise, 3. bewegt, 4. Becken, 5. Dueker – Reisewecker

Sudoku:

Sudoku

		8	7		1	3		
			4		3			
5	2						1	4
6	7						3	2
8				4				9
2	4						5	1
9	6						8	3
			9		7			
		4	6		2	5		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

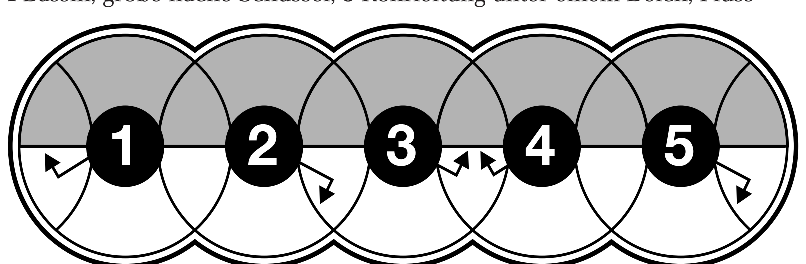
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Musikinstrumente.

1 erforderliche Menge
2 Anwendung von Zwang, Macht
3 Kurort im Kanton Tessin
4 Junges der Henne
5 aufgeschichteter Haufen
6 Prüfung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Zeitmesser.

1 Brautwerber, 2 Schienenstrang (Mehrzahl), 3 unruhig; gerührt, ergriffen, 4 Bassin, große flache Schüssel, 5 Rohrleitung unter einem Deich, Fluss



Flucht und Neubeginn

Zeitzeugen aus Heiligenbeil berichten

Der Landkreis Heiligenbeil liegt im westlichen Ostpreußen und zählte 1939 rund 53000 Einwohner. Hier, am Frischen Haff, lebten die Menschen friedlich in idyllischer Natur, bis die Kriegsfurie Anfang 1945 das Kreisgebiet erreichte. Als die letzten Verteidiger am 29. März 1945 den Kampf um den Heiligenbeiler Kessel einstellten, waren die meisten Bewohner des Kreises längst über das Eis des Haffs auf die Frische Nehrung und von dort weiter auf die rettenden Schiffe nach Westen geflohen. Nicht wenige von ihnen glaubten, dass der Aufenthalt in der Fremde nur vorübergehend sei und sie eines Tages in die Heimat zurückkehren würden. Etwa 20 Prozent kamen durch Kriegseinwirkungen, Flucht, Vertreibung, Deportation, Vergewaltigung, Hunger, Krankheit oder unmenschliche Behandlung ums Leben.

Damals ging es für die Ostpreußen um das nackte Überleben. Es war „Keine Zeit für Trauer – keine Zeit für Tränen“, so der Titel der von der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. herausgegebenen Sammlung von Zeitzeugenberichten. Mit dieser außergewöhnlichen Dokumentation der Ereignisse in der Endphase des Zweiten Weltkrieges aus der Sicht ostpreußischer Flüchtlinge wollen die Herausgeber „einen Meilenstein im stetigen Kampf gegen das Vergessen“ setzen. Viele Ostpreußen lassen ihre schrecklichen Erlebnisse bis heute nicht los. Dennoch wurde darüber in den Familien nur selten, häufig aber auch gar nicht gesprochen.

Das Buch soll nicht nur dazu dienen, die Erinnerungen der Erlebnisgeneration für die nachfolgenden Generationen zu bewahren, sondern es soll den Zeitzeugen auch die Möglichkeit geben, ihre traumatischen Erfahrungen durch Erzählen zu verarbeiten. Die Dokumentation ist unterteilt in die Kapitel „Die letzten Tage in Ostpreußen“, „Flucht“, „Als Flüchtlinge in Dänemark“ und „Nachkriegszeit“.

In dem Band kommen rund 50 Zeitzeugen zu Wort. Ihre Berichte sind teilweise aus der Erinnerung niedergeschrieben, teilweise sind sie aus Tagebüchern wiedergegeben und decken alle Facetten des Geschehens ab. Aus den Schilderungen wird wieder einmal deutlich, dass diese Generation unmenschliche Strapazen hat durchmachen müssen. Dem dokumentarischen Teil vorangestellt sind Geleitworte von Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, und der Heiligenbeiler Kreisvertreterin Elke Ruhnke. Das Buch enthält zahlreiche überwiegend aus Privatbesitz stammende Fotos, von Zeitzeugen angefertigte Zeichnungen und Karten. Es leistet einen wertvollen Beitrag zur Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen. *J.H.*

Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. (Hrsg.): „Keine Zeit für Tränen – keine Zeit für Trauer. Zeitzeugen berichten über Flucht und Vertreibung aus dem Kreis Heiligenbeil“, 288 Seiten, 19,80 Euro. Bestellungen sind zu richten an: Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V., Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de

Heimatverbundenheit hat Priorität

Landsmannschaft Ostpreußen zeichnet Ewald Rugullis mit Goldenem Ehrenzeichen aus

Ewald Rugullis wurde am 3. Juni 1927 als fünftes Kind der Eheleute Martin und Helene Rugullis, geborene Skrabs, in Schwentwokarren/Kreis Memel geboren, wo er von 1934 bis 1942 auch die einklassige Volksschule besuchte. Eine erfolgreich abgeschlossene Landarbeits- und Landwirtschaftslehre auf dem elterlichen Bauernhof schloss sich an, bevor er im Oktober 1944 nach Charlottenhof, Kreis Samland, fliehen musste. Einen Monat später wurde Ewald Rugullis zum Volkssturm einberufen. Im Januar 1945 in die Wehrmacht übernommen, nahm der junge Mann an Kampfeinsätzen in Königsberg und im Samland teil. Nach Kriegsende geriet Ewald Rugullis in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er erst am 3. April 1949 wieder entlassen wurde.

In Moide, Kreis Soltau, fand Rugullis seine Eltern wieder. Durch seinen Vater, der die memelländischen und ostpreußischen Landsleute seiner Region um sich sammelte, bekam er erste Kontakte zu Heimat- und Memellandgruppen.

Im Juni 1949 zog Ewald Rugullis nach Meiste im Kreis Lippstadt um. Am Ende seiner Umschulung als Maurer legte er im Dezember 1951 die Gesellenprüfung ab. Dem Umzug nach Düsseldorf im März 1952 folgte bis 1954 der Besuch einer Abendschule für Bautechniker, nach deren erfolgreichem Abschluss Rugullis weiterhin als Vorarbeiter, Polier und Bauführer arbeitete. Ab 1958 war Ewald Rugullis als Bauingenieur (Hochbau) in drei Architekturbüros freiberuflich beschäftigt. Von Juni 1971 bis zu seinem Eintritt in den wohlverdienten Ruhestand im Juni 1992 arbeitete er schließlich als selbständiger und freischaffender Architekt.

Verheiratet war Ewald Rugullis seit dem 9. August 1957 mit seiner Frau Ruth, geb. Müncheberg. Die beiden Töchter Bettina und Antje wurden 1960 und 1964 geboren. Ewald Rugullis ist Großvater einer Enkeltochter. Im Januar 2006 ist seine Ehefrau Ruth nach langer, schwerer Krankheit verstorben. Seither wird er von den Kindern und Freunden fürsorglich umsorgt.


Ewald Rugullis Bild: J. Heitmann

In seiner Freizeit engagierte sich Ewald Rugullis bereits früh für das Memelland und für Ostpreußen. Im März 1952 war er Mitbegründer der Memellandgruppe Düsseldorf. Er gehörte ab 1953 dem Vorstand der Jugendgruppe und seit 1956 dem Vorstand der Memellandgruppe als Beisitzer an, bevor er 1964 zweiter Vorsitzender der Memellandgruppe Düsseldorf wurde, in der er auch zeitweise als Schriftführer und Kassierer tätig war. Von 1981 bis 2004 stand Ewald Rugullis schließlich der Memellandgruppe Düsseldorf als erster Vorsitzender vor.

Auch in der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM) wirkte Ewald Rugullis lange Jahre aktiv mit. So war er von 1981 bis 1991 Mitglied im Schlichtungsausschuss des Bundesvorstandes der AdM, von 1988 bis 1998 zweiter Stellvertreter im Bundesvorstand und von 1993 bis 1995 Vorsitzender Bezirk West der AdM. Mit seinem Heimatbuch „Erinnerungen an ein deutsches Grenzland an der Memel“ hat er einen Markstein der Heimatverbundenheit gesetzt.

Seit 1954 ist Ewald Rugullis Mitglied der Kreisgruppe Düsseldorf der Landsmannschaft Ostpreußen. 1972 wurde er zudem zum stellvertretenden Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Memel-Land gewählt, der er von 1989 bis 2012 als Kreisvertreter vorstand. Als langjähriges Mitglied der Ostpreußischen Landesvertretung, des obersten Beschlussgremiums der Landsmannschaft Ostpreußen, wirkte Ewald Rugullis harmonisierend und war stets um den Ausgleich bemüht.

1958 gegründete er in Düsseldorf die Lagergemeinschaft „Schichau“. Sie ist in ihrer eigenen Art, und der Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen, beispielhaft in der Bundesrepublik Deutschland. Ewald Rugullis arbeitet bis zum heutigen Tage als Vorsitzender und Betreuer für diese Organisation.

Im Sommer 1988 war Ewald Rugullis der erste Besuch der memelländischen Heimat und des elterlichen Hofes nach der Flucht möglich. Zahlreiche weitere Besuche und humanitäre Hilfen folgten bis zum heutigen Tag.

Daneben bekleidete Rugullis zahlreiche weitere Ehrenämter. So ist er beispielsweise seit 1973 Vorstandsmitglied des Bürgervereins

In zahlreichen Funktionen stets um Harmonie bemüht

Hilden-Meide. In dieser Funktion nimmt er seit Jahrzehnten aktiv an den kommunalpolitischen Geschehnissen der Stadt Hilden, parteipolitisch neutral, teil.

Ewald Rugullis hat für seine umfangreiche ehrenamtliche Arbeit zahlreiche Ehrungen erhalten. Dem „Ehrenzeichen der AdM“ im Silber (1977) folgten unter anderem das „Silberne Ehrenzeichen der LO“ (1981), das „Ehrenzeichen der AdM“ in Gold (1993) sowie die „Verdienstmedaille der AdM“ in Silber (1998) und in Gold (2004).

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Ewald Rugullis das Goldene Ehrenzeichen. *P.W.*

Ostpreußisches Landesmuseum: »Winter in Ostpreußen«

Vortrag von Dr. Christoph Hinkelmann: Dienstag, 17. Dezember, 14.30 bis 16.30 Uhr. – Die langen und harten Winter in Ostpreußen sind legendär, sie prägten das Land und die Menschen. In der Provinz Ostpreußen begann er im Oktober und wirkte sich bis in den Mai hinein aus. Die Menschen passten sich dem Rhythmus der Natur an und nutzten die Vorteile des Winters auf ihre Weise. Die vereisten Wasserflächen ermöglichten die Klapper- oder Eisfischerei, im 20. Jahrhundert wurden Eishockey und Eissegeln beliebt. Nehrungsfischer schnitzten ihre kunstvollen Bootswimpel. In der Landwirtschaft kehrte Ruhe ein, im Wald wurde Holz eingeschlagen. Der Winter war die Zeit großer Gesellschaftsjagden und rauschender Feste.


Ostpreußisches Dorf im Kreis Rominten Bild: Steinfatt

Traditionelles, zum Teil aus preußischer Zeit stammendes Brauchtum wurde mit christlichen Elementen vermischt und auf dem Land gepflegt. Beliebt-berüchtigt war zum Beispiel der Schimmelreiterzug in den „Twelvten“, den heiligen 12 Tagen um das Weihnachtsfest. Eintritt 5 Euro (inklusive Kaffee, Tee und Gebäck).

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0.

Trumpf im Ärmel

Altenburg ist Hochburg des Skat-Spiels. Seit 200 Jahren wird dort gereizt, bis der Skat-Richter kommt

Wo heute gepokert wird, wurde früher Skat „gekloppt“. Vor allem in der Nachkriegszeit erlebte das Kartenspiel seine Blüte. Mit Skat haben sich Millionen Deutsche daheim, in verrauchten Kneipen oder in der Mittagspause ihre Zeit vertrieben haben. In Altenburg wird Skat ewig modern bleiben. Denn dort wurde es erfunden.

Die ostthüringische Kleinstadt Altenburg scheint von den Kirchturmspitzen bis zum Bürgersteig auf Skat eingestellt zu sein. Spielkartensymbole auf den Gehwegen zeigen an, dass man sich auf dem Skatpfad befindet. Und das weithin sichtbare Wahrzeichen Altenburgs heißt „Rote Spitzen“. Damit sind allerdings nicht Herz- und Karo-Bube gemeint, sondern zwei Türme aus rotem Backstein, die weitaus älter als das vor 200 Jahren erfundene Skatspiel sind. Diese Doppelturmanlage ist der stolze Rest eines Klosters, das Kaiser Friedrich I. Barbarossa stiftete. Bei der Weihe der Klosterkirche anno 1172 war er anwesend. Eindrucksvolle Baudenkmäler aus rund 1000 Jahren prägen das Erscheinungsbild der ehemaligen Residenzstadt der Fürsten aus dem Hause Wettin.

Weltberühmt aber ist Altenburg als Wiege des Skatspiels. Dessen 200 Jahre zurückliegende Ersterwähnung findet sich in einer Spielkladde des Hans Carl Leopold von der Gabelentz. In dieses Büchlein hat der damalige Regierungsrat und spätere Kanzler von Sachsen-Gotha-Altenburg in den Jahren 1798 bis 1829 seine Gewinne und Verluste beim Kartenspiel notiert. Gerd Matthes berichtet: „Am 4. September 1813 taucht in der Liste zum ersten Mal ein Spiel namens ‚Scat‘ auf.“

Der gebürtige Altenburger Matthes ist Spielkartensammler, Skathistoriker und Produktmanager der den deutschen Markt beherrschenden örtlichen Spielkartenfabrik. Ende der 1980er Jahre entdeckte er im Familienarchiv derer von der Gabelentz die Spielkladde. Er vermutet, dass das Skatspiel „in der Gabelentzschen Gesellschaft wohl nicht erfunden, jedoch in seiner frühen Entwicklung bedeutend beeinflusst wurde“. Zu den Mitspielern des Regierungsrats gehörten der Hofgerichtsadvokat Friedrich Ferdinand Hempel und der Verleger Friedrich Arnold Brockhaus.

Dabei war Skat keine Neuerfindung, sondern ein Mix anderer Spiele. Vom Solo-Spiel wurde das Blatt mit 32 Karten übernommen. Vom L'hombre stammt das Reizen. Schafkopf lieferte den Wert der vier Wenzel, auch Unter oder Buben genannt. Vom Tarock kommt das Weglegen zweier Karten, auf Italienisch „scartare“, woraus „Skat“ entstand.

Skat gilt als Intelligenzspiel, dessen Könner neben dem Kartenglück auf strategisches Denken, Kopfrechnen und Erinnerungsvermögen setzen. Nach Schätzung des in Altenburg ansässigen Deutschen Skatverbandes spielen in Deutschland rund 19 Millionen Männer und etwa eine Millionen Frauen mehr oder weniger regelmäßig Skat. Doch gilt das Reizen, Drücken und Stechen bei der Mehrheit der Jugendlichen als „uncool“. So beurteilt das jedenfalls Jan Ehlers, für das Marketing zuständiger Vizepräsident des Deutschen Skatverbandes. Schatzmeister Hans-Jürgen Homilius ergänzt: „Es gibt Nachwuchsprobleme, und die Älteren machen die Mücke.“ Derzeit hat der Skatverband rund 26 000 Mitglieder. Vor 14 Jahren waren in ihm noch über 37 000 Männer und Frauen organisiert.

Doch noch ist das Skatspiel eine quicklebendige Tradition. In Altenburg gehört sie zum Stadtbild, wie man entlang des „Skatpfades“ erleben kann. Startpunkt ist der Roßplan-Platz. Im Hotel am Roßplan tagt das Internationale Skatgericht, dem pro Jahr rund 400 Streitfälle vorgelegt werden. Im Hotelrestaurant werden Thüringer Spezialitäten wie der Schmöllner Mutzbraten serviert. An den gehört Senf. Geliefert wird er vom in der Altstadt gelegenen „Weltmeister-Senfladen“. Er hat 300 Sorten Mostrich aus eigener Produktion im Angebot, darunter den mittelscharfen „Skatsenf“. Im Laden kann man sich eine Thüringer Bratwurst kaufen und etliche Senfkompositionen durchprobieren, etwa den süß-scharfen „Barbarossa-Senf“ oder den würzig mittelscharfen „Ostpreußen-Senf“. Vom Senfladen ist es nicht weit bis zum Hauptmarkt mit seinem prachtvollen Renaissance-Rathaus.

Am Hauptmarkt hat der „Skatpfad“ gleich mehrere Stationen: den Sitz des Deutschen Skatverbandes, das als „wahrscheinliche Wiege des Skatspiels“ bezeichnete Stadtpalais des Herrn von der Gabelentz und die Touristen-Information, die zugleich der Spielkartenladen mit Deutschlands umfangreichstem Sortiment an neuen und antiquarischen Kartenblättern ist.

Die Hauptattraktion aber erwartet den Skatpilger auf Altenburgs ältestem Marktplatz, dem „Brühl“. Dort steht das weltweit einzige Denkmal, das einem Kartenspiel geweiht ist: der Skatbrunnen. Auf ihm raufen vier bronzene Wenzel. Zwei Schweineköpfe aus Bronze speien Wasser, das magische Kräfte entfalten soll. Die Skatspieler taufen damit ihre Karten und sagen den Spruch: „Saukopf spukke auf mein Blatt, dass ich Glück im Skatspiel hab.“ Anschließend gilt es, einen Taufschnaps der Marke „Altenburger Brunnenwasser“ zu kippen. Die Brunnenfiguren wurden 1903 von dem Münchener Kunstprofessor Ernst Pfeifer entworfen. Beraten ließ er sich von einer Altenburger Künstlergröße: dem „Pix“ genannten Bildhauer und Maler Otto Pech.

Berühmt ist „Pix“ als Schöpfer der „Skatheimat“. Dieser Raum ist die Keimzelle des vor genau 90 Jahren eröffneten, ältesten Spielkartenmuseums der Welt. Die Wände der Skatheimat sind mit einer Landschaft bemalt, in der sich Spielkartenfiguren der Liebe und der Jagd hingeben. Vom Himmel hängen die deutschen Kartenfarben Herz und Schelle, Eichel und Grün herab. Darüber hinaus ist Otto Pech Erfinder eines berühmt-berüchtigten Kartenspiels: Es heißt „Schwarzer Peter“. *Veit-Mario Thiede*

Bild: pa

Skatclub „Grand“: Häufig endet die gesellige Runde im Streit. Wer sich nicht einig wird, kann sich an das internationale Skatgericht in Altenburg wenden, das pro Jahr etwa 400 Fälle schlichtet

Zu Weihnachten wird georgelt

Sie prägt noch immer das Bild in Fußgängerzonen und auf Weihnachtsmärkten: die Drehorgel, ein Glanzstück der Mechanik. Die oft liebenswerten Originale an der Kurbel, die altvertrauten Leierkastenmänner, vermitteln uns ein Stück Nostalgie in einer Welt aus Neon und Elektronik.

Als Hauptstadt des Orgelbaus gilt das baden-württembergische Waldkirch, wo bereits im Jahr 1999 das 200. Jubiläum gefeiert wurde. Bis zum Ersten Weltkrieg stieg Waldkirch fast konkurrenzlos zur europäischen Orgelbaumetropole auf: Kirchenorgeln, Karussellorgeln sowie Drehorgeln wurden von dort aus in die ganze Welt geliefert.

Viele Drehorgelfreunde pflegen ihre Leidenschaft für die Leierkästen in Vereinen. Die Internationalen Drehorgelfreunde Berlin zum Beispiel zählen 250 Mitglieder. Davon leben 70 in Berlin, der Großteil jedoch über den ganzen Rest der Republik verstreut. Einzelne Mitglieder kommen auch aus anderen Ländern Europas sowie den USA.

Schwerpunkt der Drehorgel ist jedoch Deutschland. Interessanterweise wurden in den letzten 30 Jahren sogar mehr Drehorgeln gebaut als noch vor 100 Jahren. In Deutschland gibt es etwa 1500 aktive Leierkästen.

An der handgefertigten Herstellung einer Drehorgel mit bis zu über 100 Pfeifen ist ein Mitarbeiter zwischen 14 Tagen bis zu einem knappen halben Jahr beschäftigt. Die Bauzeit variiert je nach Größe und Ausstattung des Gehäuses. Je nach Ausstattung kann ein solches Instrument über 30 000 Euro kosten, in einfacher Ausführungen um die 1600 Euro.

Der Ursprung der Drehorgel ist nicht eindeutig belegbar. Viele sehen in Pater Athanasius Kirchner (1601–1680) den Erfinder.

Deutscher Pater gilt als Erfinder

Der aus Deutschland stammende Jesuit war mit der Aufsicht über die vatikanischen Museen beauftragt. In seinen lateinischen Schriften gibt er exakte Anleitungen, wie die Walze einer mechanischen Orgel aussehen sollte. Damals hießen die Leierkästen „Organo portatile“, also „tragbare Orgel“. Da viele Kirchen aus Geldmangel keine richtige Orgel besaßen, erklang in den Gotteshäusern häufig eine Drehorgel.

Gaukler, Artisten oder Kriegsinvaliden verdienten sich ihren Lebensunterhalt sozusagen im Handumdrehen an der Kurbel. Viele Drehorgelspieler platzieren noch heute ein Plüschäffchen an ihrem Instrument. Dies soll an die Zeit erinnern, als umherziehende Musikanten oft von einem Kapuzineräffchen begleitet wurden, das meist Münzen beim Publikum sammelte.

Mit der heutigen Nostalgiewelle kommt der Leierkasten wieder in Mode. Die glorreiche Geschichte des handbetriebenen Musikkastens ist in verschiedenen Museen zu besichtigen, so im Heimatmuseum „Fürstenberger Hof“ in Unterhammersbach, in der Waldkirche Orgelstiftung, im Etztalmuseum in Waldkirch, im Triberger Schwarzwaldmuseum, im Deutschen Musikautomatenmuseum in Bruchsal, im Technik Museum Speyer, in Siegfried's Mechanischem Musikkabinett in Rüdesheim, in Königslutter oder das Drehorgelmuseum in Marienheide-Kempershöhe. Manche Enthusiasten kaufen sich das Instrument auch, um vor der Familie als kurbelnder Weihnachtsmann die Festtagsstimmung anzuheizen. *Joachim Feyerabend*

Die heilen Christkinder vom Gardasee

Deutsche Restauratorin schließt die „Wunden“ wertvoller Jesusfiguren und stellt sie in einem Museum aus

Der Anblick des Kindleins war herzergreifend, ihm fehlten sämtliche Finger und Zehen“, erzählt Hiky Mayr, eine deutsche Kunstsammlerin, die seit über 35 Jahren Jesuskind-Skulpturen sammelt und restauriert. In Gardone Riviera am westlichen Ufer des Gardasees lebt sie mit ihrem Mann, dem Hotelier Rudy Mayr. Die ganze Familie, einschließlich der zwei Kinder, arbeitet im eigenen Hotel „Il Grand Hotel Fasano“. Und hier hat auch alles angefangen.

Mayr war vor vielen Jahren auf der Suche nach Dekorationsobjekten für ihr Hotel. Bei einem Antiquitätenhändler fielen ihr zwei nackte Holzbeinchen auf, die schmutzig und voller Abschürfungen zwischen allerlei altem Gerümpel hervor lugten.

„Wem gehören denn diese Beinchen?“, fragte sie den Händler. Nach seiner Antwort „dem Jesuskind“ war es um Mayr geschehen. Mit viel Mühe stellte sie die Figur wieder her zum heute schönsten Schmuckstück ihrer Sammlung. Seit dem Ereignis sammelt sie und widmet sich leidenschaftlich der Restaurierung der alten Figuren. Seit 2005 kann man sich diese im „Museo Il Divino Infante“ in Gardone ansehen. Inzwischen folgten zahlreiche Ausstellungen in italienischen und ausländischen Museen. Mayrs Buch „Il Bambino Gesu – Italienische Christkinder“ wurde zu einem Standardwerk für Liebhaber. Die Resonanz des Publikums auf ihre Leidenschaft ist durchgehend so positiv, dass die Kunstliebhaberin nun auch über ein Restaurierungslabor in ihrem Museum nachdenkt, um Praktikanten zu schulen. Kurse über die Anfertigung kleiner Jesuskind-Skulpturen könnten das öffentliche Bewusstsein für dieses nationale Kulturgut Italiens schärfen.



Wohlgenährt: Restaurierter Putto — Bild: Museo Il Divino Infante

Schon in vorchristlicher Zeit taucht in verschiedenen Religionen eine Art „göttliches Kind“ auf und bereits um 40 vor Christus sang der römische Dichter Vergil in seiner Hirtendichtung „Bucolica“ vom kommenden Gottessohn: „Schon wird neu ein Spross gesandt aus himmlischen Höhen … Auf denn, Knabe, du kleiner.“

Die Verehrung des Jesuskindes geht weit ins Mittelalter zurück, aber auch in der Neuzeit findet man zahlreiche Zeugnisse, die die Verehrung des göttlichen Kindes belegen. Zuhauf stellte man sie her im christlichen Abendland in der Zeit zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert. Als drei besonders berühmt gewordene Beispiele seien hier nur das Loreto-Kindl von Salzburg, das Prager Jesulein und das Santo Bambino in Ara Coeli, Rom zu nennen.

Der zumeist nackten Darstellung des Gottessohnes im 15. Jahrhundert schloss sich danach ganz zeitgemäß im Sinne des Barocks eine prunkvolle Ausstaffierung der Figuren in Samt und Seide an. In Kirchen und Klöstern konnte man sie bewundern.

Ein Trösterlein beim Eintritt ins Kloster

Der Adel bettete sie in der hauseigenen Kapelle, und selbst in den Hütten der armen Bevölkerung waren sie zu finden. In ganz Europa gab es den Brauch, jungen Frauen vor dem Eintritt ins Kloster ein Christkind als sogenanntes Trösterlein mitzugeben. Die Bräute Christi konnten so ihre unterdrückten Wünsche nach Mutterschaft durch zärtliches Umsorgen eines kleinen Bambino Gesu kompensieren.

Das Museum in Gardone ist das einzige Haus weltweit, das über eine so bedeutende Sammlung an Jesuskind-Figuren verfügt. Die Ausstellung belegt mit jedem Stück die Techniken, Materialien sowie die Verwendung und die Ikonografie der Skulpturen. Hauptsächlich dargestellt werden Figuren des göttlichen Kindes Jesu, in einigen Fällen auch die weibliche Form des Marienkindes. In Norditalien, vor allem der Lombardei, behauptete sich zusätzlich der Kult des äußerst selten zu findenden weiblichen Marienkindes.

Alle kunstvollen Objekte sind Einzelstücke und sicherlich keine Krippenfiguren. Die Größe der Statuen von 60 bis 90 Zentimeter bei stehenden und 50 bis 70 Zentimeter bei liegenden Skulpturen spricht dagegen.

Nackt oder gewickelt, in prunkvollen Kleidern oder schlicht, aus Holz, Wachs, gebranntem Ton oder Pappmaché. Mayr achtete in allen Details auf originalgetreue Restaurierung unter Berücksichtigung überlieferter Techniken.

„Dazu war es nötig, jede Menge Bücher zu lesen und etliche Experten zu Rate zu ziehen,“ sagt die Restauratorin und hofft, dass viele neue Gäste ihr Museo Il Divino Infante besuchen werden. Und das nicht nur zur Weihnachtszeit. *Silvia Friedrich*



Mehr als Logik

Welt der Zahlen als Abenteuer

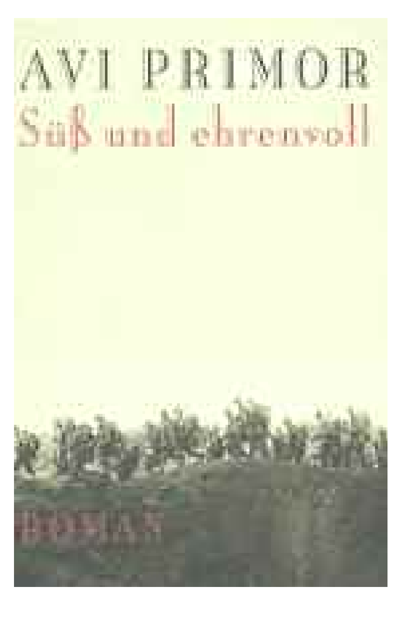
Beruflich, als Vortragender und Publizist widmet sich der österreichische Mathematiker Rudolf Taschner engagiert der Welt der Zahlen und mathematischen Formeln. Dem Professor für Mathematik an der TU Wien ist daran gelegen, dass sein Fachgebiet nicht als Disziplin der kalten Logik wahrgenommen wird, sondern, gemäß seiner tatsächlichen Bedeutung, als kulturelle Errungenschaft. In seinem jüngsten Opus mit dem Titel „Die Zahl, die aus der Kälte kam. Wenn Mathematik zum Abenteuer wird“ schöpft er erneut aus seinem umfassenden, fachübergreifenden Wissen. So allgemein verständlich wie möglich, so tiefschürfend wie nötig präsentiert er eine kleine Kulturgeschichte des Rechnens und der elektrischen Zahlenmaschinen, befasst sich mit „geheimnisvollen Zahlen“ und lüftet das Geheimnis der Spionage-Codes von Nachrichtendiensten. Die Codes basieren auf großen Primzahlen, und aus diesem Grund spielt auch der Buchtitel auf den Krimi „Der Spion, der aus der Kälte kam“ von John le Carré an. Allerdings: Bei dem Potenzieren von Potenzen und bei einigen aus gutem Grund überwiegend in den Fußnoten versteckten Formeln geht der Autor über die Dimension dessen hinaus, was ein zwar wissbegieriger, aber mit der Materie eher wenig vertrauter Leser noch zu begreifen vermag.

Der Autor verharrt aber nie allzu lange bei den „nackten Zahlen“. Er trägt Anekdoten über die großen Denker vor, in denen ihre Eigenarten, Schrullen und ihre Streitigkeiten aufs Korn genommen werden. Zuletzt geht es noch um die Frage: Kann die Mathematik irgendwann die Grenzen der menschlichen Erkenntnis hinter sich lassen, die bislang als unüberwindbar gelten? Tatsächlich stellte sich bei einigen Genies, denen der Durchbruch auf gewissen Problemfeldern der Mathematik gelang, der Anspruch auf Allwissenheit ein. Zu ihnen gehörte David Hilbert (1862–1943), der aus Königsberg stammte und ab 1895 mit großer Strahlkraft als Professor in Göttingen wirkte. 1930 hielt Hilbert eine Ansprache, die im Radio übertragen wurde und als Schallplattenaufnahme erhalten ist. Hilbert bezeichnete die Mathematik als ein Instrument zur Vermittlung zwischen Theorie und Praxis, zwischen Denken und Beobachten. Damit nannte er wohl eine der besten aller möglichen Definitionen dessen, was Mathematik ist oder sein kann. Und er schlug sich entschieden auf die Seite derjenigen Naturwissenschaftler, die ein „Ignorabimus“ – die Annahme, dass niemals die Grenzen überwunden werden können, die den Menschen von der „Allwissenheit“ trennen – nicht tolerieren wollten. Hilbert schloss seine Rede mit den Worten: „Wir müssen wissen, wir werden wissen.“ Diesen hehren Anspruch untergrub etwas später der Österreicher Kurt Gödel (1906–1978), indem er durch eine neue Methode nachwies, das Hilbert mit seinem Programm, jedenfalls in dieser Hinsicht, in einer Sackgasse gelandet war.

Vom Königsberger David Hilbert inspiriert

So nimmt man als Leser staunend teil an den Debatten über eine höchst komplexe und komplizierte Thematik. Das ist nicht minder spannend als die auf den Punkt gebrachten Geschichten über Gelehrte wie Archimedes (287–212 v. Chr.) und Adam Riese (1492–1559) sowie über die Vermessung der Erde. Interessante Querverbindungen zur Gegenwart finden sich in den Kapiteln „Zahl und Schrift“ und „Nicht Rechnen, Schätzen will gelernt sein“. Gefragt, was Mathematik sei, bekennt sich Taschner zur Auffassung von Hermann Weyl (1855–1955), einem Schüler von Hilbert: „Mathematik ist die Wissenschaft vom Unendlichen.“ *D. Jestrzemski*

***Rudolf Taschner: „Die Zahl, die aus der Kälte kam. Wenn Mathematik zum Abenteuer wird“**, Hanser, München 2013, geb., 244 Seiten, 20,50 Euro*



Im Westen viel Neues

Avi Primor legt überzeugenden Roman zum Ersten Weltkrieg vor

Erich Maria Remarques ‚Im Westen nichts Neues‘ hat einen neuen Gefährten gefunden, wundersamerweise einen Gefährten aus Israel.“ Mit diesen Worten leitete die Journalistin Franziska Augstein die Verleihung des Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis der Stadt Osnabrück an Avi Primor ein. Primor, der von 1993 bis 1999 israelischer Botschafter in Deutschland war, ist bisher nur als Sachbuchautor in Erscheinung getreten. Mit dem nun geehrten Titel „Süß und ehrenvoll“ hat er seinen ersten Roman veröffentlicht und damit gleich eine überzeugende Arbeit vorgelegt, die einem Vergleich mit Remarques Kriegsepos nicht zu scheuen braucht.

Der 1935 geborene Sohn einer 1932 nach Israel emigrierten Jüdin aus Frankfurt am Main hat die Heimatstadt seiner Mutter als Ausgangspunkt seiner Geschichte gewählt. Hier lebt eine seiner beiden Hauptfiguren. Schnell wächst dem Leser Ludwig Kronheim ans Herz. Der junge Jurastudent, der trotz seiner Liebe zu Karoline 1914 sofort vom Kriegsfieber erfasst wird, bezieht genau wie sein Vater den Satz von Kaiser Wilhelm II., „Ich kenne keine Parteien mehr, kenne nur noch Deutsche“, auch auf die Juden. Er sieht den Krieg als Chance, seine patriotische Pflicht zu tun und zu beweisen, dass er als Jude genauso Deutscher ist wie alle anderen auch. Aber auch Louis Naquet, ein junger jüdischer Bäckersohn, zieht in den Krieg, um seine patriotische Pflicht zu tun, nur eben auf französischer Seite.

Eindringlich schildert der Autor die ernüchternden Erlebnisse der beiden jungen Männer an der Front. Der Leser leidet bei der Lektüre über lange Märsche ohne Essen und Trinken sowie Schlaf mit ihnen, fühlt die Erniedrigung, den Stuhlgang vor Kameraden im Wald verrichten zu müssen, erträgt den Geruch der vielen ungewaschenen Männer kaum, der zudem bald von Verwesungsgeruch übertrumpft wird.

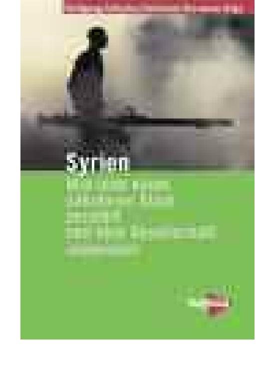
Vor allem Ludwigs Briefe an Karoline, in denen er Alltagssituationen an der Front schildert, zeigen, dass Primor sorgfältig recherchiert hat und die gelesenen Fakten auch in einem bewegenden Rahmen darbieten kann. Einzig das Thema Töten umgeht er trotz sonst so drastischer Darstellung des Stellungskrieges. Dafür baut er eine zweite Front auf, an der Ludwig zu kämpfen hat, denn Karoline ist Christin und ihre sonst so liberalen Eltern sind gegen eine Beziehung der beiden, die übrigens auch Ludwigs Vater nicht begeistert.

Ein deutscher und ein französischer Jude als Hauptfiguren

In der ersten Hälfte des Buches liegt der Schwerpunkt auf Ludwig. Dann wechselt Primor jedoch regelmäßiger zwischen den Erlebnissen des Deutschen und des Franzosen Louis. So erfährt der Leser, dass nicht nur der deutsche Jude mit antisemitischen Vorurteilen zu kämpfen hat. Doch während Ludwig anfangs dachte, der Krieg hätte die Diskriminierung der Juden beendet, erfährt er 1916, während er sich im Lazarett von einer Verwundung erholt, davon, dass alle an der Front dienenden Juden gezählt würden. Primor baut Ursache und Wirkung dieser Maßnahme, die Folge einer antisemitischen Stimmung in der Bevölkerung, aber auch im Offizierskorps gewesen sei, geschickt in die Dialoge seiner Figuren ein. Auch verdeutlicht er anhand von Ludwigs Erlebnissen an der Ostfront mit osteuropäischen Juden, wie wenig jüdisch die meisten deutschen Juden damals überhaupt noch waren. Zugleich integriert er einige reale Juden der Zeitgeschichte in seine Romanhandlung, so zum Beispiel den Jagdflieger Wilhelm Frankl, Friede Friedmann, die 1933 durch einen Brief an Reichspräsident Hindenburg Bedeutung erlangte, oder den Chemiker Fritz Haber und seine Frau Clara Immerwahr, die nach dem Ersteinsatz des von ihrem Mann erfundenen Giftgases Selbstmord beging.

Je mehr sich das Ende des Buches nähert desto neugieriger fragt sich der Leser, wie denn nun das zu erwartende Aufeinandertreffen von Ludwig und Louis ausgehen wird, denn schließlich stehen sich dann nicht nur ein deutscher und französischer Soldat gegenüber, sondern auch zwei Juden. Doch Primor meidet jeden symbolträchtigen Versöhnungskitsch, sondern bleibt ohne jedes Pathos knallhart realistisch. Und auch am Schluss, als Karoline ihre Zwillinge in den Armen wiegt, gönnt der Autor seinen Lesern kein versöhnliches Ende, denn es folgen noch einige Sätze über Hindenburg und Marshall Philippe Pétain. *Rebecca Bellano*

***Avi Primor: „Süß und ehrenvoll“**, Quadriga, Köln 2013, geb., 382 Seiten, 19,99 Euro*



Wird Syrien islamisiert?

Autoren bieten verschiedene Sichtweisen des dortigen Konfliktes

Die meisten der deutschen Autoren dieses Sammelbandes waren früher für die SED, später für „Die Linke“ tätig, und mitunter liest sich ihr Werk wie ein kommunistischer Schulungsbrief: Da ist von „Klassengebundenheit“ des islamischen Fundamentalismus die Rede, davon, dass Muslimbrüder der „Rammbock gegen die sich entwickelnde Arbeiterbewegung“ seien. Doch immer wieder findet man auch brauchbare Basisinformationen. So etwa, dass in Syrien 26 ethnische und/oder religiöse Gruppen lebten, deren Abgrenzungen aber unwichtig seien, so Nahost-Kennerin Karin Leukefeld: „Der Graben in Syriens Gesellschaft verläuft bis heute zwischen der städtischen, modernen und zumeist westlich orientierten und einer ländlichen Bevölkerung, deren Wert und Verhaltensweisen oft mittelalterlich anmuten.“ Durch islamischen Fundamentalismus würde alles schlimmer, denn der führe zurück zu ahistorischer Primitivität, meint der Ägypter Mandouh Habashi. „Der heutige Tag wird aus einer Perspektive analysiert, die vor 1500 Jahren gültig war ... Das macht es absolut unmöglich, heutige Politik zu verstehen.“

Über die Politik in Syrien können sich auch die Buchautoren nicht einigen. Ist es unter der Führung von Baschar al-Assad ein säkularer Staat mit religiöser Toleranz und Rechtssicherheit oder ein „durch Korruption, Gewalt, Folter und schwere Menschenrechtsverletzungen diskreditiertes Regime“? Sind die Assad-Gegner eine „gewaltfreie Opposition“, die den „völkerrechtlichen Status einer Befreiungsbewegung“ verdiente, oder sind sie „kriminelle Söldner“, die von Katar und Saudi-Arabien geschickt wurden? Und ist der Zeitpunkt für Lösungen bereits versäumt, da doch Milizen in ihrem Dorf oder Stadtviertel kämpfen, „aber nicht für ein vereintes Syrien“? Da sind selbst die Herausgeber überfragt und raten zu „genauem Hingucken“.

Genau hingeguckt auf Israel hat Karin Kulow, vormals tätig am „Institut für Internationale Arbeiterbewegung“. Mit dem Land befindet sich Syrien weiterhin im Kriegszustand, kann es aber nicht mehr von den Golanhöhen aus beschießen und öffnet darum Al-Kaida Grenzen und Waffenarsenale. Die Türkei betrachten Norman Paech und Erhard Crome. So habe Ankara vor allem nur Angst, dass in einem zerfallenden Syrien die Autonomie der Kurden im syrisch-türkischen Grenzgebiet gestärkt würde.

Das Buch schließt mit einem „Who is Who in der syrischen Politik“, bei dem das empfohlene Hingucken besonders angebracht ist, um die wenigen soliden Daten herauszufiltern. *Wolf Oschlies*

***Wolfgang Gehrcke, Christiane Reymann (Hrsg): „Syrien. Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert“**, PapyRossa, Köln 2013, broschiert, 187 Seiten, 9,90 Euro*



Im Pulverdampf geboren

Die Geschichte des Deutschen Roten Kreuzes, das von der reinen Soldatenhilfe zum Großunternehmen wurde

Henri Dunant hat in den „Erinnerungen an Solferino“ sein Entsetzen über die Schlacht am 24. Juni 1859 zwischen Österreich und den Italienern samt Franzosen festgehalten: „Eines der schrecklichsten Schauspiele, das sich erdenken lässt. Das Schlachtfeld ist bedeckt mit Leichen von Menschen und Pferden.“ Dunant, von Haus aus keineswegs ein Samariter, war derart betroffen, dass er sofort nach Linderung des Elends trachtete. Sein Appell, in möglichst vielen Ländern Hilfskomitees zu gründen, löste eine Welle der Hilfsbereitschaft aus. In Genf wurde 1863 das Internationale Rote Kreuz (mit farblich umgekehrter Schweizer Flagge als Kennzeichen) gegründet, im selben Jahr entstanden auch in Deutschland erste Hilfsvereine; der Deutsch-Dänische Krieg von 1864 war bereits die erste und erfolgreiche Bewährungsprobe für die preußischen Rot-Kreuz-Mannschaften.

Die 150-Jahrfeiern in diesem Jahr waren Anlass für Stefan Schomanns Buch „Im Zeichen der Menschlichkeit. Geschichte und Gegenwart des Deutschen Roten Kreuzes“. Der als Journalist für zahlreiche Zeitschriften schreibende Autor hat in intensiver Quellenarbeit die Geschichte des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und zu Beginn auch die Gründung in Genf nachgezeichnet. Sein Buch lebt vor allem dadurch, dass er viele persönliche Zeugnisse wie Briefe, Tagebücher und Berichte auswertet. So wird jede Ära der wechselvollen DRK-Geschichte, in der sich ja zwangsläufig die allgemeine Geschichte spiegelt, unmittelbar anschaulich.

Die Absicht, verwundeten Soldaten zu helfen, war lange die Grundidee und rückte in den Weltkriegen auch massiv in den Vordergrund. Aber schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik drängten sich auch zivile Aufgaben wie Sozialarbeit und Wohlfahrtspflege auf. Wie selbstverständlich wurden drängende gesellschaftliche Probleme aufgegriffen, ja für deren Bewältigung ein Monopol gegenüber anderen Organisationen wie etwa Samariter-Bund oder Bergwacht geltend gemacht. Dabei konnten die Rot-Kreuz-Gesellschaften – erst seit 1921 gibt es mit dem Zusammenschluss der einzelstaatlichen Organisationen ein Deutsches Rotes Kreuz – fast immer auf die tatkräftige Unterstützung seitens der Regierenden rechnen.

Aktuelle Probleme bleiben unerwähnt

Schomann bringt viele Beispiele, wie sich totalitäre Regime – Nationalsozialismus als auch die DDR – das DRK gefügig machten und wie sich umgekehrt führende Rot-Kreuz-Repräsentanten für politische Ziele einspannen ließen. Das ist kein Ruhmesblatt in der sonst so anerkennenswerten Geschichte des Roten Kreuzes in Deutschland. Nur zögerlich begann darüber eine Auseinandersetzung.

Heute, im wieder vereinten Deutschland, hat das DRK eine schier überbordende Fülle von Aufgaben: Eine umfassende Wohlfahrts- und Sozialarbeit gründet auf 500 Alten- und Pflegeheimen, 50 Krankenhäuser, knapp 170 Wohnheime, 25 Werkstätten für Behinderte, 1300 Kindertagesstätten, auf der ungemein rührigen Wasser- und Bergwacht, auf dem Blutspendendienst mit etwa 3,5 Millionen Spenden im Jahr und auf Bereitschaftsdiensten mit rund 160 000 Ehrenamtlichen. Für die internationale Hilfe steht ein riesiges Logistikzentrum in Berlin-Schönefeld bereit.

Schomann will bewusst unterhalten, weshalb ein Apparat mit Anmerkungen und Register weggelassen wurde. Kritisch ist jedoch anzumerken, dass jüngste internationale Entwicklungen im Roten Kreuz kaum erwähnt sind. Bei aller Eigenständigkeit der nationalen Gesellschaften geben ja doch Liga und Internationales Komitee in Genf die große Richtung vor, sei es bei Fragen zu Kriegen, zu innerstaatlichen Konflikten, zu Kombattanten und Häftlingen sowie vielem mehr. Davon ist auch das Deutsche Rote Kreuz tangiert, wenigstens im Ansatz hätte darauf eingegangen werden müssen. Überdies ist die Lage in Deutschland selbst gar nicht so rosig, wie es das letzte Kapitel glauben macht; DRK-Präsident Rudolf Seiters verhehlte kürzlich in Berlin seine Sorge um immer weniger Nachwuchs nicht; die Mitgliederzahlen stagnieren, fraglich ist, ob langfristig der derzeitige Stand zu halten ist. *Dirk Klose*

***Stefan Schomann: „Im Zeichen der Menschlichkeit. Geschichte und Gegenwart des Deutschen Roten Kreuzes“**, DVA, München 2013, geb., 385 Seiten, 24,99 Euro*

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

Mit dem Ostpreußenlied

CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiedergegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770





Vom Autor signiert!

Gerd Schultze-Rhonhof
1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte
Geb., 656 Seiten
Best.-Nr.: 2261, € 39,95



Vom Autor signiert!

Hans Fenske
Der Anfang vom Ende des alten Europa
Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914-1919 Kart., 144 Seiten
Best.-Nr.: 7265, € 19,90

Birgit Kelle
Dann mach doch die Bluse zu
Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn
In Deutschland wird heftig diskutiert: über Frauenquote, Krippenplätze, Sexismus, über die Gleichstellung von Mann und Frau. Der eigentliche Skandal ist aber, dass diejenigen, die zu Hause bleiben und unsere Kinder erziehen, die Dummen sind. Warum eigentlich? Es ist doch das gute Recht jeder Frau, ihr Leben so zu leben, wie sie es glücklich macht. War der Feminismus nicht einst genau dafür eingetreten? Auf dem Weg der gleichen Rechte ist etwas verlorengegangen. Nämlich die Freude, einfach Frau zu sein. Dieses Buch ist eine Ermutigung für alle Frauen, die es gerne sind, es zeigen und das auch nicht ständig rechtfertigen müssen. Für Mütter, die gerne Mütter sind und die berufliche Laufbahn hinten anstellen. Sie alle haben in Deutschland keine echte Lobby. Es ist höchste Zeit, gegen den Gleichheitswahn aufzustehen. „Es gibt hunderttausende Frauen wie mich in Deutschland. Frauen, die gerne Frauen sind, es gerne zeigen und das auch nicht ständig diskutieren müssen. Und Mütter, die gerne Mütter sind. Sie alle haben in Deutschland keine Lobby. Für sie ist dieses Buch. Als Bestätigung: Lasst euch nicht von eurem Weg abbringen, es ist gut und richtig, was ihr tut. Ihr dürft das! Und hört endlich auf, euch ständig zu rechtfertigen.“
Birgit Kelle, Geb., 224 Seiten, Best.-Nr.: 7258

€ 17,99

Christopher Clark
Die Schlafwandler
Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog





Bahnbrechende neue Erkenntnisse über den Weg in den Ersten Weltkrieg 1914 Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass das deutsche Kaiserreich wegen seiner Großmachtträume die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug. In seinem bahnbrechenden neuen Werk kommt der renommierte Historiker und Bestsellerautor Christopher Clark (Preußen) zu einer anderen Einschätzung. Clark beschreibt minutiös die Interessen und Motivationen der wichtigsten politischen Akteure in den europäischen Metropolen und zeichnet das Bild einer komplexen Welt, in der gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Expansionspläne und nationalistische Bestrebungen zu einer Situation führten, in der ein Funke genügte, den Krieg auszulösen, dessen verheerende Folgen kaum jemand abzuschätzen vermochte. Schon jetzt zeigt sich, dass "Die Schlafwandler" eine der wichtigsten Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs sein wird.

Geb., 896 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 7259





Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80

Pro Patria, Märsche und Lieder
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

€ 17,95

CD



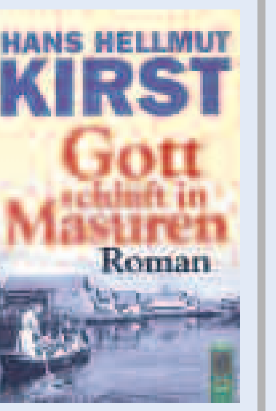
lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Der Preußische Mediendienst wünscht Ihnen eine schöne Adventszeit!

John V. Denson
SIE SAGTEN FRIEDEN UND MEINTEN KRIEG
Die US-Präsidenten Lincoln, Wilson und Roosevelt Herausgegeben und übersetzt von Gerd Schultze-Rhonhof Die deutschsprachigen Leser, die inzwischen fast alle von der Alleinschuld ihrer Eltern und Großeltern an den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts überzeugt sind, und die Japaner, denen die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg im Pazifik zugesprochen wird, werden sich an manchen Stellen dieses Buchs die Augen reiben. Das uns Deutschen innewohnende Bewusstsein von der eigenen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in Europa verstellt uns den Blick auf das, was um Deutschland und Japan herum zur gleichen Zeit verursacht und verbrochen worden ist. Der besondere Reiz dieses Buchs besteht auch darin, dass es von einem US Amerikaner geschrieben worden ist.

Geb., 256 Seiten mit Schutzumschlag
Best.-Nr.: 7266

€ 19,95



Hans Hellmut Kirst
Gott schläft in Masuren
Roman
Geb., 297 Seiten,
Best.-Nr.: 6991, € 18,50

Neuauflage

Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80

Altpreußische Militärmusik aus der Musiksammlung der Königlichen Hausbibliothek im Schlosse zu Berlin

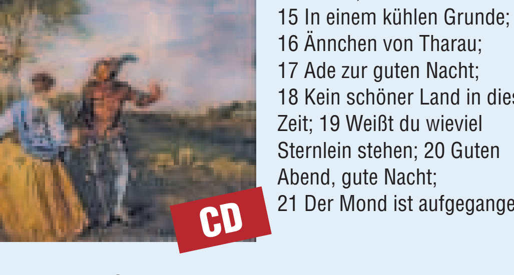
Dirigent: Christian Blüggel
mit Begleitheft
01-12 Regimentsmärsche I
13-15 Dienststücke des Königsregiments
16-23 Musik der Kavallerie
24-27 Dienststücke des Regiments von Selchow
28-43 Feldstücke der Kavallerie
44-47 Feld- und Dienststücke des Regiments von Selchow
48-58 Regimentsmärsche II

Gesamtspieldauer: 69: 46 Min
Best.-Nr.: 7257

CD



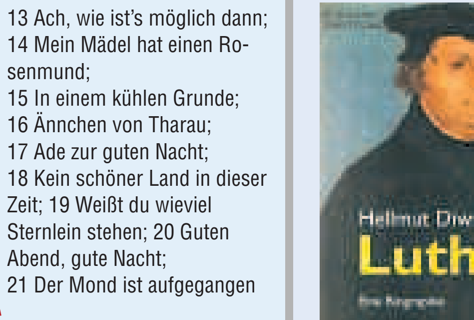
Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen



CD

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95



Neuauflage

Hellmut Diwald
Luther - Eine Biographie
Geb., 454 Seiten
Best.-Nr.: 2729, € 29,80

Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen u. Livland.
Kart., 217 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 2354
statt € 20,00 nur € 9,95

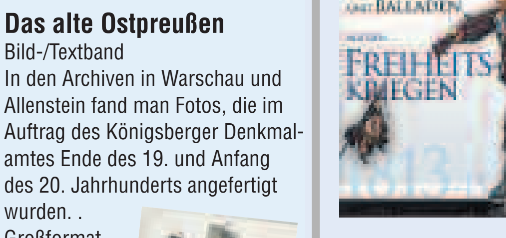
Arno Surminski

Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten.
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973

€ 14,95



Das alte Ostpreußen
Bild-/Textband
In den Archiven in Warschau und Allenstein fand man Fotos, die im Auftrag des Königsberger Denkmalamtes Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts angefertigt wurden. .
Großformat, Geb., 359 Seiten
Best.-Nr.: 6430



€ 19,95



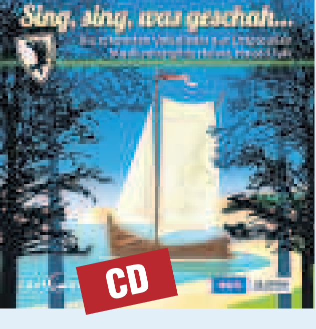
CD

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



Andreas Müller
Schluss mit der Sozialromantik!
Ein Jugendrichter zieht Bilanz
Kart, 240 Seiten
Best.-Nr.: 7262, € 16,99

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, CD Musikantengilde Halver, Harald Falk Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, das Land der Elche und der Trakehner Pferde, das Land, das in unzähligen Büchern und Bildbänden seine Geschichte und seine Geschichten erzählt. Seine Lieder aber kennt man vielleicht aus dem Zupfgeigenhansl, aus dem Brummtopf, dem Liederschrein oder dem Wilden Schwan.
Als in den Jahren 1969 und 1970 die Schallplattendokumentation »Volkslieder aus den deutschen Vertreibungsgebieten« erschien, schrieb Professor Herbert Wilhelmi in den Begleittext über die Lieder aus Ostpreußen: »Der Liedergarten Ostpreußens aber ist besonders reich an Varianten, sowohl der Texte wie der Weisen. Die Daina im Memelande in ihrer transparenten Balladendichtung, die mit wenigen Strichen zeichnend ganze Lebensbilder erstehen läßt, ihre Merkmale tonaler Beziehungen zum griechischen Tonartenkreis, die Kürze der Melodieaussage, alles weist auf Urtypen des Balladengesanges hin, die im mitteleuropäischen Raume längst verklungen sind. Lieder wie ‚An des Haffes ander'm Strand', ‚O käm das Morgenrot' zeigen eine Vielfalt der Volkstemperamente von der Leidenschaft bis zur milden Heiterkeit, die diesem Volksstamme ganz besonders gut steht. Die Lieder der Masuren zeigen ähnliche Kürze in der Form. Häufig nur 6 Takte. Mehrere Lieder sind durch Liedblätter, Liederbücher in der letzten Zeit bekannter geworden, so die Abendlieder ‚Laßt uns all nach Hause gehen' oder ‚Zeit zu geh'n ist's'.



CD

Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203

€ 12,95

Arno Surminski
Jokehnen oder Die Stimmen der Anderen
Wenn im Keller an die fünfzig Aktenordner stehen, in denen Tausende von Leserbriefen gespeichert sind, kommt eines Tages der Gedanke, diese Stimmen der Anderen auf literarisch Bemerkenswertes durchzuschauen. Was haben die vielen Leser zu sagen? Im Mittelpunkt steht der Roman Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland? , der mit Armin Müller-Stahl verfilmt und auch ins Französische, Russische und Schwedische übersetzt wurde. Er hat die Leser bewegt, weil viele darin ihre eigene Lebensgeschichte wiederfanden und er bewegt immer noch.
Alle Briefe auch die kritischen wurden vom Autor beantwortet. Die Stimmen der Anderen und die Antworten sind Gegenstand dieses Buches.
Außerdem wurden zum besseren Verständnis erklärende Texte und Bilder dazugegeben, die das echte Dorf Jokehnen und seine Bewohner sichtbar machen. Jokehnen steht stellvertretend für das Leben in Ostpreußen und für das Trauma von Flucht und Vertreibung die Reaktionen der Leser bilden ein authentisches Geschichtsbild und sind ein Beitrag zur Versöhnung.
Geb., 192 Seiten mit 42 Abbildungen
Best.-Nr.: 7264



Vom Autor signiert

€ 19,95

Elchschaufel-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

statt € 19,95 nur € 14,95

PMD Preußischer Mediendienst
50/13
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Wieder Kirche geschändet

München – Kurz nach einer Kirche in Augsburg wurde nun auch in München ein Gotteshaus mit islamistischen Parolen beschmiert. Täter ist ein arabischer Asylbewerber. 2013 haben Kirchenschändungen in Deutschland stark zugenommen, Höhepunkt war die völlige Zerstörung der Willehadi-Kirche in Garbsen. Andernorts wurden christliche Statuen, Altäre und kleinere Gebetsstätten geschändet. *H.H.*

Techno-Beethoven fürs EU-Image

Brüssel – Auch im EU-Parlament ist man sich inzwischen bewusst, dass die EU vor allem bei jungen Bürgern wenig positive Gefühle auslöst. Daher hatte die sozialdemokratische Fraktion im EU-Ausschuss der Regionen jetzt eine Idee, wie man die jungen Menschen in Europa für die EU begeistern kann. Und zwar soll die Europa-Hymne, Beethovens „Ode an die Freude“, moderner werden. Und so sind EU-Bürger bis zum 14. Februar aufgerufen, ein neues Arrangement einzureichen. *Bel*

ZUR PERSON

Ära der Modernisierer

Nach der Parlamentswahl im Großherzogtum Luxemburg zeichnet sich eine neue Ära ab: Zwar war die Christlich-Soziale Volkspartei (CSV) des bisherigen Regierungschefs Jean-Claude Juncker stärkste Partei, doch fehlte ihr zum Regieren ein Koalitionspartner.

Liberale, Grüne und Sozialdemokraten einte dagegen der Drang, nach fast 19 Jahren im Amt Juncker abzulösen. Großherzog Henri vereidigte den 40-jährigen Liberalen **Xavier Bettel** im Amt des Regierungschefs. Bereits im Alter von 15 Jahren war Bettel der liberalen Demokratischen Partei (DP) beigetreten. 2008 thematisierte er im traditionell katholischen Luxemburg öffentlich seine Homosexualität und setzte sich für die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe ein. Während seiner zweijährigen Amtszeit als Luxemburger Bürgermeister erlangte der studierte Jurist den Ruf eines weltoffenen, stets gutgelaunten Machers, der es versteht, Themen, welche die Menschen bewegen, medienwirksam aufzugreifen. Seine Maßnahmen, etwa zur Bekämpfung überhöhter Taxikosten, zeigten nur mäßigen Erfolg. Im Wahlkampf überraschte Bettel mit der Ankündigung von Sparmaßnahmen, die nun im Koalitionsprogramm neben Reformen der Verwaltung und Steuererhöhungen ihren Niederschlag gefunden haben. Die Wirtschaft will er auf ein breiteres Fundament stellen.



Allerdings zeigt sich bereits, dass die Luxemburger Bettels Reformeifer nicht in jedem Fall teilen: Noch vor der Kabinettsbildung hatten die Koalitionäre verkündet, den Religionsunterricht zugunsten eines allgemeinen Werteunterrichts abschaffen zu wollen. Dagegen protestiert nicht nur die katholische Kirche. 72 Prozent der Bevölkerung wollen die Wahlfreiheit zwischen Religions- und Werteunterricht beibehalten. *MRK*



Fehler gehören wiederholt

Warum Russland unter Quarantäne bleiben muss, wie die CDU ihr Scheitern organisiert, und wie FDP-Chef Lindner ihr nacheifert / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Warum er nicht nach Sotschi fahren will, sagt er nicht. Daher bleiben nur Mutmaßungen darüber, weshalb Bundespräsident Gauck einen Besuch der Olympischen Winterspiele in der südrussischen Stadt ablehnt.

Im Mutmaßen sind die Medien allerdings gut geübt und hatten daher schnell eine plausible Erklärung parat: Russland sei kein wirklicher Rechtsstaat, keine echte Demokratie. Damit wolle sich der vom Kommunismus gezeichnete Präsident die Finger nicht schmutzig machen.

EU-Justizkommissarin Viviane Reding sieht es ähnlich, sie sagt das aber ganz offen und fertigt die Russen barsch ab: Auf keinen Fall wolle sie dahin, Russland gehe nämlich schäbig mit Minderheiten um, ist demnach also kein richtiger Rechtsstaat.

Immerhin hat sie sich verkniffen, die Russen wegen der „Demokratiedefizite“ zu beschimpfen. Das tun die Medien ja schon seit Jahren. Doch in Sachen Demokratie hängt sich eine EU-Kommissarin besser nicht so weit aus dem Fenster, aus gutem Grunde: Dass die EU demokratisch sei, wagen selbst in Brüssel nur noch die Frechsten oder Dümmsten zu behaupten. Putin kann immerhin anbringen, dass er vom Volk gewählt wurde. Aber wer hat Viviane Reding gewählt?

Allerdings ist die EU auch mit dem Rechtsstaat nicht ganz so sattelfest: Wie viele EU-Verträge sind im Zuge der Euro-Krise noch gleich gebrochen worden? Wir haben irgendwann aufgehört, mitzuzählen. In jedem Falle gilt: Hätten die Russen eine solche Reihe an Rechts- und Vertragsbrüchen hingelegt, hätte die Frau Reding denen die Ohren langgezogen!

Das kann man jedoch natürlich nicht miteinander vergleichen. Brüssel macht überhaupt feine Unterschiede: An Länder wie Jordanien oder Mauretanien hat sich die EU schon vor Jahren in einer Mittelmeerunion herangekuschelt. Auf deren „Rechtsstaatlichkeit“ hat man da nicht so genau geguckt, es hätte auch nicht viel zu sehen gegeben. Zur Mittelmeerunion gehört zudem Ägypten, dessen Christen der Frau Reding zum Thema Minderheitenschutz einiges erzählen könnten, wenn sie nicht so sehr damit beschäftigt wären, zu überleben.

Dass Russland anders behandelt wird, hat mit der großen Politik zu tun. Der Großmeister unter den US-Polit-Strategen, Zbigniew Brzezinski, hat schon vor 16 Jahren klargestellt, dass es das unbedingte Ziel amerikanischer Weltmachtpolitik sein müsse, die Bildung eines „eurasischen Blocks“ zu verhindern. Kämen sich EU und Russland zu nahe, geriete der schreckliche Block womöglich in Sichtweite. Das hätte Washington nicht gern, worauf Brüssel und Berlin selbstverständlich Rücksicht nehmen. Schließlich will man sich bei den Bilderbergern ja noch unter die Augen treten können. Aus diesem Grunde gelten für Moskau gewisse Quarantäne-Bestimmungen, ist hier also besondere Strenge angesagt.

> Rompuy kriegt den Karlspreis. Wofür? Das haben wir uns bei Kissinger und bei Trichet auch gefragt

Da ein solcher Block mit China weitaus unwahrscheinlicher ist (Russland liegt ja noch dazwischen), kann man mit Peking viel lockerer umgehen. So fand selbst die prinzipienfeste Frau Reding dem Vernehmen nach nichts dabei, dass ihr Kommissionspräsident Barroso mit EU-Ratspräsident Van Rompuy den Chinesen vergangenen Monat mit einem mehrtägigen Staatsbesuch huldigten und sich dabei sogar aufs Heftigste vorführen ließen: Journalisten wurden vor den Augen Barrosos drangsaliert und durften während einer Presse-„Konferenz“ der beiden mit Chinas Führer nicht eine einzige Frage stellen.

Herman Van Rompuy erhält für seine tolle Arbeit und seine historischen Verdienste nächstes Jahr den begehrten Karlspreis der Stadt Aachen. Jede der jährlich verliehenen Medaillen ziert eine individuelle Inschrift, welche die besonderen Verdienste des jeweiligen Preisträgers würdigt. Auf der Auszeichnung für Karlspreisträger Henry Kissinger steht beispielsweise „Für Partnerschaft und Frieden“, beim früheren Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, „Stabilität und Vertrauen für Europa“.

Wir wissen, wofür die beiden wirklich standen: Henry Kissingers Fährte ist unauflöslich mit blutigen Umstürzen und den allerschmutzigsten Geheimdienstoperationen verwoben; Trichets Euro könnte der Sprengstoff werden, der das Vertrauen in die EU und am Ende gar die Stabilität ganz Europas in die Luft jagt.

Mit anderen Worten: Auf den Medaillen steht so ziemlich genau das Gegenteil dessen, was die Preisträger wirklich auszeichnet. Somit empfehlen wir für Van Rompuys Preis die Losung „Für Charisma, Kompetenz und vorausschauendes Handeln“.

„Vorausschauendes Handeln“ der zeitgenössischen Art ist anders als früher. Heute analysiert man nicht mehr Erfolge und Misserfolge der Vergangenheit, um daraus Leitlinien für die Zukunft zu entwickeln. Heute lässt man sich von einer fixen Idee am Nasenring führen und wiederholt alte Fehler so lange, bis alles zum Teufel ist.

Das gilt nicht bloß für EU und Euro, das ist auch die Richtschnur für die deutsche Innenpolitik. Zweimal hat die CDU in ihrer Geschichte erlebt, dass in tiefrotem Umfeld wie durch ein Wunder bürgerliche Mehrheiten entstanden. Leiten die erfolgreichen Rezepte hinter diesen „Wundern“ seitdem die Strategie der CDU? Im Gegenteil. Warum? Weil sie nicht zur fixen Idee einer „modernen Großstadtpartei“ passen.

West-Berlin war ein fester Erbhof der SPD, bis CDU-Raubein Heinrich Lummer auftauchte. Der zog durch die Arbeiterviertel und klärte die SPD-was-denn-sonst-Wähler darüber auf, dass „ihre“ Partei nichts mehr fürs Kleinbürgertum übrig habe. Er überzeugte sie als harter, konservativer Knochen, der für Ordnung sorgt und die einfachen Leute versteht. Die Folge waren 20 Jahre CDU-Dominanz in Berlin.

Dann entdeckte die Hauptstadt-Union, dass es bei Journalisten und Linksintellektuellen viel besser ankommt, wenn man eine „moderne Großstadtpartei“ wird, wozu man ein bisschen auf blassrot und lindgrün machen sollte. Das Resultat war ein Desaster, die Wähler rannten in Scharen davon.

Fast gleichzeitig, als in Berlin für die CDU die Sonne unterging, zog ein Richter in Hamburg die damals schon 20 Jahre alte Lummer-Nummer noch einmal durch. Die Hansestadt war bis dahin 44 Jahre sozialdemokratisch regiert worden. Der Mann machte das zwar mit einer eigenen Partei, schuf zusammen mit der CDU aber erstmals satte bürgerliche Mehrheiten sogar in bislang ewig roten Stadtteilen. Im Bündnis mit ihm kam die CDU zur Macht an der Alster. Der Richter, Schill sein Name, zerlegte dann allerdings seine Partei. Doch statt dessen Erfolgsrezept zu übernehmen, kopierte die (nun sogar allein regierende) Hanseaten-Union lieber das katastrophale Vorbild ihrer Berliner Schwester – ja, sie ging auf dem Weg zur „modernen Großstadtpartei“ sogar noch darüber hinaus, bis in eine schwarzgrüne Koalition. Ergebnis: Bei der nächsten Wahl wurde die CDU halbiert.

Was die können, kann ich auch, sagt sich der strahlende neue FDP-Chef Christian Lindner. Dessen Truppe ist bekanntlich aus dem Bundestag geflogen. Mindestens zur Hälfte lag das daran, dass es gerade im Lager einstiger FDP-Wähler massive Kritik am Euro gibt. Und dass 2009 viele Leute FDP gewählt hatten, die sich eine bürgerliche Partei rechts der Mitte wünschten, denen die Union zu links geworden war. Beide zeigten der FDP 2013 einen Vogel, sie waren tief enttäuscht.

Was schließt Lindner daraus? Den Euro-Kritikern will er „keinen Zentimeter“ entgegengehen. Und „links“ und „rechts“ der Mitte gebe es gar nicht mehr, behauptet er. Die FDP müsse sich daher für Bündnisse mit SPD und Grünen öffnen, wofür er sie von ihrem „Kapitalisten“-Image befreien will. Man könnte auch sagen: Lindner will die FDP endlich zur „modernen Großstadtpartei“ machen, um an die Erfolge anzuknüpfen, welche die CDU in den beiden größten Großstädten mit dieser Strategie errungen hat.

MEINUNGEN

Alexander Kissler *warnt im Magazin „Cicero“ (3. Dezember) eindringlich vor den* ***Gefahren****, die der CDU aus der Fixierung auf Angela* ***Merkel*** *erwachsen könnten:*

„Der törichte Satz Gabriels, erst komme die Partei, dann das Land, lässt sich mit einer leichten Variation auf Merkels Ehrgeiz übertragen: Erst kommt die Kanzlerin, dann lange nichts, dann das Land, das sie regieren will, dann die Partei ... wo einmal die CDU war, da gähnt ein bloßer Nutzen, da triumphiert der reine Zweck, und alle Zwecke münden in sie, in Angela Merkel ... Bald wird das Volk dieses Schauspiels überdrüssig sein.“

Dem sonst eher moderaten ***Berthold Kohler*** *ist in der „Frankfurter Allgemeinen“ (online) vom 5. Dezember regelrecht* ***der Kragen geplatzt****. In einer harschen Abrechnung mit der Kanzlerin, den* ***Koalitionsvereinbarungen*** *von Union und SPD und der derzeitigen Politik lässt er seiner Wut freien Lauf:*

„Diese Kanzlerin würde für den Machterhalt zur Not auch wieder die DDR einführen, Merkel will einfach nur Macht, sonst nix. Sie hat keinen Plan, aber diesen in aller Entschlossenheit. Euro-Krise? Geld drucken, Steuergelder in die Banken pumpen, Augen zu und durch. Einwanderung? Ohne Sinn und Verstand! Statt verantwortlicher Anwerbung von Fachkräften werden archaische Clans und blutrünstige Barbaren vom Balkan und dem Orient ins Land geholt. Für diese gibt es dann staatliche Wohlfühlprogramme, Streicheleinheiten für den frömmelnden Islam und doppelte Staatsbürgerschaften für nationalistische Türken.“

Nikolaus Blome*, Mitglied der „Spiegel“-Chefredaktion, kritisiert in dem Magazin vom 2. Dezember, die* ***Trägheit der Großen Koalition****:*

„Wenn dieses Papier die nächsten vier Jahre tatsächlich prägt, hat Deutschland eine harmonische Verwaltung, aber keine Regierung. Angela Merkel und Sigmar Gabriel meinen, die meisten Deutschen wollen das so, weil sie im Grunde wollten, dass alles so bleibt, wie es ist. Ob das wirklich stimmt, wissen die beiden nicht, und sie wollen es auch nicht herausfinden. Dabei spricht viel dafür, dass die Bürger in Mehrheit weiter sind, weiter zumindest als diese Große Koalition, die das aus eigener Trägheit nicht wahrhaben will – und es sich lieber viel zu einfach machen.“

Thilo Sarrazin *rechnet in einem Kommentar für den „Focus“ (9. Dezember) mit der seiner Meinung nach völlig verfehlten deutschen* ***Einwanderungs- und Sozialpolitik*** *ab:*

„Deutschland hat sich in eine Falle begeben: Freizügigkeit für EU-Bürger und Anspruch auf Sozialleistungen im frei gewählten Aufenthaltsland vertragen sich nicht. Die deutsche Grundsicherung wird damit zum Mindestlohn für ganz Europa. Nicht einmal arbeiten muss man dafür, folgt man dem Landessozialgericht NRW. Man muss nur seinen Wohnsitz nach Deutschland verlegen und darf dabei ruhig die ganze Großfamilie mitbringen ... Deutsche Steuer- und Beitragszahler werden dafür aufkommen, auch wenn die wachsende Zahl deutscher Rentner dafür kürzertreten muss.“